

**ZEIT, WEITER
ZU DENKEN.**



**Tagesprotokoll
Mittwoch, 16. Oktober 2013**

5. ORDENTLICHER

GEWERKSCHAFTSKONGRESS DER IG BCE



13. – 18. OKTOBER 2013, HANNOVER



Mittwoch, den 16. Oktober 2013

Beginn 9:00 Uhr

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Ihr hattet gestern einen schönen Abend auf Euren Abenden der Landesbezirke und hattet vor allen Dingen auch genug zu essen. (Heiterkeit und Beifall) Es ist bei uns angekommen, dass es gestern Mittag zu knapp mit Essen war. Ich war davon selbst ein Opfer. Wir werden das im Laufe des Tages ändern, sodass jeder genügend zu essen bekommt (Heiterkeit und Beifall) und hier nicht abgemagert abreisen muss. Vor allem: Wir machen heute pünktlich um 12 Uhr Mittagspause, versprochen! (Beifall)

Auf Euren Tischen findet Ihr wieder den Kongress-Medienspiegel und das Tagesprotokoll von gestern. Bevor wir gleich mit der Tagesordnung fortfahren, ein paar organisatorische Hinweise.

Es ist schon Tradition, dass der amtierende Bundeskanzler, in diesem Fall die Bundeskanzlerin, unseren Kongress besucht. Deshalb werden wir heute wieder mit einer erhöhten Medienpräsenz rechnen müssen. Das heißt, wir müssen auch Sicherheitsvorkehrungen konsequent beachten und alles flexibler gestalten. Ich bitte um Euer Verständnis. Der Kongresssaal darf in der Mittagspause nicht betreten werden, da hier wieder ein Sicherheitscheck mit Spürhunden stattfindet. Bevor der Kongress dann um 14 Uhr fortgesetzt wird, werden am Einlass Personenkontrollen durchgeführt. Denkt daran, dass Ihr Eure Teilnehmerschein sichtbar tragt und dass Ihr den Personalausweis, Reisepass oder Führerschein bereithaltet. Wir erwarten die Bundeskanzlerin um 14:30 Uhr.

Ich habe heute noch einen Gast zu begrüßen, und zwar ist Robert Feiger hier, der neu gewählte Vorsitzende der IG BAU. Er konnte leider an unserer Eröffnungsfeier nicht teilnehmen. Herzlich willkommen auf unserem Kongress! (Beifall)

Dann habt Ihr auch gehört, dass einige Kolleginnen und Kollegen, die gerne zum Kongress gekommen wären, aus Krankheitsgründen zu Hause bleiben mussten. Wie bereits angekündigt, wurden Genesungskarten besorgt. Sie werden den Vormittag über durch die Reihen gegeben. Ich würde mich freuen, wenn viele von Euch unterschreiben.

Wir kommen jetzt zu einem ganz wichtigen Tagesordnungspunkt:

Tagesordnungspunkt V

Referat des Vorsitzenden der IG BCE

Michael, Du hast das Wort. (Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Zurufe: Guten Morgen!) Es gibt viele Gründe, durchaus optimistisch, wie wir das tun, auf unser Land zu blicken, denn im internationalen Vergleich steht Deutschland heute sicherlich gut da. Dafür sprechen vier erfreuliche Entwicklungen: Wir haben Wachstum, und das schon seit einigen Jahren. Unsere Wirtschaft stützt sich auf eine wettbewerbsfähige Industrie und auf leistungsstarke Belegschaften. Die Beschäftigung steigt, und die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Alles zusammen führt zu Steuereinnahmen auf Rekordniveau. Kaum eines der westlichen Industrieländer kann heute eine ähnlich positive Bilanz ziehen. Das ist so und das verdient auch ausgesprochen zu werden.

Bei aller berechtigten Kritik, die wir aus Arbeitnehmersicht immer geäußert haben, bleibt doch festzustellen: Es geht uns ziemlich gut, gerade wenn man auf den Rest der Welt schaut. Wir sollten uns allerdings vor Selbstzufriedenheit hüten. Denn Deutschland lebt von der Substanz und Deutschland bleibt unter seinen Möglichkeiten. Die Stärken, auf denen die Erfolge beruhen und die unser Land auszeichnen, schwinden – weil wir viel zu wenig dafür tun, sie zu bewahren und vor allen Dingen sie weiter zu entwickeln.

Es ist sehr beunruhigend, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht angemessen auf dieses Defizit reagieren. Man freut sich ob der aktuellen Erfolge und lässt außer Acht, dass wir in Deutschland gleichzeitig dabei sind, Zukunft zu verspielen. Unsere IG BCE ist nicht bereit, sich diesem verbreiteten Wohlgefühl einfach anzuschließen. Denn es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, es sind unsere Mitglieder, die solche Defizite mit dem Verlust an realen Arbeits- und Lebenschancen bezahlen. Dazu nur drei Beispiele: erstens die sinkende Investitionsquote in Staat und Unternehmen, zweitens das mittelmäßige Bildungswesen in einem Land, wo ständig Höchstleistung gefordert ist und drittens die zerbröselnde Wirtschafts- und Sozialordnung, die doch die Basis unserer Erfolge ist

Zum ersten Punkt: Im langfristigen Trend fällt die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote schon seit den 70er-Jahren. Von damals 23 Prozent ist sie zur Jahrtausendwende auf 20 Prozent abgesackt und liegt jetzt nur noch bei mageren 17 Prozent. Zum einen investiert der deutsche Staat im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung deutlich weniger als der Durchschnitt der EU-Staaten. Wollten wir nur auf dieses Niveau aufschließen, dann müssten Bund, Länder und Gemeinden jährlich 25 bis 30 Milliarden Euro mehr ausgeben, unter anderem dann für Schulen oder Verkehrswege. Zum anderen brauchen wir in Deutschland künftig wieder mehr Investitionen in die Standorte der Industrie. Wir erwarten, dass die Unternehmen, die hierzulande gute Gewinne erzielen, nicht nur in Ersatz, sondern stärker in Erweiterung, in neue Produktionslinien und in Produktinnovation investieren. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, schafft in unserer High-Tech-Ökonomie langfristig stabilen Wohlstand. (Beifall) Schon heute kostet uns die Investitionsschwäche nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung jährlich ein Prozent Wachstum. Anders ausgedrückt: Wir bleiben deutlich unter unseren Möglichkeiten wirtschaftlicher Dynamik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie die Investitionsschwäche gefährden - zweitens - auch die Schwächen des Bildungssystems die mittel- und langfristigen Chancen unseres Landes. In jedem Pisa-Test wird Deutschland Mittelmaß bescheinigt. Seit Jahren verlassen zehn Prozent aller jungen Menschen in Deutschland die Schule ohne Abschluss. Immer noch sind 1,4 Millionen Frauen und Männer unter 25 Jahren ohne Berufsausbildung. Die Bildungs- und Berufschancen sind zudem extrem ungerecht verteilt. Dass viele Menschen auf dem Arbeitsmarkt wenige Chancen haben, das ist das Ergebnis eines Bildungssystems, das eben nicht auf Fördern, sondern auf Aussieben ausgelegt ist.

Die Klassengesellschaft im Klassenzimmer, das ist ein unerträglicher Verstoß gegen das Prinzip der Chancengleichheit, das ist ein beschämender gesellschaftlicher Skandal, gegen den wir uns wehren wollen und den wir nicht akzeptieren werden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dabei ist es durchaus leistbar, das mit angemessenen Mitteln zu ändern. Zehn Milliarden Euro reichen beispielsweise, um die vorschulische Bildung zu verbessern, um mit zusätzlichem Personal sogenannte Risikoschüler besser zu betreuen, um ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen zu schaffen. Hierfür sollten die Mittel bereit stehen, statt sie beim Betreuungsgeld zu vergeuden. (Beifall)

Nun zum dritten Beispiel mangelhafter Zukunftsvorsorge, das uns große Sorgen bereitet. Es ist das Fundament unserer wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Ordnung, das an Tragkraft verliert. Das ist umso unverständlicher, da wir doch gerade erst in der großen Krise die systemischen Vorteile einer sozialen Marktwirtschaft erlebt haben. Das Lob einer verantwortungsvollen Mitgestaltung durch Betriebsräte und Gewerkschaften

steht jedenfalls in einem krassen Widerspruch zu dem strukturellen Verlust eben genau dieser Gestaltungsmöglichkeiten. Seinen Ausdruck findet das vor allem in der abnehmenden Tarifbindung in vielen Wirtschaftszweigen und der beschädigten Tarifeinheit.

Ich habe schon am Sonntag gesagt: Wo wir nicht sind, da ist nichts besser, aber vieles schlechter geregelt. Das betrifft nicht nur die Menschen, die sich zunehmend in Formen prekärer Beschäftigung gedrängt sehen. Das gilt auch für das Land als Ganzes. Deutschland war stolz auf seine breite gesellschaftliche Mitte. Soziale Stabilität und sozialer Ausgleich sind, wie wir wissen, eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Heute wird unser Land aber durch eine zunehmende Polarisierung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen gekennzeichnet. Laut Bundesbank gehören den reichsten zehn Prozent der Haushalte rund 60 Prozent der Vermögen. Die Spitzeneinkommen legen weiter zu und auf der anderen Seite sind rund 15 Prozent der Deutschen von Armut bedroht. Die soziale Schere öffnet sich, die Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Land wird größer. Wir müssen und wir wollen diese Schere wieder schließen. Erst eine breite Mitte macht unser Land stark und stabil. Die Extreme schwächen es, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das wissen wir politisch, das wissen wir aber auch sozial. Und deswegen werden wir dafür kämpfen. (Beifall)

Unser Land braucht dringend einen neuen Aufbruch, einen Aufbruch mit wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strategien zur Zukunftsgestaltung. Es ist ZEIT, WEITER ZU DENKEN.

Was konkret zu tun wäre, insbesondere auch von der neu zu bildenden Bundesregierung, dazu werde ich noch etwas sagen. Zuvor ist es aber notwendig, sich noch einmal der großen Herausforderungen zu vergegenwärtigen, die unsere gewerkschaftliche Arbeit prägen.

Lasst uns einen Blick auf die Entwicklungen werfen, die für uns von besonderer Bedeutung sind: Die fortschreitende Globalisierung beispielsweise bietet durchaus Chancen. Insbesondere unsere exportstarke Industrie profitiert vom Wachstum der Weltwirtschaft.

Zeitgleich wächst aber auch der Wettbewerbsdruck und auch das Veränderungstempo auf den Weltmärkten nimmt zu. Umso problematischer ist es, dass nach wie vor Mechanismen zur fairen Regulierung und sozialen Gestaltung der globalen Wirtschaftssysteme fehlen.

Das kontinentaleuropäische Modell aktiver Sozialstaaten und einer stärker geregelten Marktwirtschaft steht weiterhin in harter Konkurrenz zum chinesischen Modell einer staatlich gelenkten Marktwirtschaft oder zum angloamerikanischen Modell einer sozial bindungslosen Marktwirtschaft. Und noch am Montag haben wir aus erster Hand gehört, wie es in anderen Ländern zugeht, wie schlecht es da um Menschen- und Gewerkschaftsrechte bestellt ist.

Generell gilt: Die deutschen und europäischen Standards zur Bändigung der Wettbewerbswirtschaft und zur Teilhabe an ihren Erfolgen werden nicht ohne unser aktives Mitwirken und Streiten weiter entwickelt werden.

Zu den großen Herausforderungen zählt ebenso die europäische Krise, die keineswegs beendet ist. Wir haben das Sonntag ausführlich behandelt.

Die staatliche Verschuldung in Südeuropa bleibt hoch, das Wachstum schwach. Die einseitige Sparpolitik verlängert und vertieft die Krise in Europa. Sie gefährdet die europäische Integration und damit auch die Selbstbehauptung Europas in Zeiten der Globalisierung. Kurz: Wir brauchen dringend ein Investitions- und Wachstumsprogramm zur Trendwende in Europa. (Beifall)

Unberechenbar und krisenanfällig sind weiterhin die Finanzmärkte. Die Hälfte aller Transaktionen wird mittlerweile über so genannte Schattenbanken abgewickelt, die gar nicht von dem internationalen Kontroll- und Regelwerk erfasst werden. Schon allein deshalb ist eine Wiederholung der Krise von 2008/2009 eben nicht ausgeschlossen. Es bleibt eine Aufgabe ersten Ranges, die extrem spekulativen und überdimensionierten Finanzmärkte zu zähmen. Renditeentwicklungen, die völlig abgekoppelt sind von längerfristigen realwirtschaftlichen Entwicklungen, sind und bleiben Glücksspiel. Hier ist mutige Politik gefordert.

Unbeantwortet ist bislang auch die Frage, wie wir die Lebensgrundlagen für die wachsende Weltbevölkerung erhalten und verbessern können. 1999 lebten auf der Erde noch sechs Milliarden Menschen, 2012 waren es schon sieben Milliarden, 2024 werden es acht Milliarden sein. Es ist eine gigantische Herausforderung, die so rasant größer werdende Menschheit auch nur mit dem Nötigsten zu versorgen: mit Nahrung, Wasser und Energie, und das bei begrenzten natürlichen Ressourcen.

Auch den Klimawandel werden wir nur wirksam begrenzen können, wenn es in Zukunft gelingt, Innovationskraft und technologisches Know-how besser zu nutzen. Für uns gibt es eine realistische Antwort auf diese Herausforderung: Effizienzsteigerung, Innovationen und verantwortliches Handeln.

Der soziale Zusammenhalt in Deutschland wie in Europa insgesamt und fast überall in der Welt schwindet. In weiten Teilen der Welt herrscht furchtbare Arbeitslosigkeit. Wir wissen, wie zerstörerisch das wirkt. Es nimmt Menschen den Lebensmut, es spaltet Gesellschaften.

Besonders schlimm ist die drastisch zunehmende Jugendarbeitslosigkeit. Sie stürzt ganze Generationen junger Menschen in Hoffnungslosigkeit. Trotz der jüngsten Beschäftigungserfolge gibt es auch in unserem Land immer noch drei Millionen Menschen, die keine Arbeit finden, und das oft jahrelang.

Wir erwarten, dass mehr als bislang getan wird, um beispielsweise Menschen mit Handicaps in Beschäftigung zu bringen. (Beifall) Niemand darf in unserem Land um die Chance gebracht werden, den Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern.

Große Sorge bereitet uns auch die Tendenz, dass unser Land auseinanderdriftet: mit Zentren der wirtschaftlichen Dynamik und Modernität auf der einen Seite und mit abgehängten Regionen und Städten auf der anderen Seite.

Und von gleichen Arbeits- und Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland kann immer noch keine Rede sein.

Von sozialem Sprengstoff sind genauso die wachsende Altersarmut und die unzureichende Integration von Zuwanderern und ihren Familien. Beides passt nicht zu einem wirklich entwickelten Sozialstaat. Und wenn hochbezahlte Leute aus den Chefetagen unserer Gesellschaft Steuerhinterziehung als Kavaliersdelikt begreifen, dann ist das ganz klar eine Straftat, die mit aller Konsequenz zu verfolgen ist.

Aber das geht tiefer, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist von zersetzender Wirkung auf den Solidargehalt unserer Gesellschaft. Das sind keine Eliten, das sind keine Vorbilder, das sind nur reiche Leute und nicht mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Von trauriger Rückständigkeit ist unser Land im Übrigen in der Geschlechterfrage. Frauen sind schlechter bezahlt, in Spitzenpositionen schaffen sie es vergleichsweise selten. Das sind nur zwei Beispiele, wie eine knochenkonservative Haltung die Gesellschaft spaltet, statt gleiche Chancen für alle zu eröffnen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Grundrechte unserer Verfassung auch gelebt werden. Und dazu gehört, dass niemand in dieser Gesellschaft einer Diskriminierung

ausgesetzt ist und zwar unabhängig vom Geschlecht, vom Alter, von der Herkunft, von der Religion, von der politischen Überzeugung, von der Nationalität oder von der Hautfarbe, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Eine wirklich tolerante und im Inneren friedfertige Gesellschaft findet Zustimmung und Identifikation und erst aus diesem Zusammenhalt entstehen Zukunftsperspektiven, Kolleginnen und Kollegen. Hinter einer solchen Gesellschaft versammelt sich die Mehrheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine der größten Herausforderungen gerade für Gewerkschaften ist sicherlich die sich rasant verändernde Arbeitswelt. In den vergangenen Jahren haben die Unternehmen damit begonnen, die Arbeitsprozesse systematisch neu zu organisieren. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist die Verlagerung von Verantwortung und Entscheidungen auf die Beschäftigten.

Dieser Trend ist durchaus widersprüchlich in seinen Folgen. Einerseits kann die Arbeitszufriedenheit durchaus wachsen, wenn die Freiheit am Arbeitsplatz größer und die Aufgaben anspruchsvoller werden. Andererseits verfolgen die Unternehmen mit dieser Strategie natürlich sehr nüchterne Ziele einer höheren Wirtschaftlichkeit. Und das bedeutet: Immer mehr Beschäftigte fühlen sich überfordert. Denn die größere Autonomie am Arbeitsplatz wird beispielsweise begleitet von der Auflösung klassischer Arbeitszeiten. Ein Auftrag ist zu erledigen. Wie und in welcher Zeit, das bleibt dem durchaus geschätzten Mitarbeiter selbst überlassen. Aber wehe, der vorgegebene Termin wird nicht eingehalten.

Rationalisierungsprozesse und neue Arbeitsorganisationen führen zu einer zunehmenden Arbeitsverdichtung. Die Unternehmen stocken nicht etwa Personal auf, sondern bauen zum Teil massiv Personal ab. Es ist also kein Wunder, dass die Frage, wie Beruf und Privatleben vernünftig zu vereinbaren sind, für viele Beschäftigte immer schwieriger zu beantworten ist.

Genauso zwiespältig sind die Ergebnisse moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, die immer stärker die Arbeitsprozesse bestimmen. Einerseits lässt sich manches gut von zu Hause aus erledigen, andererseits ist man auch ständig für den Arbeitgeber erreichbar. Die Chancen und Risiken, die darin stecken, rufen geradezu nach mehr gewerkschaftlicher Gestaltung. Wir brauchen natürlich einen neuen Arbeitnehmerdatenschutz, und die IG BCE und die Betriebsräte müssen die Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten wieder zurückgewinnen. Andernfalls werden die Leute in der Arbeit noch schneller als früher verschlissen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das ist sowieso inhuman, aber das ist auch mit Blick auf den demografischen Wandel und den drohenden Fachkräftemangel weder sozial noch ökonomisch sinnvoll.

Der demografische Wandel, der Deutschland stärker prägt als viele andere Industrienationen, zählt natürlich ebenso zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Demografischer Wandel bedeutet für uns in der Arbeitswelt vor allen Dingen Folgendes: Die zahlenmäßig schrumpfende Erwerbsbevölkerung muss für eine rasch wachsende Zahl älterer Menschen den Lebensunterhalt mit aufbringen. Das ist alles andere als eine neue Erkenntnis. Aber das heißt nicht, dass wir inzwischen besser darauf vorbereitet wären.

Das Durchschnittsalter der Belegschaften steigt, die Zahl der nachrückenden jungen Arbeitskräfte sinkt. Aber der Prozess einer alters- und altersgerechten Umgestaltung der Arbeitswelt kommt nur mühsam in Gang. Wir tun, was wir können. Von jedem Arbeitgeber lässt sich das nicht sagen. Man klagt über Fachkräftemangel, ist aber nicht bereit, umzudenken. In Zukunft muss es heißen: Erhalt statt Verbrauch der Arbeitskraft. Investitionen in humanere Arbeitsbedingungen wären im Übrigen sehr hilfreich, um die Rentenkasse sowie die Kranken- und Pflegeversicherung zu entlasten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind noch einmal zusammengefasst die zentralen Herausforderungen, mit denen wir es zu tun haben: fortschreitende Globalisierung,

europäische Krise, exzessive Finanzmärkte, das Wachstum der Weltbevölkerung und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, der schwindende soziale Zusammenhalt, neue Härten in der Arbeitswelt, die zunehmende Alterung der Gesellschaft. Es ist also viel los in Deutschland.

Wir haben darauf nur einen kurzen Blick geworfen, aber ich denke, es ist sichtbar geworden, dass gewaltige Aufgaben auf uns warten. Es gibt keinen Grund, sich davon entmutigen zu lassen. Aber es gibt allen Grund, diese Herausforderungen mit einer klaren Orientierung anzugehen. Sonst laufen wir Gefahr, die Kräfte zu verzetteln, die dringend gebraucht werden, um Zukunftschancen zu nutzen und Risiken einzudämmen.

Deshalb braucht man eine Gesamtstrategie zur künftigen Entwicklung unseres Landes. Die Zukunftsstrategie muss Antworten auf unsere nationalen Herausforderungen geben und diese so formulieren, dass darin auch europäische und globale Kontexte angemessen Berücksichtigung finden. Wir müssen prüfen: Was ist in Deutschland selbst zu tun, und was kann Deutschlands Beitrag zur Lösung der weltweiten Aufgaben sein?

Das bedeutet: Unser Handeln muss in einem umfassenden Sinne nachhaltig sein. Wir verbinden mit dem Nachhaltigkeitsbegriff die Gleichberechtigung von Ökonomie, Sozialem und Ökologie. Zur Nachhaltigkeit gehört zwingend ökonomischer Erfolg und sozialer Fortschritt. Denn wir wollen unseren Kindern eine lebenswerte Umwelt hinterlassen, wir wollen ihnen aber auch Chancen auf eine qualifizierte Ausbildung und Gute Arbeit bieten.

Dafür bedarf es jedoch bestimmter Voraussetzungen. Und die wichtigste - und dieses Signal wollen wir als IG BCE klar setzen - ist und bleibt Wachstum, aber nicht verstanden, Kolleginnen und Kollegen, als Wachstum um jeden Preis, sondern verstanden als ein qualitatives Wachstum ohne Zerstörung der Lebensgrundlagen. Dies nennen wir eine ausbalancierte nachhaltige Ökonomie - ausbalanciert, weil sie berücksichtigt, was ökonomisch, sozial und ökologisch wichtig ist.

Wer auf diesen drei Feldern Fortschritte erzielen will, der braucht dazu Innovationen und Technologien, also neue Produkte und effiziente Produktionsverfahren. Die wachsende Weltbevölkerung, die Umweltprobleme und die Begrenztheit der Ressourcen lassen uns gar keine andere Wahl.

Häufig finden auch notwendige gesellschaftliche Innovationen keinen Financier. Daher schlagen wir vor, auch interessante alternative Finanzierungsformen in Deutschland stärker zu nutzen als in der Vergangenheit. Das ist zum einen Venture Capital, wie wir es in vielen anderen Regionen der Welt kennen. Zum anderen ist es unsere gute Tradition, über Genossenschaftsbanken und Non-Profit-Unternehmen nachzudenken. Dies hat in Deutschland und Europa mehr Tradition als in anderen Teilen der Welt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eine solche Investitionsoffensive wird auch dem wirtschaftlichen Wachstum neue Impulse verleihen. Damit schließt sich dann der Kreis der Nachhaltigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was bedeutet das jetzt für uns? Was folgt daraus für unser konkretes Handeln im Betrieb? Wie wollen wir Arbeit gestalten? Welche Instrumente- und Handlungsfähigkeiten brauchen wir dafür? Was für Anforderungen haben wir an die soziale Marktwirtschaft? Ich möchte das im Folgenden etwas konkretisieren.

Wie sozial die Marktwirtschaft ist, entscheidet sich aus unserer Sicht tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt. Gute Arbeit in guten Unternehmen ist das wesentliche Merkmal, das die soziale Marktwirtschaft von anderen Formen der Wettbewerbswirtschaft positiv unterscheidet. Eine solche Wirtschaftsordnung fördert Menschen, die ohne Arbeit sind. Sie investiert in die Menschen und ihre Qualifikationen, weil in einer solchen Wirtschaftsordnung die Menschen als das wichtigste Kapital verstanden werden. Aus dieser Sicht muss man über eine Weiterentwicklung der Bundesagentur für Arbeit zu einer neuen Art von Arbeitsversicherung mindestens intensiver als bislang nachdenken.

Wir sehen es als zentrale Aufgabe, auf dem Arbeitsmarkt eine Trendwende zu erreichen. Wir brauchen ganz klar den Mindestlohn und die Begrenzung flexibler Beschäftigung auf ihre eigentliche Bestimmung. Die Verhältnisse sind heute leider so, dass es ohne einen Schutzwall von 8,50 Euro Mindestlohn nicht gelingt, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland vor krasser Ungerechtigkeit abzusichern. Und egal, wer regiert: Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss per Gesetz unmöglich gemacht werden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wer Tarifstandards unterlaufen und Belegschaften spalten will, dem muss auch der Gesetzgeber die rote Karte zeigen. Der gehört nicht auf das Spielfeld einer sozialen Marktwirtschaft, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Genauso klar ist für uns allerdings: Mindeststandards sind keine ausreichende Perspektive in einer hochentwickelten und sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Auch der Mindestlohn, Kolleginnen und Kollegen, ist noch lange kein guter Lohn. Deshalb ist unser gestalterischer Ehrgeiz größer.

Für uns gilt: Gute Arbeit muss der allseits akzeptierte und angestrebte Regelfall in Deutschland werden. Das ist unser Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Denn die viel gelobte und historisch leistungsfähige soziale Marktwirtschaft darf in Deutschland nicht zur minimalen Marktwirtschaft werden. Dafür muss viel getan werden, ganz aktiv, und zwar von allen Verantwortlichen.

Gute Arbeit, das ist für uns ein gesichertes Arbeitsverhältnis mit einem leistungsgerechten Lohn, mit flexiblen, aber mit geregelten Arbeitszeiten. Gute Arbeit, das ist für uns Arbeit, die Entwicklungschancen bietet, die Menschen Kraft, Zufriedenheit und Zuversicht gibt.

Gute Arbeit macht nicht krank. Gute Arbeit ermöglicht ein Privatleben und Familienleben für beide Geschlechter. Wir wollen, dass Gute Arbeit überall zum Normalfall wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das ist der Anspruch, das ist unser gewerkschaftlicher Auftrag.

Im Übrigen ist dies auch im Interesse der Arbeitgeber. So gibt es bislang kaum intelligente Lösungen für den allseits beklagten Fachkräftemangel und die demographischen Herausforderungen. Der Vorstellungskraft vieler Arbeitgeber wie auch in der Politik sind bemerkenswert enge Grenzen gesetzt: Arbeitszeitverlängerung, weltweite Zuwanderung, Import von jungen Südeuropäern im Besonderen. Es wäre auch Zeit, in diesem Fall weiterzudenken.

Wer ernsthaft etwas gegen einen drohenden Mangel an Fachkräften tun will, der sollte Ausbildungsplatzkapazitäten aufbauen und nicht abbauen. Ich schlage vor, dass sich alle Arbeitgeber in Deutschland einmal damit beschäftigen, wie viele Betriebe tatsächlich noch ausbilden. Nur noch jedes fünfte Unternehmen macht da mit. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist der tiefste Stand seit 1999 und offenbart eine erhebliche Ignoranz für Zukunftsthemen. Einerseits über fehlende Fachkräfte zu klagen und andererseits jungen Menschen die Übernahme nach der Ausbildung zu verwehren oder sie allenfalls befristet einzustellen, das ist genauso wenig überzeugend.

Wir wissen, was als Erstes zu tun ist, wenn man an mehr Fachkräfte denkt: die 1,4 Millionen junge Menschen ausbilden, die bislang vergeblich auf so eine Chance hoffen, die Initiative Start in den Beruf fortentwickeln, statt jungen Menschen einen Start in die Perspektivlosigkeit zuzumuten, die Fachkräfte, die man hat, so behandeln, dass sie länger gesund und motiviert Leistung bringen können, mehr Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben anbieten, statt Werkverträge und Leiharbeit ausweiten, Frauen selbstverständlich echte Entwicklungs- und Chancengleichheit eröffnen, statt sie fortgesetzt bei Karriere und Einkommen zu diskriminieren. Und wann, Kolleginnen und Kollegen, ist endlich Schluss mit dem verkrampften und verklemmten Umgang mit Zuwanderern, mit ihren in Deutschland geborenen Kindern und Enkeln? (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere IG BCE startet unmittelbar nach diesem Kongress eine Mitbestimmungsoffensive. Diese Offensive zielt auf die Politik und auf die Arbeitgeber, den Bekenntnissen zur sozialen Marktwirtschaft, zur wichtigen Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften nun auch endlich Taten folgen zu lassen. Das ist überfällig, und jetzt, nach der Bundestagswahl, bietet sich die Chance, in einer neuen politischen Konstellation die Fundamente unserer Wirtschafts- und Sozialordnung wieder zu stärken.

Wir werden Union und SPD nicht im Unklaren lassen, was wir von einer Koalition erwarten. Wir wollen ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Fremdbeschäftigung. Gleichzeitig sollen sie ein Initiativrecht zur Gestaltung Guter Arbeit erhalten.

Bereits im Vorfeld der Bundestagswahl haben wir ein weiterentwickeltes Betriebsverfassungsgesetz gefordert (es wird ein Glas Wasser auf das Rednerpult gestellt) - vielen Dank -, mit guten Gründen: Wenn verstärkt Leiharbeiter und Beschäftigte mit Werkvertrag in Unternehmen eingesetzt werden, dann wächst der Anteil der Belegschaften, die nicht oder nur ungenügend durch Betriebsräte vertreten sind. Mit einer zwingenden Mitbestimmung von Betriebsräten wäre es möglich, Umfang und Dauer von Fremdbeschäftigung im Betrieb sinnvoll zu regeln.

Das Initiativrecht Gute Arbeit ist ein Gestaltungsansatz für betriebliche Aufgabenstellungen. Wie notwendig das ist, wird besonders sichtbar in der steigenden Zahl psychischer Erkrankungen am Arbeitsplatz. Sie sind der Ausdruck einer zunehmenden Überforderung vieler Beschäftigter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da wird die Grenze der menschlichen Schaffenskraft nicht nur erreicht, sondern häufig überschritten. Da muss etwas passieren; denn das geht so nicht weiter. Wenn wir wollen, dass die älter werdenden Belegschaften gesund und leistungsstark bleiben, dann muss künftig die Prävention stärker die Betriebsratsarbeit prägen können. (Beifall)

Unsere Mitbestimmungsoffensive hat zudem das Ziel, die Gründung von Betriebsräten zu erleichtern. Wir wollen künftig die Gründung von Betriebsräten schnell und ohne überflüssige Hürden möglich machen – gerade in Betrieben, in denen Arbeitgeber gerne auf Zeit spielen und versuchen, uns auszubremsen.

Unser Vorschlag ist: Haben sich drei Beschäftigte gefunden, die zur Wahlversammlung einladen wollen, sollen sie ab diesem Zeitpunkt einen Kündigungsschutz wie Wahlvorstandsmitglieder erhalten. Darüber hinaus sollte das Arbeitsgericht im Konfliktfall die Einberufung der ersten Wahlversammlung mit dem Unternehmen klären, damit die Wahlen unverzüglich stattfinden können. Zusätzlich fordern wir eine obligatorische Anwendung des vereinfachten Wahlverfahrens in Betrieben bis zu 100 Beschäftigten. Alles, was die schnelle Gründung von mehr Betriebsräten unnötig erschwert, muss weg. Das ist der Kern unseres Vorschlags. Es geht also um eine doppelte Zielsetzung.

Wir wollen mit unserer Mitbestimmungsoffensive nicht nur die Qualität der Arbeit zum Thema machen, sondern zugleich institutionelle beziehungsweise strukturelle Voraussetzungen für eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft schaffen. Deshalb startet die IG BCE zeitgleich mit der Mitbestimmungsoffensive eine Offensive zur Erschließung neuer Betriebe. Das machen wir, um unserer Verantwortung als Gestaltungsfaktor in unseren Branchen auch praktisch gerecht werden. Das ist Teil des Zukunftsprozesses 2020, aber auch unser ureigener Beitrag zur weiteren Zivilisierung und Humanisierung der Arbeitswelt in Deutschland.

Als Erstes kümmern wir uns um die Betriebe der Kunststoffindustrie. Das ist bereits auf dem Weg. Schritt für Schritt werden wir mehr und mehr Unternehmen in die Mitbestimmung durch Betriebsräte und am Ende unter den Schutz und die Gestaltungskraft unserer Tarifverträge holen. Wir haben dafür auch zusätzliche Sekretäre eingestellt. Unser Ziel ist es, in jedem Bezirk Jahr für Jahr weitere Betriebe neu zu erschließen. Wir werden das konsequent und mit aller Energie verfolgen.

Gleichzeitig wollen und werden wir den Organisationsgrad in unseren Betrieben steigern. Wir wollen wachsen und handlungs- und gestaltungsfähiger werden, eben weil wir nicht wollen, dass atypische Beschäftigung in unseren Betrieben zum Regelfall wird.

Es ist allerdings kaum vorstellbar, dass wir in unseren Industrien auf Dauer für Ordnung sorgen können, wenn um uns herum prekäre Verhältnisse immer weiter um sich greifen. Wir müssen also diese Strategie einbetten in eine grundsätzliche Debatte in den deutschen Gewerkschaften. Deshalb werden wir auch im DGB darüber nachdenken und sprechen, wie wir gemeinsam wegkommen vom sozialen Mindestmaß (es wird erneut ein Glas Wasser auf das Rednerpult gestellt) – so schnell kann ich gar nicht trinken, danke schön! (Heiterkeit und Beifall) -, wie wir die Gewerkschaften in Deutschland insgesamt stärken. – Ich werde immer so gut umsorgt; das ist alles gut. (Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann niemanden kalt lassen, wenn in Deutschland ganze Branchen ohne Schutz durch starke Betriebsräte und kraftvolle Gewerkschaften bleiben. Da sind wir allesamt in der Verantwortung. Wichtig ist, dass wir die Betriebsratswahl 2014 nutzen, um die Mitbestimmung zu stärken und den Anspruch auf Mitgestaltung demokratisch zu untermauern.

Wir wollen die Gewerkschaft mit dem höchsten Mitgliederanteil unter Betriebsräten bleiben. Wir wollen mehr Betriebsräte etablieren und mehr Mandate für unsere Kolleginnen und Kollegen gewinnen. Das ist von zentraler Bedeutung für unsere zukünftige Gestaltungsfähigkeit. Denn auch Tarifverträge mit betrieblichen flexiblen Optionen können nur so lange vereinbart werden, wie wir uns alle gemeinsam darauf verlassen können, dass es unsere Betriebsräte sind, die damit in den Unternehmen verantwortlich umgehen. Auf unsere Betriebsräte können wir uns verlassen, weil sie aus Überzeugung und aus gewerkschaftlichen Zielsetzungen arbeiten und die Sache unterstützen. Das ist eine der großen Stärken unserer IG BCE.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserer Mitbestimmungsinitiative verfolgen wir darüber hinaus das Ziel, die Tarifbindung zu festigen und die Tarifeinheit zu garantieren. Wir werden auf Betriebe, die derzeit keiner Tarifbindung unterliegen, ein besonderes Augenmerk legen und systematisch und konsequent das Nötige tun, um wieder die Tarifbindung herzustellen.

Auch unseren Sozialpartnern muss klar sein: Die Bereitschaft, Tarifverträge zu schließen ist für uns immer der Testfall für eine positive Zusammenarbeit. Die Aggressivität, mit der Betriebsräten und Gewerkschaften in der Vergangenheit der Mitgestaltungsanspruch verweigert wurde, erleben wir so seit dem Desaster der Finanzkrise nur noch selten. Allerdings gibt es immer noch Fälle wie Neupack, wo wir uns in den härtesten Arbeitskampf begeben müssen, um Selbstverständlichkeiten einer sozialen Marktwirtschaft und unserer Verfassung durchzusetzen.

Tatsächlich verzeichnen wir heute statt der Aggressivität der Vergangenheit eher schlichte Ignoranz. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen in jungen Branchen gehen nicht in die Arbeitgeberverbände, und wenn doch, dann häufig in sogenannte OT-Mitgliedschaften, also ohne Tarif. Wir erwarten, dass die Arbeitgeberverbände die OT-Mitgliedschaft keineswegs fördern, sondern zurückführen. Wir erwarten, dass sie sich genauso um die Organisationsmacht in ihren eigenen Reihen und um ein Verhandlungsmandat kümmern, wie wir es selbst in der Mitgliederwerbung auch tun. Sozialpartnerschaft braucht aktive und wahrnehmbare Befürworter. Solche starken Botschafter einer gemeinsamen Gestaltung in den Betrieben vermissen wir gelegentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Sozialpartnerschaft muss sich in der eigenverantwortlichen Beantwortung solcher Fragen bewähren, die durchaus in der gemeinsamen Gestaltungshoheit liegen. Um der Tariffucht zu begegnen, fordern wir vom Gesetzgeber die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern und die Nachwirkung von auslaufenden Tarifverträgen, die nicht neu verhandelt werden können, besser und umfassender gesetzlich zu regeln. Im Grundsatz haben sowohl die Union wie auch die SPD signalisiert, dass sie eine

Zersplitterung der gewerkschaftlichen Vertretung für nicht sinnvoll halten. Aber nun müssen diesen Worten auch Taten folgen.

Mit unserer Mitbestimmungsoffensive verbinden wir daher auch die Einlösung einer Zusage der alten Bundesregierung, nämlich dass das Prinzip „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ gesetzlich abgesichert wird, und zwar ohne Einschränkung unseres Streikrechts, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik ist die beste Versicherung der Beschäftigten, angemessen an wirtschaftlichen Erfolgen der Unternehmen teilzuhaben. Erfolgreiche Tarifpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist zudem ein Markenzeichen unserer IG BCE. Wir haben nicht nur für kontinuierlich steigende Entgelte gesorgt, sondern darüber hinaus wesentliche Verbesserungen für die Beschäftigten erreicht, von der betrieblichen Alterssicherung bis zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

Wir haben diese Erfolge in der Sozialpartnerschaft erzielt. Das waren manchmal zwar auch schwierige Auseinandersetzungen, aber am Ende ist es uns immer gelungen, konstruktive und sachgerechte Kompromisse zu finden. Es gibt nach unserer Erfahrung keinen besseren Weg, unterschiedliche Interessen zwischen Kapital und Arbeit zum Ausgleich zu bringen. Von einer funktionierenden Sozialpartnerschaft profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und selbstverständlich auch die Unternehmen.

Drei Beispiele erfolgreicher Sozialpartnerschaft möchte ich aus der jüngsten Vergangenheit kurz nennen.

Gemeinsam mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie haben wir den Wittenberg-Prozess gestartet und Leitlinien für verantwortliches Handeln verabschiedet. Wir haben diesen Prozess dann fortgeführt und etabliert in der Form einer gemeinsamen Chemiestiftung, der sogenannten Sozialpartner-Akademie. Die CSSA ist quasi die Schule der Sozialpartnerschaft. Außerhalb der Chemie gibt es bislang nichts Vergleichbares.

Wiederum mit dem BAVC und gemeinsam mit dem VCI haben wir in diesem Jahr Chemie³ gegründet. Diese Nachhaltigkeitsinitiative hat Modellcharakter, auch weil Arbeitgeber und Industrie sich darin erstmalig und ausdrücklich zur Mitbestimmung und Mitgestaltung durch Betriebsräte und Gewerkschaften bekennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Kurs der fairen Teilhabe an Erfolgen der Unternehmen werden wir bei der Chemie-Tarifrunde in diesem Jahr fortsetzen. Aber es sollte niemand glauben, wir könnten dies ohne Mobilisierung der Belegschaften erreichen. Da stehen sich Interessen entgegen, und diese Interessen werden sicherlich beide Seiten auch vertreten. Schon jetzt bereiten die Arbeitgeber das tarifpolitische Umfeld vor. Die wirtschaftliche Lage wird immer und vor jeder Tarifrunde in dunklen Farben gemalt. Deswegen haben wir unsere Betriebsräte befragt, wie es in den Unternehmen tatsächlich aussieht. Ein eindeutiges Ergebnis: Der chemischen Industrie geht es durch die Bank gut.

In einer Reihe von Unternehmen gibt es sicherlich strukturelle Schwierigkeiten, aber diese können nicht verallgemeinert werden. Da reagieren die Arbeitgeber nach uraltem Muster: Die Beschäftigten werden für hausgemachte wirtschaftliche Probleme in Haftung genommen. Da machen es sich die Vorstände allerdings zu einfach. Wer jahrelang immens gut verdient hat, der muss das anders lösen, als bei der kleinsten Krise auf Kosten der Belegschaften. Jedenfalls werden wir um jeden Arbeitsplatz kämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist schon ein bisschen auffällig, dass sich jetzt kurz nach der Bundestagswahl schlechte Nachrichten aus einzelnen Unternehmen häufen. Wir lassen uns dadurch nicht von unserem Ziel abbringen, für angemessene und im Wortsinn verdiente Einkommen unserer Mitglieder zu sorgen. Wir sind für gute Abschlüsse bekannt, und das, Kolleginnen und Kollegen, wird auch so bleiben. (Beifall)

Nach einer langen Phase der Stagnation steigen seit zwei Jahren die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland wieder, vor allem wegen der höheren Beschäftigung. Das tut auch der Binnennachfrage gut, das stabilisiert die Konjunktur.

Ich halte fest: Eine gesamtwirtschaftlich vernünftige und sozialverträgliche Entwicklung setzt geordnete Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und Strukturen der Teilhabe voraus. Das sind die wesentlichen Dimensionen von Nachhaltigkeit, wie wir sie verstehen. Wir werden unsere unmittelbaren Möglichkeiten der Gestaltung nutzen und arbeiten daran, diese noch zu verbessern: mit unserer Mitbestimmungsoffensive, mit der Erschließung neuer Betriebe, mit unseren tarifpolitischen Freiheiten.

Wir werden das alles einbetten in eine Offensive zur Mitgestaltung in Europa. Die Demokratisierung der Europäischen Union muss auch die Arbeitswelt erfassen. Wir wollen die Europawahl 2014 zu einer Abstimmung über eine arbeitnehmerorientierte Politik auf europäischer Ebene machen. Wir werden gemeinsam auf europäischer Ebene das gewerkschaftliche Recht auf Mitgestaltung und Mitbestimmung einfordern. Wir verteidigen bei dieser Europawahl auch das Tarif- und Streikrecht. Europäische Eingriffe in nationale Tarifverträge sind ein Angriff auf die gesamte Arbeitnehmerbewegung in Europa, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Unsere Eröffnungsveranstaltung hat noch einmal sehr klar gezeigt: Europa braucht einen neuen tragfähigen Sozialpakt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Rückkehr zu ordentlichen Verhältnissen in der Arbeitswelt ist die entscheidende, aber nicht die einzige Voraussetzung für eine Rückkehr zu einer ordentlichen Alterssicherung. Ein Alter ohne existenzielle Sorgen ist das wichtigste Versprechen des Sozialstaats. Das Vertrauen in dieses Versprechen ist heute erschüttert. Das beschädigt die Identifikation mit unserer Demokratie und dem Sozialstaat. Das trägt Unsicherheiten ins ganze Erwerbsleben und trifft alle Generationen.

Die IG BCE fordert einen neuen Rentenkonsens, der mindestens von den Volksparteien Union und SPD getragen wird. Ausgangspunkt für diesen Konsens müssen die realen Probleme der Menschen in der Alterssicherung sein; nicht allein rententechnische Berechnungen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Die IG BCE ist bereit zu einer vorbehaltlosen Diskussion der Herausforderungen, aber eben auch der Lösungsansätze. Wir wollen dazu beitragen, indem wir Politik und Arbeitgeber, unsere Betriebsräte und Funktionäre im nächsten Frühjahr zu einer Konferenz zur Zukunft der Alterssicherung einladen.

Schon vor vier Jahren waren die Bedingungen für die Rente mit 67 nicht erfüllt, sie sind es heute erst recht nicht. Die Kombination aus niedrigerem Rentenniveau und höherem Rentenalter geht über demografiebedingte Notwendigkeiten hinaus und führt stattdessen zu Altersarmut.

Wichtig ist: Uns reicht keine allgemeine Mindestrente, genauso wenig wie uns auch kein allgemeiner Mindestlohn reicht.

In einem hoch entwickelten Industrieland von großer Leistungskraft ist die Idee der Mindestsicherung auch für die Lebensphase Ruhestand absolut unzureichend sowie intellektuell wie moralisch unbefriedigend.

Die Alterssicherung ist keine Frage ausschließlich der gesetzlichen Rentenversicherung. Wir brauchen eine alters- und altersgerechte Umgestaltung der Arbeitswelt, wenn künftig im Durchschnitt ältere Belegschaften den Anforderungen einer Hochleistungswirtschaft standhalten sollen. Ich habe das schon angesprochen.

Wir brauchen jetzt Zwischenlösungen für diesen Umbau der Arbeitswelt, für diejenigen, die in den nächsten 10, 15 Jahren in den Ruhestand wechseln, also nicht von angepassten Bedingungen profitieren können. Die Zeit der Einheitslösung für alle ist auch bei der

Alterssicherung vorbei. Man muss bei der Rente genauer hinschauen, als es die Politik bislang macht.

Wenn zum Beispiel Feuerwehrleute mit 60 für dienstuntauglich erklärt werden, kann man nicht gleichzeitig das Rentenalter hinaufsetzen, ohne zu sagen, wie sie in einen Ruhestand ohne Armut kommen sollen. (Beifall)

Die Teilrente mit 60, kombiniert mit tariflich gestalteter Teilzeitarbeit, würde uns Möglichkeiten für einen neuen, flexiblen und individuellen Ruhestand eröffnen. Das wäre gerade für besonders belastete Arbeitnehmergruppen attraktiv, beispielsweise für Schichtarbeiter. Deshalb werden wir bei der Teilrente mit 60 erst Ruhe geben, wenn sich die Politik da endlich bewegt hat. Am Donnerstagmorgen treffen wir ja noch die Arbeitsministerin. Das können wir mit ihr besprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden unsere eigenen tarifpolitischen Möglichkeiten einer demografiegerechten Arbeitswelt nutzen. Wir werden unsere Tarifverträge dazu weiterentwickeln. Die Demografietarifverträge I und II sind gut, aber nicht abgeschlossen, sondern erste Schritte - lediglich in einigen Branchen haben wir diese Tarifverträge -, und wir müssen weitere folgen lassen.

Betriebliche Formen der Alterssicherung und der altersgerechten Arbeitsgestaltung werden in all unseren Branchen auch künftig ein wichtiges Thema unserer Tarifpolitik sein.

Den Arbeitgebern sei gesagt: Eine Verlängerung der Arbeitszeit als Antwort auf die demografischen Herausforderungen kommt für uns nicht in Betracht, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Was wir brauchen, sind neue Formen der zeitlichen Flexibilität für die Beschäftigten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über die Steuerpolitik wird seit Langem diskutiert. Sie ist auch jetzt wieder ein Thema, wo es um eine mögliche Regierungsbildung geht.

Für uns ist klar: Die Steuerpolitik muss eingebettet sein in langfristige Zielsetzungen. Auf kurzfristige Kassenlagen zu reagieren, ist keine Empfehlung für eine Politik, die auf eine berechenbare und gute Entwicklung unseres Landes ausgerichtet ist.

Unser erstes steuerpolitisches Ziel ist ein handlungsfähiger Staat, der Kräfte frei macht für qualitatives Wachstum und einen funktionierenden Sozialstaat. Konjunkturbedingt sind die Steuereinnahmen derzeit auf einem Rekordniveau. Das ist gut so; denn das hilft bei der notwendigen Konsolidierung und bei möglichen neuen Politikansätzen.

Dass der Staat bis heute Schulden macht, zeigt aber, dass die Einnahmen ganz offenbar zur Finanzierung der Aufgaben insgesamt nicht ausreichen. Viele Kommunen sind faktisch pleite. Trotz guter Konjunktur haben viele Länderparlamente größte Mühe, verfassungskonforme Haushalte zu beschließen. Tatsächlich sind die deutschen Steuern relativ niedrig. Mit einer Steuerquote von 23 Prozent liegt Deutschland im unteren Drittel der internationalen Steuertabelle.

Unser zweites steuerpolitisches Ziel ist eine faire Lastenverteilung. Eine etwas stärkere Belastung hoher und leistungsloser Einkommen ist angesichts der Auseinanderentwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse durchaus vertretbar. Wir haben schon 2009 Vorschläge zu einem solchen Solidarbeitrag gemacht: Beim Spitzensteuersatz ist sicher noch Luft nach oben, Kolleginnen und Kollegen.

Es wird endlich Zeit, unerträgliche Verstöße gegen das Prinzip der Steuergerechtigkeit wirksam zu bekämpfen. Das heißt: Steueroasen austrocknen, Steuerhinterziehung intensiv verfolgen, Steuerschlupflöcher endlich schließen, Kolleginnen und Kollegen (Beifall)

Unser drittes steuerpolitisches Ziel lautet: Wenn Spielräume für Entlastungen da sind, dann muss das auch zu etwas mehr Gerechtigkeit im Steuersystem führen. Dazu gehört, die kalte Progression abzubauen, die zu einer immer stärkeren Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt.

Wir fordern zudem die überfällige Erhöhung der Pendlerpauschale von 30 auf 40 Cent pro Kilometer. Das wäre ein schnell wirkendes Instrument, um von steigenden Energiepreisen besonders betroffenen Arbeitnehmerhaushalten zu helfen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Energiewende ist noch immer ein mehrheitsfähiges Projekt, hinter dem sich unsere Gesellschaft versammeln kann. Sie könnte unserem Land einen wichtigen Modernisierungsschub beschern und neue Technologien befördern.

Wir wollen eine Energiewende mit industriepolitischer Perspektive. Stattdessen haben wir eine Energiewende, die Innovationen erschwert und blockiert, weil sie einseitig auf den Strommarkt ausgerichtet ist, weil dort ungeheuer viel Geld verbrennt, das uns an anderer Stelle fehlt.

Von 2010 bis heute ist der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 16 auf 25 Prozent gestiegen. Dass jede vierte Kilowattstunde aus regenerativen Energien kommt, ist eine im internationalen Vergleich erstaunliche Größenordnung.

Aber das System, das gestern noch half, den Erneuerbaren Energien den Weg aus der Nische zu ebnen, führt jetzt zu einer Fehlsteuerung. Wir fördern heute Ineffizienz statt Innovation. Ganz deutlich wird dies am schnellen Anstieg der EEG-Umlage: von 0,4 Cent auf 6,3 Cent in zehn Jahren - das ist eine Steigerung um fast 1.500 Prozent, Kolleginnen und Kollegen.

Allein in diesem Jahr kostet das EEG 17 Milliarden Euro. Die einen verdienen mit dem EEG garantierte Renditen, die es sonst nirgendwo an den Finanzmärkten gibt. Die anderen zahlen die Zeche, und das sind insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. (Beifall) Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, fordern wir einen Neustart in der Energiewende.

Das Erste, was es braucht, sind Realismus, Vernunft und Effizienz. Dann kommt man zu klaren Erkenntnissen: Auf dem Weg von der Kernenergie zu den Erneuerbaren Energien brauchen wir eine Brücke aus Kohle und Gas. (Beifall) Diese Brücke muss auch begehbar sein, also mit wirtschaftlicher Tragfähigkeit gestützt.

Wir müssen jetzt einen deutlichen Schnitt machen. Die Belastungen über Umlagen dürfen zumindest nicht weiter steigen. Es gibt auch Vorschläge, die Energiewende von ihren Altlasten zu befreien, die durchaus diskussionswürdig sind. Gefragt ist aber auch hier politische Konsequenz.

Für die Zukunft schlagen wir vor, entsprechend den Ausbauzielen ein Auktionsverfahren für Strom aus erneuerbaren Quellen zu etablieren. Das könnte die Kosten erheblich senken, weil der jeweils preisgünstigste Strom aus regenerativen Quellen zum Einsatz käme. So fördern wir mit den Mitteln des Wettbewerbs. So begegnet man der Verschwendung von finanziellen Ressourcen. Und so lenkt man Geld in Innovation und technologischen Fortschritt!

Was dann an Subventionsbedarf bleibt, sollte nicht mehr durch eine Umlage auf den Strompreis finanziert werden, sondern aus dem Bundeshaushalt, das heißt aus Steuern.

Es macht einfach mehr Sinn, zum Beispiel Gewinne der Unternehmen zu besteuern, als ihre Investitions- und Innovationskraft durch höhere Energiepreise zu schwächen. (Beifall) Und auch für die Stromkunden unterscheiden sich Steuervariante und Umlagevariante vor allem durch den Grad an Gerechtigkeit.

Steuerfinanziert bedeutet immer: Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache.

Auch europarechtlich steht zumindest mittelfristig in Frage, ob das gesamte EEG-System Bestand haben kann. Ein eher wahrscheinliches Nein auf diese Frage hätte gravierende Auswirkungen sowohl für die energieverbrauchende Industrie als auch für die Betreiber von EEG-Anlagen. Daher ist eine umfassende rechtliche Neugestaltung der Förderung Erneuerbarer Energien notwendig – und zwar sehr, sehr schnell.

Es geht bei der Energiewende aber nicht nur um Geld, sondern es geht auch um Versorgungssicherheit. Die Stabilität des Netzes und die kontinuierliche, störungsfreie Versorgung sind tatsächlich immer weniger garantiert. Ohne den Zubau moderner fossiler Kraftwerke als Reservekapazitäten droht in Deutschland ab 2022 eine Unterdeckung mit gesicherter Leistung. Die braucht man aber, um die schwankenden Einspeisungen aus Erneuerbaren Energien auszugleichen.

Kolleginnen und Kollegen, dabei kommt der Braunkohle als wettbewerbsfähigem und sicherem Energieträger eine wichtige Rolle zu. Wir stehen zum Atomgesetz von 2011 und den dort genannten Stilllegungszeitpunkten für die deutschen Kernkraftwerke. Aber wer das will, der muss dann auch akzeptieren, dass Braunkohle verstromt wird, um die Kernkraft zu ersetzen und den Erneuerbaren Energien so den Weg zu ebnen. Diejenigen, die gleichzeitig aus Kernkraft und Kohle aussteigen wollen, riskieren am Ende den Erfolg der Energiewende. Und sie setzen unsere wirtschaftliche und soziale Sicherheit aufs Spiel, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es sind unsere Branchen, die mit Innovationen einen Erfolg der Energiewende überhaupt erst möglich machen. Von den neuen Speichertechnologien wie power to gas über energieeffiziente Gebäude bis zur nachhaltigen Mobilität könnte ich eine Fülle weiterer Beispiele nennen.

Von der neuen Bundesregierung erwarten wir, dass sie die Energiewende als eine wirtschaftspolitische Aufgabe begreift, die auch umweltpolitische Zielsetzungen verfolgt. Deshalb fordern wir ein eigenständiges Energieministerium, das mehr tut als Kilowattstunden aus regenerativer Energie zu zählen. Deshalb sollten in einem künftigen Energieministerium die wesentlichen Kompetenzen aus dem Wirtschafts- und aus dem Umweltministerium gebündelt sein, von den Zuständigkeiten für die Bundesnetzagentur bis zur energetischen Gebäudesanierung.

Es sieht so aus, als wollten Union und SPD nun in ernsthafte Koalitionsverhandlungen einsteigen. Wir werden dazu heute ja sicherlich von der Kanzlerin mehr hören. Auf jeden Fall warten auf die neue Koalition große Aufgaben: Aufräumen auf dem Arbeitsmarkt, Energiewende und Investitionsoffensive in Deutschland und Europa, die Festigung der Strukturen und Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft.

Die Fülle der notwendigen Weichenstellungen, die unser Land zukunftsfähig machen sollen, erfordert eine starke und eine stabile Regierung. Eine Regierung, die über die genannten Themen hinaus das Gesundheitswesen und die Krankenversicherung demografiefest macht, indem sie das Solidarprinzip stärkt. Eine Regierung, die auch die Leistungen der Pflegeversicherung verbessert und diesen Zweig der Sozialversicherung langfristig stabilisiert. Eine Regierung, die den Rechtsextremismus bekämpft und die geeignete Wege findet, das Engagement und die Organisationen der Demokraten gegen Rechts dauerhaft zu fördern, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ihr wisst, die IG BCE ist bekannt für ihren Zugang und ihre Gesprächskontakte zu allen Parteien. Programmatisch sind die Schnittmengen mit der SPD groß, und auch bei der Union finden wir viele inhaltliche Ansatzpunkte. Daraus haben wir nie ein Geheimnis gemacht. Die IG BCE erwartet, dass Union und SPD nun erkennbar mit Einigungswillen in Koalitionsverhandlungen gehen. Unser Appell richtet sich ausdrücklich an beide Seiten, ihrer Verantwortung dabei gerecht zu werden.

Wir werden am Ende zu der neuen Regierung stehen, wenn sie denn zustande kommen sollte. Das entscheidet sich an zwei Punkten: Gelingt es, den Modernisierungs- und Investitionsstau aufzulösen? Gibt es ernsthafte Ansätze zur strukturellen Erneuerung unserer sozialen Ordnung?

Die IG BCE ist bereit, ihre Kompetenz in diese Gespräche und die Politik einzubringen. Die IG BCE ist bereit, an einem Bündnis für Gute Arbeit mitzuwirken. Dieses neue Bündnis aus Regierung, Gewerkschaft und Arbeitgebern könnte die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte bündeln und einen neuen Konsens für Aufbruch begründen.

Das alles mit einem klaren Ziel:

1. Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen.
2. Die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig machen.

Wir sind bereit, in einem solchen Bündnis verbindliche Absprachen zu treffen über Investitionen in Bildung und Ausbildung, über Investitionen in Gute Arbeit, auch über Investitionen in ein sicheres Alter.

Wir wollen mit der Politik und den Sozialpartnern über die Zukunft der Tarifautonomie und die Mitgestaltung durch Betriebsräte sprechen. Das kostet kein Geld, da für Fortschritt zu sorgen. Aber man muss den Willen und den politischen Mut aufbringen.

Vor gut zehn Jahren galt es, die Massenarbeitslosigkeit besser in den Griff zu bekommen, neue Chancen für Beschäftigung und neue Wege in die Arbeit zu schaffen. Das damalige Bündnis für Arbeit war nicht sonderlich erfolgreich, vor allem weil sich die Arbeitgeber verweigert haben.

Jetzt sind die Zeiten und die Aufgaben andere. Jetzt geht es um Qualität in der Arbeit und um zukunftsträchtige Strukturen für ein innovatives Deutschland, jetzt geht es um Investitionen in die Stärken unseres Landes. Ein Bündnis für Gute Arbeit könnte helfen.

Wir waren, sind und bleiben ein kritisch-konstruktiver Partner einer Politik, die Lösungen sucht für die großen Themen unserer Zeit. Unsere große Stärke ist, dass wir in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen als Organisation verankert sind. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal, das ist unser Vorteil in der Wahrnehmung von Interessen. Das macht uns zu einem geschätzten Partner der Parteien, der Unternehmen und der Wirtschaftsverbände.

Wir werden gebraucht, weil in der Politik viel zu wenige noch verstehen und nachvollziehen, wie Wirtschaft und wie Arbeit gehen. Weil in den Chefetagen der Wirtschaft die Kenntnis politischer Prozesse und Notwendigkeiten allerdings genauso unterentwickelt ist. Unser Vorschlag ist, die Zusammenarbeit mit Regierung und Arbeitgebern thematisch zu konzentrieren und die Gespräche verbindlicher als bislang zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Opposition steht in diesen Tagen, wo es um Regierungsbildung geht, nicht so sehr im Fokus. Trotzdem will ich kurz auf Grüne – die Grünen haben ja gestern erklärt, dass sie Opposition sind – und Linke eingehen. Auch sie haben in unserer Demokratie eine wesentliche Verantwortung, gerade wenn sich die Regierung auf eine sehr große Mehrheit stützen kann.

Wir bleiben im Dialog mit den Grünen. Wir suchen das Gespräch, weil wir darin eine Chance sehen, unsere Vorstellungen von Nachhaltigkeit in die grüne Programmatik einzubringen und grüne Politik thematisch zu erweitern, allerdings auch sie zu verstehen.

Die Linke wird umso früher koalitionsfähig, je eher sie sich um ökonomische Kompetenz in der Sozialen Marktwirtschaft bemüht. Das vordergründige Gerechtigkeitspostulat und die Orientierung am Wunsch-Dir-was-Prinzip sind nicht ausreichend, um tatsächlich

Verantwortung für die größte Wirtschaftsmacht Europas zu übernehmen. Aber auch darüber sind wir bereit zu sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere IG BCE ist erfolgreich, weil sie sich auf das ehrenamtliche Engagement vieler tausend Kolleginnen und Kollegen stützen kann, in Ortsgruppen, als Vertrauensleute, in den Betriebsräten, in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen, in unseren Bezirks- und Landesbezirksvorständen, in den Industrie- und Personengruppen. Was da tagtäglich geleistet wird, ist fantastisch und immer wieder neu ermutigend.

Wenn sich so viele Menschen für eine faire Arbeitswelt, für gerechte Bezahlung und humane Arbeitsbedingungen, für Respekt und Anerkennung der Beschäftigten, für unsere Interessen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einsetzen, dann wird eines ganz klar: Solidarität ist die Quelle unserer Kraft, und sie sprudelt so lebendig, wie man sich das nur wünschen kann. Unsere IG BCE ist stark und gestaltungsfähig. Wir werden getragen von Zustimmung und Identifikation. Unsere Werte werden geteilt: Solidarität und Gerechtigkeit, Teilhabe und Mitbestimmung, Toleranz und Respekt.

Weil wir uns unserer Kraft bewusst sind, bringen wir auch die Stärke auf, uns neu zu orientieren, dort wo es erforderlich ist. Mit dem Zukunftsprozess 2020 haben wir uns auf den Weg gemacht, dauerhaft unsere Handlungsfähigkeit und unsere Gestaltungsfähigkeit zu sichern. Auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück vorangekommen, aber wir sind noch nicht am Ziel. Deshalb werden wir diesen Weg mit aller Entschiedenheit fortsetzen.

Das bedeutet insbesondere: Wir werden unsere Netzwerke in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ausbauen. Wir werden hart arbeiten, um auf europäischer Ebene an Gestaltungs- und Durchsetzungskraft zu gewinnen. Wir werden hier in unserem Land Betriebe erschließen, die noch ohne Betriebsrat und Tarifvertrag sind. Wir werden die guten Erfahrungen, die wir mit dem Investitionsfonds gemacht haben, fortsetzen. Wir werden auch über 2014 hinaus nennenswerte Beträge bereitstellen, mit denen wir unsere eigene Zukunft sichern.

Unsere IG BCE, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das Schnellboot unter den gewerkschaftlichen Tankern. (Beifall) - Soll ich noch einmal? (Heiterkeit) Unsere IG BCE ist das Schnellboot unter den gewerkschaftlichen Tankern. Wir haben sicherlich weniger Leute an Deck, aber eine Mannschaft, mit höchster Kompetenz und Professionalität, selbst die schwierigsten Manöver in stürmischer See gut zu meistern. Außerdem sind unsere Leute immer nah an den Passagieren. Das ist ein Profil, das uns von anderen durchaus unterscheidet. Wir haben als IG BCE eine sehr selbständige Identität entwickelt. Wir sind die IG BCE und wir sind stolz auf unsere hervorragende Gewerkschaft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns gemeinsam unsere IG BCE noch stärker machen. Wir wollen mehr Mitglieder gewinnen, und wir wollen unseren Organisationsgrad steigern, wir wollen wachsen. Aus den bisherigen Ergebnissen von Zukunftsgewerkschaft 2020 wissen wir: Das geht, und das schaffen wir.

Wir sind das Schnellboot, aber wir wollen mit der gesamten Flotte zum Erfolg. Deshalb streiten wir für unsere Ziele und für unseren Weg gemeinsam im DGB. Auf dem Kongress im Mai werden wir uns in diesem Sinne einbringen: konstruktiv und im Geist der Solidarität. Auf uns war immer Verlass im DGB und das wird auch so bleiben. Wir werden jedenfalls Reiner Hoffmanns Konzeption einer zukunftsfähigen Gewerkschaftspolitik sehr unterstützen, lieber Reiner. (Beifall) Weil wir wissen: Gemeinsam müssen wir nach vorne kommen, damit wir weiterhin die gewerkschaftliche Gestaltungskraft für eine fortschrittliche Entwicklung unseres Landes einbringen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Euch allen für den großartigen Einsatz, mit dem Ihr unsere gewerkschaftliche Sache mit Leben erfüllt. Seid stolz auf das, was Ihr täglich leistet. Das verdient höchsten Respekt. Unsere Betriebsräte, unsere Vertrauensleute und Ortsgruppen, unsere Frauen, unsere Jugend, unsere Senioren, unsere Bezirke und Landesbezirke, unsere Industrie- und Zielgruppen, unser Hauptvorstand,

unser Beirat, unsere unglaublich vielen engagierten Mitglieder, sie alle bauen mit Herzblut an der Zukunft unserer IG BCE und an der Zukunft unseres Landes.

Wir kommen voran. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist Euer Verdienst, Euer Erfolg und Euer Kongress.

Ich bin stolz, Vorsitzender der IG BCE sein zu dürfen. Herzlichen Dank! Ein herzliches Glück auf! (Anhaltender Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Michael. Ich glaube, Du hast zu vielen Themen Stellung bezogen, die entweder jetzt zur Diskussion stehen oder die wir heute und in den nächsten Tagen in Form unserer Anträge auch noch tiefer diskutieren. Aber eines hat Deine Rede auch klar gezeigt: Die Arbeit geht uns in den nächsten vier Jahren mit Sicherheit nicht aus.

Wir reden im Grunde immer noch über Humanisierung der Arbeitswelt, auch wenn die Herausforderungen neue sind, und wir nennen es heute Gute Arbeit. Du hast Position bezogen zu unseren Anforderungen an ein humanes, soziales und ökologisch gerechtes Europa, Deutschland und die Gesellschaft insgesamt. Von daher vielen Dank für Deine Rede! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wie immer könnt Ihr Eure Wortmeldezettel bei den Schriftführern und Schriftführerinnen abgeben. Ich gebe Euch da auch noch ein wenig Zeit, weil natürlich auch das Referat des Vorsitzenden zur Diskussion steht. Zusätzlich möchte ich die beiden Delegierten Pohlmann aus dem Landesbezirk Nordrhein und Siebers aus dem Landesbezirk Nordost bitten, noch einmal zu den Schriftführern zu kommen, um dort noch etwas zu klären. - Nichts Tragisches. (Heiterkeit) Die haben halt Fragen an Euch.

Dann bitte ich die Satzungskommission, oben Platz zu nehmen.

Es geht mit der Arbeit los. Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt VI

Anträge

Bevor wir mit den Satzungsanträgen anfangen, möchte ich dem Vorsitzenden der Antragskommission, Michael Klippel, das Wort geben, weil er uns vorab zu unterschiedlichen Antragsempfehlungen noch kurze Erläuterungen geben möchte. Ihr bekommt noch eine Pause und müsst jetzt nicht alle wegrennen.

MICHAEL KLIPPEL (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es ist keine Pause anberaumt. Wir wollten schon weitermachen. Ich sehe nur gerade, dass der Saal sich leert. Das finde ich im Zusammenhang mit der Antragsberatung oder auch den Satzungsanträgen jetzt nicht unbedingt förderlich für den Kongress. Ich würde schon darum bitten, dass man doch dem Kongress folgt. (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es mag vielleicht etwas merkwürdig erscheinen, dass ich im Augenblick hier stehe, weil erst einmal die Anträge zur Satzung zur Debatte anstehen.

Aber wir hatten uns im Vorfeld darauf verständigt, dass ich hier heute als Vorsitzender der Antragskommission auch die Erläuterungen zu dem Gesamtkomplex der Anträge übernehme. Dies ist auch mit der Satzungskommission so abgesprochen worden und das mache ich natürlich gerne auch im Zusammenhang mit der Beratung der Satzungsanträge.

Bevor wir nun in die Beratung der Anträge – es sind ja gut 400 Anträge, die wir zu beraten haben – einsteigen, möchte ich noch einige grundsätzliche Erläuterungen dazu geben, wie denn überhaupt die beiden Antragskommissionen zu ihrer Entscheidung gekommen sind beziehungsweise welches denn die einzelnen Entscheidungen zur Konsequenz haben und welche Bedeutung diese Entscheidungen haben.

Die Satzungscommission haben wir hier gestern gewählt beziehungsweise sie ist noch so zusammengesetzt wie die Satzungscommission, die während des letzten Kongresses gewählt worden ist. Die Antragskommission aber wurde im Vorfeld dieses Kongresses durch den Beirat gewählt.

Die Antragskommission besteht aus acht Mitgliedern, jeweils einem Vertreter der Landesbezirke sowie einer Vertreterin der Frauen und einem Vertreter der Jugend.

Was die Antragskommission betrifft, so hat diese in der Zeit vom 1. bis zum 4. Juli in Hannover getagt. Dort wurde ich dann auch zum Vorsitzenden gewählt. Während dieser vier Tage haben wir uns sehr intensiv mit jedem einzelnen Antrag beschäftigt. Wir haben die Anträge den einzelnen Sachgruppen zugeordnet und eine Beschlussempfehlung abgegeben, die Euch auch vorliegt und die auch schon im „Kompakt“ veröffentlicht worden ist. Das ging manchmal recht zügig, aber manchmal haben wir auch durchaus länger über die Anträge diskutiert.

Welche Empfehlungen haben wir nun abgegeben? Zum einen ist dies die Empfehlung „Annahme“. Das ist einfach, versteht jeder, und jeder kann damit etwas anfangen, das ist eine klare Position. Deshalb sagen wir kurz und knapp „Annahme“; mehr muss man dazu auch nicht sagen.

Dann gibt es die Empfehlung „Annahme mit Änderungen“. Manchmal war es durchaus nötig, zum Beispiel aus einem aktuellen Anlass heraus oder um den eigentlichen Antragstitel oder das Antragsbegehren zu konkretisieren oder einen korrekten Fachbegriff einzubauen. In allen diesen Fällen haben wir einen Antrag mit solchen Änderungsempfehlungen versehen. Das seht Ihr dann in der Spalte rechts bei den Anträgen, sofern wir Änderungsempfehlungen abgegeben haben. Wir werden das aber auch noch einmal im Rahmen der Antragsberatung erläutern.

Dann gibt es noch die Empfehlung „Ablehnung“. Dieser Begriff ist zunächst sehr deutlich. Aber wenn Ihr Euch die Anträge alle durchgelesen habt, wovon ich ausgehe, weil wir sonst ja gar nicht darüber zu beraten brauchten, dann werdet Ihr feststellen, dass wir nur in sehr wenigen Fällen die Ablehnung empfohlen haben. Wir werden natürlich auch im Rahmen der Beratung noch sehr wohl begründen, warum wir die Ablehnung eines Antrags empfohlen haben; denn „Ablehnung“ hört sich hart an. Deshalb haben wir auch immer sehr abgewogen, ob es wirklich die Empfehlung „Ablehnung“ sein muss oder ob man nicht noch einen anderen Weg findet, wie man mit dem betreffenden Antrag umgeht.

Dann gibt es die Empfehlung „Erledigt“. Erledigt ist ein Antrag meistens in den Fällen, wenn es zum Beispiel gleichlautende Anträge gibt. Es wird ja nicht besser, wenn man Anträge gleichen Inhalts zehnmal beschließt; es reicht, wenn man es einmal tut, und dann werden andere Anträge mit einem Erledigungsvermerk versehen. So jedenfalls schlägt es die Antragskommission dann bei Anträgen gleichen Inhalts vor.

Wenn es mehrere Anträge zum gleichen Thema gibt oder Anträge, die gleichlautend sind, dann haben wir den mit der höchsten Satzungsinstanz im Prinzip vorne angestellt. Das ist in der Regel eine Landeskongferenz, die den Antrag schon mal beschlossen hat und an den Kongress weitergeleitet hat. Es kann natürlich passieren, weil dies Satzungen oder Richtlinien vorsehen, dass auch noch Bezirkskongferenzen, Jugendkongferenzen oder Frauen Anträge weitergeleitet haben. Aber dann geht immer der Antrag der Landeskongferenz vor. Dies nur, damit das von der Chronologie her deutlich wird. Dies ist keine Herabsetzung der anderen Anträge, sondern hat lediglich etwas mit einem gewissen logischen Aufbau zu tun.

Dann haben wir das Thema „Nichtbefassung“. Diese Empfehlung kommt auch das eine oder andere Mal vor. Das war für uns aber die absolute Ausnahme. Hier spielen zwei Gründe eine Rolle, zum einen dann, wenn sich seit der Antragstellung der Vorgang mittlerweile erledigt hat, zum anderen, wenn es sich ausschließlich um regionale Themen oder einzelne Betriebsstandorte handelt. Solche Anträge wollen wir ganz bewusst vom Kongress fernhalten, weil wir als Kongress nicht für einen Standort eine Entscheidung treffen können. Wir können von hier aus ja auch nicht unbedingt beurteilen, ob es dann, wenn wir hier eine Entscheidung treffen, nachteilig für einen anderen Standort sein könnte. Von daher haben wir in solchen Fällen „Nichtbefassung“ empfohlen und werden das natürlich auch dann, wenn solche Anträge aufgerufen werden, noch einmal entsprechend begründen.

Dann haben wir – und das ist eine sehr häufig angewandte Empfehlung – noch die „Annahme als Material zu einem Antrag“. Es kommt sehr häufig vor, dass vergleichbare Themen bereits in Form von ähnlichen Anträgen beschlossen wurden. Dann haben wir in der Regel den weitestgehenden Antrag genommen und zur Beschlussfassung empfohlen. Die Anträge mit einem vergleichbaren Tenor haben wir dann dem weitestgehenden Antrag als Material zugeordnet, damit genau die Punkte, die dort vielleicht noch einmal explizit erwähnt sind, in der Diskussion nicht verloren gehen. Das ist ganz wichtig für die Antragsberatung oder für das, was wir nachher tun. Ich höre nämlich immer wieder „Material“ sei Beerdigung erster oder zweiter Klasse. Das ist mitnichten so. Bei „Material“ geht es immer darum, dass der jeweilige Sachverhalt ebenfalls in die Beratungen einbezogen wird. Nur dieses bedeutet die Empfehlung „Material“. Um dem Ganzen Herr zu werden, haben wir diese Empfehlung ausgesprochen und haben das Ganze entsprechend zusortiert.

Es gibt aber auch Themen – und das werdet auch Ihr noch feststellen oder habt es vielleicht schon festgestellt –, die durchaus unterschiedlich bewertet werden, weil es auch unterschiedliche Positionen innerhalb unserer Organisation gibt, die in der Debatte aber noch nicht ausgereift sind. Auch hier haben wir vielfach die Annahme als Material empfohlen, damit auch dieser Diskussionsprozess innerhalb der Organisation weiterhin am Leben erhalten wird, damit diese Aspekte nicht verloren gehen, sondern auch noch in der weiteren Debatte eine Rolle spielen. Ihr werdet das bei den jeweiligen Anträgen dann auch so feststellen.

Wir haben ferner die Empfehlung „Weiterleitung an den Hauptvorstand“. Hier handelt es sich in der Regel um Themen, die aus unserer Sicht noch nicht endgültig ausdiskutiert sind und die deshalb auf jeden Fall weiter verfolgt werden müssen. Es kann auch sein, dass sich hinter solchen Anträgen Arbeitsaufträge für Vorstandsbereiche verstecken. Aber wir als Antragskommission und auch wir als Kongress können hier nicht konkret Arbeitsaufträge an einen ganz bestimmten Vorstandsbereich geben. Deshalb müssen wir solche Anträge zur Weiterleitung an den Hauptvorstand empfehlen; denn die Arbeitsorganisation obliegt natürlich dem Hauptvorstand als solches und nicht dem Kongress. Das werden wir in der nächsten Zeit tun und werden dann diese Anträge auch den jeweiligen Vorstandsbereichen zuordnen.

Die Weiterleitung an den Hauptvorstand empfehlen wir in der Regel auch grundsätzlich bei Anträgen mit konkreten tarifpolitischen Forderungen. Das ist ganz wichtig für den gesamten Antragsblock. Denn zur Tariffragen gibt es sehr häufig die Weiterleitung an den Hauptvorstand. Dies hat auch einen ganz besonderen Grund. Das haben wir auch schon auf vergangenen Kongressen so gehandhabt. Diejenigen, die schon des Öfteren dabei waren, wissen das auch. Die Begründung ist auch relativ logisch:

In der Tarifpolitik legen wir sehr großen Wert auf Tarifautonomie, auf Autonomie der Tarifparteien. Das gilt natürlich auch für unsere eigenen Tarifkommissionen. Diese sind in ihrer Entscheidung autonom. Wir können als Kongress nicht in die Tarifpolitik der jeweiligen Tarifkommission eingreifen, sondern wir können nur – und deshalb ist es auch so – dem Hauptvorstand die entsprechende Empfehlung geben, in welche Richtung wir Tarifpolitik entwickelt sehen wollen. Aber wir können es nicht ganz explizit so tun, sondern wir müssen uns daran orientieren, dass Tarifkommissionen in ihrer Entschei-

dung autonom sind. Deshalb hier auch in der Regel „Weiterleitung an den Hauptvorstand“.

Ihr könnt in diesem Zusammenhang aber sicher sein, dass die Anträge durchaus im Hauptvorstand aufgegriffen und behandelt werden. Es ist im Übrigen für Euch als Delegierte oder als Bezirk oder Landesbezirk insofern nachzuvollziehen, was aus Euren Anträgen geworden ist. Denn zum Beispiel im Statistikband, der Euch zugeschickt worden ist – ich gehe auch hier davon aus, dass Ihr den auswendig gelernt habt –, werdet Ihr feststellen, dass auch hier bereits Erledigungsvermerke zu den Anträgen zu finden sind.

Des Weiteren werden die jeweiligen Antragsteller - diese sind ja immer aufgeführt - auch darüber informiert, wenn der Antrag umgesetzt wird oder wenn es zu dem Antrag einen Vorschlag gibt oder wie man mit dem Antrag im Gesamtzusammenhang umzugehen gedenkt. Ihr müsst also nicht bis zum nächsten Kongress warten, bis Ihr erfahrt, wie es mit Euren Anträgen weitergeht. Vielmehr ist daran gedacht - und das wird auch so gemacht -, dass es zwischendurch Wasserstandsmeldungen gibt und dass man konkret erfährt, in welchem Stadium sich der Antrag befindet.

So, damit bin ich im Prinzip am Ende meiner Ausführungen. Ich hoffe, Ihr konntet mir einigermaßen folgen, auch wenn meine Stimme im Augenblick nicht ganz so toll ist. Ich glaube allerdings, dass es trotzdem einigermaßen rübergekommen ist. Sollte es innerhalb der Antragsberatung, die die nächsten zweieinhalb Tage dominieren wird, noch mal zu Veränderungen oder Diskussionsbedarf über das Prozedere der Antragskommission kommen, dann kommt bitte auf uns zu, damit wir das Ganze hier ordentlich abwickeln können.

Es sind fast 400 Anträge - davon 16 Satzungsanträge und 380 Anträge für die Antragskommission - an den Kongress gerichtet worden. Wir müssen uns zügig an den Themen abarbeiten. Das soll nicht die Diskussion verhindern, sondern das ist lediglich die Bitte, dass wir sehr konzentriert an den Themen arbeiten. Außerdem werden wir auch innerhalb der Antragsberatung durch viele Gastreden - beispielsweise kommen die Bundeskanzlerin und die Arbeitsministerin - unterbrochen. Es kann passieren, dass wir an den Kongresszeiten noch mal was drehen müssen, weil wir ansonsten am Freitag in Nöte kämen. Schließlich müsst Ihr alle irgendwann zum Flieger oder zum Zug. Wir müssen also schauen und werden sehr spontan von hier oben aus zusammen mit dem Präsidium entscheiden.

So, das war es von meiner Seite aus, und wie es so schön bei den „Tributen von Panem“ heißt, sage ich nun: Möge die Antragsberatung beginnen. - Danke schön! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Michael, für Deine Erläuterungen. Wir starten jetzt zunächst mit den Anträgen zur Satzung. Diese findet Ihr unter Register 5, Sachgebiet S.

Zum Verfahren: Petra Reinbold-Knape als Vorsitzende der Satzungskommission steht schon vorne. Sie wird den jeweiligen Antrag aufrufen und die Empfehlung der Satzungskommission abgeben. Danach kann der Antragsteller das Wort erhalten, sofern er es wünscht. Daran schließen sich weitere Wortmeldungen an. Denkt daran, Ihr habt eine Redezeit von zehn Minuten. Gebt Eure Wortmeldezettel bitte bei den Schriftführerinnen ab, weil Eure Namen im Protokoll vermerkt werden müssen. Wir werden nach der Diskussion hier vom Präsidium aus zur Abstimmung aufrufen.

Petra, Du hast jetzt das Wort.

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Vielen Dank, liebe Brigitte. Vielen Dank auch an Michael Klippel für die Erläuterungen zu den einzelnen Empfehlungen, die sowohl in der Antragsberatung als auch in der Satzungsberatung relevant sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Satzungskommission hat nach § 23 der Satzung die Aufgabe, dem Gewerkschaftskongress die gestellten Satzungsanträge zu erläutern und Empfehlungen für die Beschlussfassung zu geben. In der Satzung ist festgelegt, welche Paragraphen mit einfacher Mehrheit und welche mit Zweidrittelmehrheit geändert werden können oder welche Änderungen gar eine Vierfünftelmehrheit der stimmberechtigten Kongressdelegierten benötigen. Ihr findet diese Regelungen in § 15 unserer Satzung.

Wir werden, um es uns allen einfacher zu machen, bei jedem Satzungsantrag auf die dabei erforderlichen Mehrheiten hinweisen, und wie üblich - Brigitte hat es eben erläutert - werde ich die einzelnen Anträge aufrufen, die Empfehlung der Satzungskommission abgeben, und danach übernimmt das Präsidium die Diskussionsleitung und führt die Abstimmung durch.

Damit beginnen wir mit der Antragsberatung. Ich rufe auf den

Antrag S 001

Änderung der Satzung § 17 Ziffer 8 Satz 2 / Veröffentlichung Kongressanträge

Der Hauptvorstand schlägt Euch hier vor, künftig die von der Satzung vorgeschriebene Veröffentlichung der Anträge zum Kongress in vier Jahren nicht mehr im Mitgliederzeitung „Kompakt“, sondern in zeitgemäßer Form im Internet vorzunehmen.

Kolleginnen und Kollegen, wer einmal einen konkreten Antrag aus mehr als 400 Anträgen gesucht hat weiß, wie komfortabel und schnell dagegen eine elektronische Textsuche ist, und es wäre sicherlich eine erhebliche Arbeitserleichterung und ein erheblicher Beitrag zur Modernisierung unserer Vorbereitungen zum Kongress, zukünftig so zu verfahren. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass diejenigen Mitglieder, die eine gedruckte Fassung erhalten wollen, diese auch zukünftig über die Betriebe erhalten können.

Die Empfehlung der Satzungskommission lautet hier Annahme. Für die Zustimmung ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor, sodass wir direkt in die Abstimmung gehen können. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich ums Kartenzeichen. Auch die Satzungskommissionsdelegierten dürfen abstimmen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Danke. Enthaltungen? - **Damit ist der Empfehlung der Satzungskommission bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen gefolgt.** (Beifall)

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Ich rufe auf den

Antrag S 002

Änderung der Satzung § 8 Ziffer 5 / Beiträge Pflichtwehrdienst und Zivildienst

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag wurde notwendig, da durch Gesetzgebung sowohl der Wehrdienst als auch der Zivildienst ausgesetzt wurden. Hier

sollten in unserer Satzung die aktuellen Begriffe „Bundesfreiwilligendienst und ähnliche Dienste“ aufgenommen werden, um eventuellen Gesetzesänderungen vorzugreifen.

Die Empfehlung der Satzungskommission lautet Annahme. Auch hierfür ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Daher können wir direkt über die Empfehlung der Satzungskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich ums Kartenzeichen. - Vielen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - **Damit ist der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.** Vielen Dank.

Petra, Du hast wieder das Wort.

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Ich rufe auf den

Antrag S 003

Änderung Satzung Vertrauensleute in Gemeinschaftsbetrieben

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag will in der Überschrift eine Satzungsänderung, beschreibt im Antragstext jedoch das Ziel einer Richtlinienänderung, was auch richtig wäre. Die Satzungskommission hält das Anliegen des Antrags, dass eine Antwort auf die zum Teil veränderte betriebliche Wirklichkeit gefunden werden sollte, grundsätzlich in den Fällen für ausdrücklich berechtigt, in denen nach § 3 Betriebsverfassungsgesetz durch uns, durch die IG BCE, Tarifverträge für Gemeinschaftsbetriebsräte gebildet werden.

Richtlinienänderungen werden, wie bekannt, vom Hauptvorstand diskutiert und erlassen. Daher empfiehlt Euch die Satzungskommission hier die Weiterleitung an den Hauptvorstand. Für die Annahme der Empfehlung der Satzungskommission ist eine einfache Mehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Petra. Auch hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - **Damit ist der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.**

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Vielen Dank. - Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

Antrag S 004

Erweiterung Richtlinie Vertrauensleute – mehrere Betriebe mit einem Vertrauenskörpervorstand und einer Kasse.

Der Antrag sieht eine Veränderung der Richtlinie Vertrauensleute vor, sodass es möglich sein soll, in zwei oder mehreren Betrieben an einem Standort einen gemeinsamen Vertrauenskörper zu bilden.

Auch hier hat die Satzungskommission vor dem Hintergrund der Entscheidung des Hauptvorstandes über den Antrag des letzten Kongresses vorzuschlagen, dies breit nochmals in der Organisation und dann im Hauptvorstand zu diskutieren.

Dieser Antrag hat eine etwas andere Zielrichtung als der S 003. Hier muss darüber nachgedacht werden, welche Konsequenzen eine solche Regelung für die durchgängigen demokratischen Aufgaben der Vertrauensleute hat. Grundsätzlich gilt: Vertrauensleutearbeit ist betriebsbezogen angelegt. Wir wollen dies aber insgesamt in den nächsten vier Jahren miteinander diskutieren und hier auch Regelungen vorschlagen.

Deshalb empfiehlt die Satzungskommission: Weiterleitung an den Hauptvorstand. Für eine entsprechende Änderung ist die einfache Mehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Petra. - Auch hier habe ich keine Wortmeldung vorliegen. Daher können wir direkt in die Abstimmung über die Empfehlung der Satzungskommission gehen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Vielen Dank. – Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf den

Antrag S 005

Antrag auf Änderung der Satzung § 15 Abs. 6 und 7

Danach soll unser § 15 der Satzung zu Beschlussfähigkeit, Wahlen und Abstimmungen so geändert werden, dass ein Stimmzettel bereits gültig, wenn dort mindestens einer der Kandidatinnen und Kandidaten angekreuzt. Bislang ist geregelt, mindestens die Hälfte anzukreuzen. Zudem soll ein Kandidat oder eine Kandidatin gewählt sein, wenn er oder sie die einfache – bislang die absolute – Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit soll künftig auch das Los entscheiden.

Der Vorschlag soll – so unser Verständnis und von dem, was wir aus dem Antragstext gelesen haben – dazu dienen, das Wahlverfahren zu vereinfachen. Der Antragsteller hat in der Begründung besonders auf die Beschwerden durch diese Regelung bei den Vertrauensleutewahlen hingewiesen.

Die Satzungskommission weist darauf hin, dass von der vorgeschlagenen Satzungsänderung eben nicht nur die Vertrauensleutewahlen, sondern alle Wahlvorgänge in der IG BCE betroffen wären. Aus diesem Grunde, Kolleginnen und Kollegen, und weil wir dem dann folgenden Antrag, dem Begehren nach Klarheit, entsprechen können, empfiehlt die Satzungskommission hier Ablehnung. Für die Annahme unserer Empfehlung ist die einfache Mehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Petra. - Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir direkt über die Empfehlung der Satzungskommission abstimmen können. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Danke schön. Enthaltungen? - Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission mit einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen gefolgt.

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Vielen Dank. – Ich rufe auf den

Antrag S 006

Richtlinien Vertrauensleute

Die Antragsteller regen an, zu überprüfen, ob das Wahlverfahren zur Wahl der Vertrauensleute und des Vertrauenskörpervorstandes vereinfacht werden kann. Das bezieht sich ein Stück auch auf das Begehren des letzten Antrages, ist hier aber noch einmal explizit so beschrieben.

Die Satzungscommission hat in ihrer Empfehlung auch den Hinweis zu geben, dass eine Vereinfachung in enger Auslegung vorgenommen wird, die letztendlich mit dem § 15 Ziffer 4 bis 7 unserer Satzung übereinstimmen muss. Das werden wir dann tun, wenn der Antrag so beschlossen wird.

Von daher schlagen wir Euch als Empfehlung vor: Weiterleitung an den Hauptvorstand. Für diesen Antrag ist eine einfache Mehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen können wir direkt in die Abstimmung gehen. Wer für die Empfehlung der Satzungscommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Empfehlung der Satzungscommission einstimmig gefolgt.

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungscommission)

Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf den

Antrag S 007

Stichtag für die Berechnung der Delegierten zum Gewerkschaftskongress

Die Antragsteller wollen, dass der Stichtag für die Berechnung der Delegiertenmandate um einen Monat vom 31. August auf den 30. September verschoben wird.

Ohne Frage ist die Auszubildendenwerbung – genauso wie die Antragsteller in ihrer Begründung beschreiben – sehr erfreulich. Das ist auch in den Geschäftsberichten und in den Diskussionen deutlich geworden und wird, denke ich, von allen Seiten auch anerkannt.

Die Einstellungsdaten in den einzelnen Bundesländern in Deutschland variieren jährlich, sodass man hier sicherlich – welchen Stichtag man auch immer nimmt – zu kleineren Verschiebungen kommen könnte.

Bisher ist laut Richtlinie der Stichtag der 31. August. Dieser Stichtag ist in der Richtlinie nicht willkürlich festgelegt worden, sondern hängt eng mit den dann folgenden Konferenzen im Vorfeld des Kongresses zusammen. So finden dann – wie Ihr wisst, und wie wir es alle im Vorfeld gemeinsam getan haben – zum Beispiel die Personengruppenkonferenzen bereits im November statt. Die Berechnung der dafür notwendigen Schlüsselzahlen wird über die abgerechneten Mitglieder ermittelt – jedoch nicht der Mitglieder, die am 31. August des jeweiligen Jahres Mitglied sind. Vielmehr ist das eine Durchschnittsberechnung der dem Stichtag 31. August vorausgehenden 12 Monate.

Ich will hier jetzt keinen Exkurs über die Schwierigkeiten bei der Berechnung machen. Das muss anders gelöst werden. Das muss nicht nur technisch, sondern auch politisch gelöst werden. Aber ich will darauf hinweisen, dass es von hoher Bedeutung ist, dass wir die echten Zahlen als Grundlage für alle unsere darauf aufbauenden Wahlentscheidungen – darum geht es letztendlich – haben müssen.

Von daher haben wir die Empfehlung dahingehend ausgesprochen, dass wir das prüfen wollen und dem Hauptvorstand dann zur Entscheidung vorlegen. Von daher empfiehlt die Satzungscommission hier: Weiterleitung an den Hauptvorstand. Für diesen Antrag ist eine einfache Mehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Petra. - Ich habe hierzu eine Wortmeldung für den Antragsteller vorliegen, nämlich von Babsi Kraller aus dem Landesbezirk Bayern mit der Delegiertenummer 362. (Beifall)

BARBARA KRALLER (Altötting) (mit Beifall begrüßt)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich bin Babsi Kraller, Delegiertenummer 362. Die Mitgliederentwicklung wird, ich denke wie in jedem anderen Landesbezirk auch, bei uns in Bayern durch die hervorragende Neuanfängerwerbung sehr positiv beeinflusst. Allein in Bayern konnten in diesem Jahr bereits über 800 Auszubildende für unsere tolle IG BCE begeistert werden.

Wir sind, besonders ich bin sehr stolz auf unsere Jugend und davon überzeugt, dass es sehr wichtig ist, unsere neuen jungen Mitglieder möglichst schnell von Anfang an an den demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Der derzeit festgelegt Stichtag für die Berechnung der Delegierten zum Gewerkschaftskongress – wie gerade schon berichtet, im Moment der 31. August – berücksichtigt die beachtliche Zahl bei der Neuanfängerwerbung je nach Region leider unterschiedlich. In den Landesbezirken, die Ausbildungsbeginn 1. September haben, wird in Kauf genommen, dass ein großer Teil der Auszubildenden, der neuen Mitglieder, nicht mit einbezogen wird. Dies ist aus meiner Sicht keine gute Botschaft für unsere neuen Mitglieder, besonders nicht für all die vielen Werber, die in den ersten Wochen nach Ausbildungsbeginn Gott sei Dank nicht schnell locker lassen.

Wir, die Kolleginnen und Kollegen aus Bayern, haben diesen Antrag eigentlich ins Rennen geschickt, um eine klare Annahme und Umsetzung zu erzielen. Doch die technische Umsetzung scheint – Petra hat es beschrieben – nicht ganz so einfach.

Der Ball soll nun an den Hauptvorstand weitergespielt werden. Wir wünschen uns von Euch, liebe Hauptvorstandskolleginnen und -kollegen, spätestens bis zum nächsten Kongress, unser Antragsbegehren in unserem Sinne umzusetzen. Glück Auf! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank. Mir liegen keine Wortmeldungen zu dem Antrag vor.

Wir stimmen jetzt über die Empfehlung der Satzungskommission ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltung? – Damit ist der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf den

Antrag S 008

Einrichtung sozialpolitischer Arbeitskreise in den Bezirken

Die Satzungskommission hat das Anliegen des Antrages diskutiert und kam zu der Meinung, dass die Idee der Einrichtung solcher sozialpolitischer Arbeitskreise bereits in dem Konzept unserer Zielgruppenarbeit integriert ist. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, halten wir eine Satzungsänderung in dieser Frage für nicht notwendig. Deshalb hat die Satzungskommission die Empfehlung Ablehnung des Antrages abgegeben. Für eine Satzungsänderung wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Danke, Petra. - Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen.

Deshalb können wir direkt über die Empfehlung der Satzungskommission abstimmen. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Satzungskommission bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen gefolgt.

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Vielen Dank.

Ich rufe auf den

Antrag S 009

IG BCE-Jugendgrenze auf 27 erhöhen

und den

Antrag S 010

IG BCE-Jugendgrenze auf 27 erhöhen

Beide Anträge fordern die Erhöhung unserer Altersgrenze für die Mitgliedschaft in der IG-BCE-Jugend von 25 auf 27 Jahre. Diejenigen, die beim letzten Kongress dabei waren, wissen um die Diskussion vor vier Jahren. Jetzt ist entsprechend ein Antragsbegehren vorliegend. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, offiziell zwei weitere Jahre in der Jugend mitzuarbeiten und sich dann in die Gesamtorganisation weiter zu verbinden. Dies soll in den Richtlinien entsprechend geändert werden. Damit wären wir übrigens – das ist, glaube ich, auch den Antragstellern wichtig – auf einer Linie mit der Praxis nahezu aller anderen Gewerkschaften im DGB.

Die Satzungskommission unterstützt diese Forderung und empfiehlt, obwohl wir Richtlinien über den Hauptvorstand beschließen lassen sollten, die Annahme beider Anträge. Für die Richtlinienänderungen ist eine einfache Mehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Petra. - Hierzu liegt eine Wortmeldung von Nico Becks aus dem Landesbezirk Nordrhein vor, Delegiertenummer D189. (Beifall)

NICO BECKS (Duisburg)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mein Name ist Nico Becks. Ich bin 26 Jahre alt und aus der Jugend. Ich bin der stellvertretende Vorsitzende des Bundesjugendausschusses und bin Delegierter aus dem Bezirk Duisburg.

Ich möchte mit meinem Wortbeitrag zu den Anträgen S 009 und S 010 – IG BCE-Jugendgrenze auf 27 erhöhen – Euch davon überzeugen, für die Empfehlung der Satzungskommission zu stimmen. Wie wir gerade schon gehört haben, hatten wir vor vier Jahren schon einmal eine Diskussion über dieses Thema. Damals waren wir als Jugend uns leider nicht so einig. Das konnten wir dieses Jahr auf unserer Bundesjugendkonferenz allerdings mit der großen Mehrheit ändern und konnten jetzt diesen Antrag stellen. Ich hoffe auf Eure Unterstützung.

Wir haben nach der Fusion 1997 eine Altersgrenze für die Jugend von 25 Jahren formuliert. Dies war damals richtig und zutreffend. Heute zeigen sich jedoch mehrere

Faktoren, die uns überzeugen, die Grenze auf 27 Jahre zu erhöhen. Ein Beispiel ist, dass viele Jugendliche einen höheren Bildungsabschluss erfahren, bevor sie ihre Ausbildung in unseren Branchen starten. Dies hat die logische Konsequenz, dass sie älter sind als noch vor 16 Jahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle die hier sitzen wissen, dass man Zeit braucht, um zu lernen, wie man sein Ehrenamt vernünftig und gewissenhaft ausübt. Mit der Jugend-Altersgrenze von 25 Jahren müssen viele Jugendliche die Jugendstrukturen verlassen, wenn sie gerade Know-how entwickelt haben und die Strukturen der IG BCE kennengelernt haben. Dafür reichen leider zwei bis drei Jahre nicht aus. Lasst uns heute beschließen, die Jugend weiter zu stärken und die Altersgrenze auf 27 Jahre zu erhöhen. Ich stimme für die Empfehlung der Satzungskommission.

Vielen Dank fürs Zuhören und ein herzliches Glück auf! (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Nico. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Daher würde ich gern über die Empfehlung der Satzungskommission abstimmen lassen. Diese Empfehlung gilt für beide Anträge, S 009 und S 010. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Satzungskommission bei einer Gegenstimme entsprochen. (Beifall)

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf den

Antrag S 011

Richtlinienänderung Jugend - Demokratisierung der Richtlinie Jugend

ferner den

Antrag S 012

Satzungsänderung

und den

Antrag S 013

Satzungsänderung

Die Anträge verfolgen das Ziel, dass die Bundesjugendkonferenz künftig direkt Anträge zum Gewerkschaftskongress stellen kann. Dies wurde ausführlich auch auf der Bundesjugendkonferenz diskutiert. Diesem Begehren wollen wir entsprechen, indem wir alle drei Anträge gemeinsam behandeln und die Annahme des Antrages S011 empfehlen, allerdings mit der bei Euch in den Unterlagen ausgedruckten Änderung. Sie soll lauten:

Die Satzung in § 17 Ziff. 7 e) soll wie folgt geändert werden: „die Bundespersonengruppen“.

Damit würde der Forderung der Antragsteller Rechnung getragen, und es erfolgt gleichzeitig eine Durchgängigkeit in den einzelnen Ebenen unserer Organisation. Denn in § 30 (Bezirk) und § 33 (Landesbezirk) führt diese Regelung dazu, dass die jeweiligen Personengruppen antragsberechtigt auf der jeweiligen Ebene sind.

Die Satzungskommission empfiehlt daher die Annahme mit der vorgeschlagenen Änderung. Bei Annahme des Antrages S 011 in der geänderten Form empfiehlt die Satzungskommission die Annahme der Anträge S 012 und S 013 als Material zu diesem Antrag S 011. Für eine Annahme der drei Anträge wäre jeweils eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, Kolleginnen und Kollegen.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Petra. – Es liegen keine Wortmeldungen dazu vor.

Das heißt, wir können direkt abstimmen lassen. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt. (Beifall). – Petra!

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Vielen Dank, Brigitte. Ich rufe auf den

Antrag S 014

Überarbeitung der Jubilargeschenke

und den

Antrag S 015

Überarbeitung der Jubilargeschenke

Die Anträge sind inhaltlich identisch. Die Antragsteller möchten gern „ansprechende und altersgerechte“ Jubilargeschenke und auch in der Frage der zehnjährigen Jubilare eine Änderung.

Wir empfehlen für beide Anträge die Weiterleitung an den Hauptvorstand, da dies sicherlich auch ein operatives Geschäft des Hauptvorstandes ist, das immer einer ständigen Überprüfung bedarf. Für die Annahme der Empfehlung wäre eine einfache Mehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Danke, Petra. - Es liegen mir keine Wortmeldungen vor. Daher gehen wir in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den letzten Antrag im Bereich Satzungskommission und Satzungsänderungen auf, und zwar den

Antrag S 016

Jubilarehrungen.

In dem Antrag wird vorgeschlagen, Jubilare nach 60-jähriger Mitgliedschaft im fünfjährigen Rhythmus zu ehren. Diesem Anliegen will die Satzungskommission entsprechen, indem sie sagt: in Weiterleitung an den Hauptvorstand. Für diesen Antrag wäre die einfache Mehrheit erforderlich.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Vielen Dank, Petra. - Auch hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Daher gehen wir direkt in die Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Satzungskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Damit wurde der Empfehlung der Satzungskommission einstimmig gefolgt.

Petra, ich bedanke mich sowohl bei Dir als auch bei der Satzungskommission für die gute Vorarbeit, sodass wir sehr schnell durch diesen Block gekommen sind, auch mit einer Diskussion. Herzlichen Dank für Eure Arbeit! (Beifall)

PETRA REINBOLD-KNAPE (Satzungskommission)

Vielen Dank.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den vergangenen zwei Stunden schon einiges gearbeitet. Ich glaube, es ist wichtig, einmal zu verschnaufen. Außerdem muss die Satzungskommission von der Bühne, und die Antragskommission muss auf die Bühne. Ihr habt jetzt eine halbe Stunde Pause, nämlich bis 11:30 Uhr. Aber seid bitte pünktlich.

Ich bitte alle weiblichen Delegierten auf die Bühne – wir würden gerne ein Foto machen –, auch die weiblichen Hauptvorstandsmitglieder. – Auch die Männer dürfen ein Foto machen, wenn sie das möchten.

(Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses von 11:02 bis 11:33 Uhr)

RENATE HOLD (Präsidium)

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zum

Sachgebiet A - Gesellschaftspolitik

Die Antragskommission hat ihre Plätze eingenommen. In den 36 Anträgen zum Thema Gesellschaftspolitik und Gewerkschaftspolitik wird eine breite Themenpalette angesprochen, darunter Europa, Akzeptanz, Toleranz, Frauen, Gleichstellungspolitik, Kinderbetreuung sowie anonyme Bewerbungen. Sprecher der Antragskommission für das Sachgebiet A ist der Kollege Ralf Denecke. Ich denke, wir beginnen mit dem Antrag A 001.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Hallo, Kolleginnen und Kollegen. Das Sachgebiet A wurde schon angekündigt. Ich rufe gleich auf den

Antrag A 001

Verantwortung für Europa

Der erste Antrag A 001 beschreibt die grundsätzliche Position unserer Gewerkschaft zum Thema Europa. Er erinnert daran, dass unser Kontinent Jahrhunderte lang ein Schauplatz schrecklicher Kriege war. Erst die Idee von einem gemeinsamen Europa hat daran etwas grundlegend geändert. Doch die Schuldenkrise, ungebändigte Finanzmärkte und Jugendarbeitslosigkeit in vielen Staaten – um nur einige Beispiele zu nennen – machen deutlich, vor welchen gewaltigen Herausforderungen wir stehen.

Die Kommission empfiehlt Annahme dieses Antrages.

RENATE HOLD (Präsidium)

Danke. – Zu diesem Antrag liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir gleich, wie vorhin schon gehandhabt, zur Abstimmung kommen können.

Wer der Empfehlung der Antragskommission nachkommen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag angenommen.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Kolleginnen und Kollegen, Ihr konntet heute Morgen als Tischvorlage den Initiativantrag I 001 sehen. Diesen Antrag I 001 – Europäische Ausbildungsinitiativen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – hat die Kommission in diesen Sachgebietsblock A eingefügt. Er hat jetzt die neue Nummer A 001 a.

Antrag A 001 a

Europäische Ausbildungsinitiativen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Ihr habt heute Morgen sicherlich die Möglichkeit genutzt, diesen Antrag durchzulesen. Von daher bedarf es keiner weiteren Erläuterung.

Wir empfehlen die Weiterleitung an den Hauptvorstand.

RENATE HOLD (Präsidium)

Auch zu diesem Antrag liegen keine Wortmeldungen vor. (Zurufe) – Der Antragsteller möchte das Wort. Bitte!

MELANIE HÖSE (Kassel)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mein Name ist Melanie Höse, Delegiertennummer 243, Mitglied des Bundesjugendausschusses.

Wir möchten noch die Chance ergreifen und erklären, warum dieser Antrag einen Initiativcharakter hat. Wir vom Bundesjugendausschuss sehen das Thema Jugendarbeitslosigkeit in Europa als zentrales Thema nicht nur der Parteien, sondern auch der Gewerkschaften und Unternehmen in Europa an. Der im Juli einberufene Gipfel der Kanzlerin sowie das Anwerbeabkommen unserer Ministerin für Arbeit und Soziales über spanische Jugendliche für die Berufsausbildung in Deutschland gab uns Grund genug, diesen Antrag auf dem Kongress einzubringen.

Zusatzangebote, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, sind grundsätzlich super. Doch wir haben festgestellt, dass zum Beispiel in dem Abkommen einige wichtige Punkte und Fragen nicht beantwortet werden. Deshalb haben wir auf unserer ersten Bundesjugendausschusssitzung ein Positionspapier erarbeitet.

Unser Antrag befasst sich unter anderem mit der Frage: Was passiert mit den Kolleginnen und Kollegen nach der Ausbildung? In erster Linie sollen die Azubis übernommen werden, aber natürlich auch dem spanischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das geht nur, wenn man diesen jungen Menschen eine Perspektive bietet. Wie schaffen wir Perspektiven? Wenn wir diese jungen Menschen zum Beispiel in einem Konzern ausbilden, das Zweigstellen im Ausland hat, dann muss man diesen jungen Kolleginnen und Kollegen auch die Möglichkeit geben, in ihrem Heimatland einen Job auszuüben. Das Gleiche soll auch möglich sein bei Kooperationen von kleinen und mittelständischen Unternehmen und anderen Bildungsträgern.

Das alles geht natürlich nur, wenn man gute JAVen hat und gute Betriebsräte hat; denn eines ist klar: Wenn diese Jugendlichen zu uns kommen und wir die Jugendlichen aus-

bilden, dann haben sie einen deutschen Arbeitsvertrag. Es sind unsere Azubis. Also sind wir als JAVen und Betriebsräte auch dafür zuständig. Dementsprechend haben sie auch die gleichen Rechte und sie durchlaufen auch die gleiche Ausbildung wie unsere deutschen Azubis.

Natürlich wollen wir auch nicht, dass es dadurch weniger Ausbildungsplatzangebote für unsere deutschen Azubis gibt. Denn eines muss klar sein: Diese Plätze müssen zusätzlich geschaffen werden.

Unser Antrag befasst sich auch mit dem Thema Export des dualen Ausbildungssystems. Grundsätzlich sind wir natürlich stolz auf unser duales Ausbildungssystem. Wir sehen es nur nicht als Lösung an, es so 1 : 1 zu übertragen. Es reicht nicht, wenn Kooperationen von Berufsschule und Unternehmen einfach nur beschlossen werden, sondern es müssen auch entsprechend die Mitbestimmungskulturen geschaffen werden wie bei uns in Deutschland.

Deshalb bitte ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, für unseren Antrag zu stimmen. Vielen Dank. Glück auf! (Beifall)

RENATE HOLD (Präsidium)

Vielen Dank, Melanie. Es wäre schön, wenn Du noch Deinen Wortmeldezettel für das Protokoll abgeben würdest. (Zuruf) – Entschuldige bitte. Wir fahren fort.

Wer also der Antragskommission und diesem Begehren zustimmen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Initiativantrag angenommen. (Beifall)

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag A 002

Einführung eines Europafeiertags

Damit soll der Europagedanke gestärkt werden. Die Antragskommission empfiehlt Weiterleitung an den Hauptvorstand.

RENATE HOLD (Präsidium)

Zu diesem Antrag liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir zu Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen. - Annahme bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag A 003

Die gesellschaftliche Spaltung bekämpfen, den Sozialstaat stärken, die Sozialversicherungssysteme zukunftsfähig und gerecht gestalten

und

Antrag A 00

Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag

Antrag A 003 greift die Problematik soziale Spaltung und Gerechtigkeit auf. Niedriglöhne, atypische Arbeitsverhältnisse, zurückgehende Chancengleichheit sind nur einigen Themen, mit denen wir uns seit Jahren intensiv auseinandersetzen. Die IG BCE hält dagegen und will den Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft zukunftsfest gestalten. Dazu gehört unter anderem eine gerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Investitionen im Bereich der Bildung und eine bessere Sicherung im Alter sowie im Krankheitsfall.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags A 003.

Die Inhalte des Antrags A 004 - Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag - sind im ausführlichen Leitantrag enthalten. Deshalb empfehlen wir die Annahme von A 044 als Material zum Antrag A 003.

RENATE HOLD (Präsidium)

Danke schön. Zu diesen Anträgen liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission nachkommen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Annahme der Anträge A 003 und A 004.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag A 005

Bezahlbare Wohnungen

Angestrebt wird eine Auseinandersetzung der Politik mit diesem Thema mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Empfehlung der Antragskommission lautet Annahme.

RENATE HOLD (Präsidium)

Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Damit ist der Antrag angenommen.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag A 006

Gleiche und gleichwertige Arbeit - Gleicher Lohn

Darin wird eine gesetzliche Regelung gegen Entgeltdiskriminierung gefordert. Die Antragskommission ist allerdings der Auffassung, dass das Thema Entgeltgleichheit und seine Überprüfung eine Kernaufgabe der Betriebsräte ist und darstellt. Eine gesetzliche Regelung, die ein Instrument wie einen EG-Check vorschreiben würde, wäre somit ein Eingriff in die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission Ablehnung des Antrags A 006.

RENATE HOLD (Präsidium)

Zu diesem Antrag liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen wird der Antrag angenommen.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag A 007

Zukunft der Gewerkschaften

Er besitzt den Charakter einer Resolution und beschreibt ausführlich die Herausforderungen für Gewerkschaften im Betrieb und in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Antragskommission empfiehlt Annahme, verbunden allerdings mit dem Wunsch an den Hauptvorstand, aus ihm einen Antrag für den nächsten DGB-Bundeskongress zu entwickeln.

RENATE HOLD (Präsidium)

Zu diesem Antrag liegt eine Wortmeldung vor. Ich bitte nun den Kollegen Udo Rose, Delegiertennummer D 029, ans Rednerpult.

UDO ROSE (Hannover)

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es kurz machen. Gutes wird fast immer aus der Not geboren. Ebenso braucht der nicht zu kämpfen, der nicht sich bedroht fühlt. Ohne allzu lange auf die Nachkriegsgeschichte einzugehen, ist ein gesellschafts-veränderndes Ereignis dennoch hervorzuheben: der Wertewandel. Aus Angst vor dem erneuten Auftreten blinder Befehlsempfänger wurden moralische Grundsätze und Regeln sowie Sitten und Gebräuche nicht nur hinterfragt und somit infrage gestellt, sondern oftmals kurz als unnütz gebrandmarkt und abgeschafft. Dies mag in vielen Fällen sinnvoll gewesen sein. Dennoch wurde ungewollt auch die Sozialisierung der Individualisierung geopfert. Im Zuge dieser Entwicklung schien es sinnvoller, an der eigenen Karriere zu arbeiten, als mit anderen gemeinsam Erfolge zu erringen.

Mittlerweile wird gewerkschaftliches Handeln eher im Kontext problematischer Arbeitsbedingungen gesehen, als Teil des Miteinanders arbeitender Menschen zu sein. Das ist das Hauptproblem in der heutigen Zeit und eine der wichtigsten Ursachen, welche uns hindern, neue Mitglieder zu gewinnen und dauerhaft zu halten. Wir sehen uns oftmals damit konfrontiert, Kollegen zu überzeugen, um dann zu erleben, dass sie, wenn sie keine Gefahr sehen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, beziehungsweise durch außertarifliche Zulagen ein überdurchschnittliches Einkommen erzielen, so schnell wie möglich wieder austreten.

Ich erlebe das in etwas anderen Umständen bei den Auszubildenden. Zu meiner Person: Ich bin Ausbilder in einem reinen Ausbildungsbetrieb, hervorgegangen aus der Wolff Walsrode AG in der Lüneburger Heide. Unsere Firma heißt AF Personalpartner GmbH. Ich habe tagtäglich mit Auszubildenden zu tun. Wir haben derzeit dank einer hervorragenden Jugend- und Auszubildendenvertretung 100 Prozent der neuen Auszubildenden gewinnen können. (Beifall) Aber wir haben es auch erlebt, dass, nachdem die letzten Auszubildenden ihre Prüfung bestanden haben, gleich jemand wieder aus der Gewerkschaft ausgestiegen ist, weil er sagte: Ich bin jetzt in einem Betrieb, in dem wenige organisiert sind und dadurch ein geringeres Lohnniveau besteht. - Ich weiß, dass das nicht logisch ist, das habe ich ihm auch versucht zu erklären. Aber nichtsdestotrotz gehen nach der Ausbildung viele wieder den Weg der Ausgliederung aus der Gewerkschaft.

Die IG BCE ist nach wie vor eine starke, das heißt auch mitgliederstarke, Gewerkschaft. Dennoch wäre unsere Wirksamkeit um einiges höher, wenn wie selbstverständlich 80 bis 90 Prozent der betrieblich Beschäftigten Mitglieder der Gewerkschaft wären. Wenn wir also grundlegend in Zukunft den Bezug auf steigende Mitgliederzahlen beeinflussen wollen, dann sollten wir den Gewerkschaftsgedanken, die Selbstverständlichkeit, Teil eines großen Ganzen sein zu wollen, in der Gesellschaft zu verankern versuchen.

Gewerkschaften gehören an die Schulen, wenn nicht sogar schon in die Kindergärten, um das Bild nicht der „Bild“ zu überlassen. Wer den Pressebericht gelesen hat, der sah, dass dieses der „Bild“ eine Überschrift wert war. In dem Artikel war, glaube ich, nur ein halber Satz an Inhaltlichem zu finden.

Was meine ich mit den Schulen? Wir sind heutzutage in vielen Schulen vertreten, um naturwissenschaftliches Denken zu fördern. Technik wird immer mehr auch an den Schulen verankert. Ich mache jedes Jahr eine Veranstaltung mit Zehn- bis Vierzehnjährigen, um diese mit geeigneten naturwissenschaftlichen Versuchen für die Naturwissenschaften zu begeistern. Es gibt auch viele Kindergärten, die für naturwissenschaftliches Denken begeistert werden, indem man auch schon in den Kindergärten Versuche macht. Warum also nicht auch die Gewerkschaften dahin bringen, um den Kindern von Anfang an klar zu machen: Gewerkschaften gehören zum Arbeitsleben. Das ist nicht etwas, was Sonderlinge machen. Das ist nicht etwas wie ein Verein, der nur in ganz engem Rahmen eine Rolle spielt. (Beifall)

Gewerkschaft und somit auch unsere IG BCE müssen als eine gesellschaftlich verankerte Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden. Wir müssen versuchen, was das soziale Miteinander im Erwerbsleben betrifft, die Meinungshoheit zu erlangen. Wenn uns das gelänge, dann wäre das ein ebenso wesentlicher Schritt gegen prekäre Arbeitsverhältnisse beziehungsweise Löhne; denn dann würde eine Lawine auch in anderen Branchen losgetreten werden, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Dauerhaft gibt es nur eine Lösung: Werktätige gehören in Gewerkschaften. - Vielen Dank. (Beifall)

RENATE HOLD (Präsidium)

Danke, Udo, für Deinen Beitrag.

Ich komme nun zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission nachkommen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. - Danke. Enthaltungen? - Danke. Gegenstimmen? - Bei einer Enthaltung wird der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Aufgerufen werden der

Antrag A 008

Migration ist wichtiger Teil der Inklusion

sowie der

Antrag A 009

Staatsbürgerschaft

und der

Antrag A 010

Staatsbürgerschaft

Der Antrag A 008 – Migration ist ein wichtiger Teil der Inklusion – geht ausführlich auf die Notwendigkeit ein, Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land eine faire, gleichberechtigte Teilhabe zu bieten. Dazu gehören beispielsweise der Zugang zu Bildung und Arbeit oder auch die Teilnahme am politischen und sozialen Leben.

Zuwanderung darf in einer vom demografischen Wandel geprägten Gesellschaft nicht als Risiko, sondern als Chance begriffen werden.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags A 008. Die Anträge A 009 und A 010 – Staatsbürgerschaft – haben sich bei Annahme des Antrags A 008 erledigt, da der Antrag A 008 bereits ausführlich auf die Frage des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts eingeht.

RENATE HOLD (Präsidium)

Danke schön. Wir werden jetzt noch diese drei Anträge beschließen. Danach werden wir in die Mittagspause gehen. Aber bevor Ihr nach der Abstimmung den Saal verlasst, habe ich Euch noch einige wichtige organisatorische Hinweise zu geben.

Kommen wir also als Erstes zur Abstimmung darüber, ob Ihr den Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 008, A 009 und A 010 folgen wollt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung wird den Empfehlungen der Antragskommission gefolgt. - Danke schön.

Nun zu den organisatorischen Hinweisen:

Zum einen kann heute das Mittagessen außer in der Niedersachsenhalle auch im Restaurant eingenommen werden.

Wichtig ist, dass Ihr heute an die Sicherheitsmaßnahmen denkt, die hier im Rahmen des Besuchs der Bundeskanzlerin durchgeführt werden. Vergesst also den Kongressausweis nicht, den Personalausweis bitte auch nicht. Das Sicherheitspersonal bittet um Verständnis dafür, dass Kontrollen durchgeführt werden müssen.

Größere Taschen, vor allem Handtaschen, müssen im Saal bleiben. Bis kurz vor 14 Uhr wird hier im Saal der Sicherheitscheck durchgeführt und es kommt niemand mehr herein.

Weiterhin gebe ich Euch den Hinweis, dass die Sonderpostkarte für diesen Kongress noch bis Freitag beim Infopoint 2 abgegeben werden kann, wo man auch den Sonderstempel bekommen kann.

Des Weiteren sind bisher nur hundert Spesenabrechnungen eingereicht worden. Vielleicht wäre es ganz gut, wenn der eine oder andere das in der Pause noch erledigen würde.

Zu heute Abend: In der Abendveranstaltung „Parteien im Gespräch“ werden folgende Parteienvertreter vertreten sein: der CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe, von der SPD Thomas Oppermann, der LINKE-Vorsitzende Bernd Riexinger, von der FDP Patrick Döring und von den Grünen Cem Özdemir. Die Moderation hat die Kollegin Simone von Stosch. Dies steht auch in dem Programm, das Ihr bekommen habt.

Jetzt kommt noch ein Hinweis von der Seite. - Ach, im Restaurant gibt es jetzt doch kein Essen. (Heiterkeit) Okay, tut mir leid. Wir essen also alle in der Niedersachsenhalle. Dazu seid Ihr jetzt herzlich eingeladen.

Nach dem Essen wird Edi Glänzer die Kongressleitung übernehmen. - Danke schön. (Beifall)

(Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses von 11:58 bis 14 Uhr)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bitte Euch herzlich, Eure Plätze einzunehmen, und hoffe, dass alle Delegierte und Gäste zurück sind und die Pause nutzen konnten, um sich zu stärken, aber auch mit anderen auszutauschen.

Wir werden die Antragsberatungen nun bis zum Eintreffen der Bundeskanzlerin fortsetzen. Wenn die Bundeskanzlerin eintrifft, dann werden wir die Beratungen unterbrechen, und zwar höflich, aber abrupt, und Michael wird die Kanzlerin hineinbegleiten.

Zur Erinnerung für die weiteren Beratungen nochmals der Hinweis: Wie schon heute Morgen wird zuerst der Antrag aufgerufen, dann gibt es die Empfehlung der Antragskommission, danach kann, sofern gewünscht, der Antragsteller oder die Antragstellerin sprechen, und daran schließen sich, sofern gewünscht, weitere Wortmeldungen an.

Bitte vermerkt auf dem Wortmeldezettel, ob Ihr als Antragsteller oder zur Diskussion sprechen wollt. Das ist zum einen wichtig fürs Protokoll, zum anderen sollen die Antragsteller als Erste das Wort haben. Des Weiteren möchten wir darum bitten - wir gehen allerdings davon aus, dass Ihr das sowieso tut -, auf dem Wortmeldezettel den Namen und die Delegiertennummer zu vermerken.

Nun kommen wir zur Antragsberatung. Wir sind vorhin beim Antrag A 011 - das ist das Sachgebiet A - stehen geblieben, und für die Antragskommission spricht Ralf Denecke. Ralf, Du hast das Wort.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Danke, Edi. - Ich rufe auf den

Antrag A 011

Akzeptanz anstelle von Toleranz

Darin wird ausdrücklich mehr Akzeptanz gegenüber Homosexuellen, Transsexuellen, behinderten Menschen und Migranten eingefordert.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. Mir liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Insofern können wir direkt in die Abstimmung einsteigen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Ich sehe eine Enthaltung. **Damit ist der Antrag bei einer Enthaltung angenommen.** Vielen Dank.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Aufgerufen wird der

Antrag A 012

Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe

Ausgehend vom Gleichheitsbegriff des Grundgesetzes entspricht dieser Antrag den Wertevorstellungen der IG BCE.

Die Kommission empfiehlt daher Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir direkt in die Abstimmung einsteigen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Fünf. **Damit ist der Antrag bei zwei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen angenommen.**

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag A 013

Unterstützung beim Outing im Betrieb

Darin werden die IG BCE und die Gremien aufgefordert, eine entsprechende Kampagne zu starten und Handlungshilfen anzubieten.

Die Anregung ist sinnvoll, Betriebsräte und Funktionäre bei diesem Thema inhaltlich zu unterstützen. Da aber verschiedene IG BCE-Vorstandsbereiche mit dieser Thematik befasst sind, empfiehlt die Antragskommission Weiterleitung an den Hauptvorstand.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke, Ralf. Mir liegen wiederum keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe zwei Enthaltungen. **Damit ist der Empfehlung der Antragskommission bei zwei Enthaltungen gefolgt.**

RALF DENECKE (Antragskommission)

Jetzt geht es weiter mit dem

Antrag A 014

Erhöhung der Sanktionen bei Nichteinhaltung der Behindertenquote

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hier können wir wieder direkt in die Abstimmung einsteigen. Wer ist dafür? - Danke schön. Stimmt jemand dagegen? - Nein, das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? - Auch das ist nicht der Fall. **Damit ist der Empfehlung der Antragskommission ebenfalls gefolgt.**

RALF DENECKE (Antragskommission)

Es schließt sich an der

Antrag A 015

Toleranz gegenüber anderen Religionen

Die Freiheit der Religionsausübung entspricht unseren freiheitlich-demokratischen Grundwerten.

Wir empfehlen daher Annahme. (Zurufe: Weiterleitung!)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. (Zurufe: Halt! Moment! Weiterleitung an den Hauptvorstand!) Was? - Ralf, könntest Du Deine Empfehlung noch einmal wiederholen?

RALF DENECKE (Antragskommission)

Wir empfehlen Annahme. (Zurufe: Weiterleitung!)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Bei A 015, Ralf?

RALF DENECKE (Antragskommission)

Bei A 015. Ich lese es noch einmal vor: Wir empfehlen Annahme. - So steht es hier auf meinem Papier.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Aber in den Kongressunterlagen steht „Weiterleitung an den Hauptvorstand“.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Dann schlage ich vor, dass ich ganz kurz an den Tisch gehe und wir das klären. Ich komme direkt wieder, und dann gehen wir so vor, wie es abgeklärt ist.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Alles klar. (Beifall)

RALF DENECKE (Antragskommission)

„Zz“ - ziemlich zügig - habe ich gelernt. Es ist tatsächlich genauso, wie Ihr es gerade angesprochen habt. Von daher: Wir empfehlen Weiterleitung.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Dann schauen wir einmal: Wer der Empfehlung folgt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Ich sehe 4 Enthaltungen. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt, und zwar **Weiterleitung an den Hauptvorstand**. - Ralf.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Aufgerufen wird der

Antrag A 016

Förderung der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster (mobim)“ verstetigen

Normalerweise empfiehlt die Antragskommission bei regionalen Projekten, unabhängig von ihrer Qualität und Bedeutung, Nichtbefassung. Anders, als es im Namen des Projektes ausgedrückt ist, gehen die Aktivitäten von „mobim“ aber deutlich über Regions- und Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens hinaus. Aufgrund dieser Tatsache empfiehlt die Antragskommission: Weiterleitung an den Hauptvorstand.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke. - Wir können auch hier gleich in die Abstimmung einsteigen. Wer dafür ist, bitte das Kartenzeichen heben! - Danke. Ist jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? - Eine Enthaltung sehe ich. Dann ist der **Empfehlung der Antragskommission bei einer Enthaltung gefolgt**. - Ralf, Du hast wieder das Wort.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag A 017

NPD-Verbot

Der Antrag entspricht der Beschlusslage des Hauptvorstandes und des politischen Handelns unserer Gewerkschaft. Die Empfehlung daher: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hier können wir direkt in die Abstimmung einsteigen. Ich denke, wir werden das mit einem eindeutigen Ergebnis machen. Aber die Frage an alle: Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? - Danke. Stimmt jemand dagegen? - Möchte sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag **einstimmig angenommen**. (Beifall)

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag A 018

Aktive Frauen- und Gleichstellungsarbeit in Politik und Unternehmen

Wir haben zweifelsohne schon einiges erreicht. Diese Erfolge sind aber nicht vom Himmel gefallen. Wir, die IG BCE, haben das Thema konstruktiv vorangebracht. Allerdings besteht trotz guter Fortschritte weiterhin Handlungsbedarf.

Der Leitantrag beschreibt umfassend die Positionen der IG BCE wie auch die notwendigen Maßnahmen, um in Fragen der Frauen- und Gleichstellungspolitik weiter nach vorne zu kommen. Eine klare Botschaft dabei lautet: Das gelingt nur, wenn sich Frauen und Männer gemeinsam dafür einsetzen. Daher die eindeutige Annahmempfehlung.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, lieber Ralf. Gemeinsam sind wir stark. Ich habe hier eine Wortmeldung vorliegen. Marianne Malkowski aus dem Landesbezirk Westfalen mit der Delegiertennummer D140 steht schon bereit. Marianne, Du hast das Wort.

MARIANNE MALKOWSKI (Recklinghausen)

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte mich als Mitglied des Bundesfrauenausschusses an dieser Stelle ausdrücklich für die Ausformulierung des Antrages zur aktiven Frauen- und Gleichstellungspolitik in Politikunternehmen durch den Hauptvorstand bedanken. Treffender konnte es nicht zusammengefasst werden, was wir auf dem 4. Frauentag mit über 400 Kolleginnen und Gästen so diskutiert haben.

Mir liegen besonders die Themen Betreuungsinfrastruktur statt Betreuungsgeld und innovative Modelle der Pflegearbeit am Herzen. Zum Betreuungsgeld haben wir schon

im vorigen Jahr mit der Arbeitsministerin diskutiert und leider keinen Konsens hinbekommen. Und die Pflegesituation wird für uns alle noch eine besondere Herausforderung bedeuten.

Daher ist dieser Antrag - und natürlich die Umsetzung - ein Meilenstein in der Gleichstellungspolitik und sollte unterstützt werden. Für mich ist das Gute Arbeit. Danke. (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Herzlichen Dank, Marianne. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir direkt in die Abstimmung einsteigen können. Die Empfehlung der Antragskommission war Annahme. Wer dem folgen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? - Möchte sich jemand enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag ebenfalls **einstimmig angenommen**. Herzlichen Dank. (Beifall)

RALF DENECKE (Antragskommission)

Jetzt komme ich wieder zu einem kleinen Block. Ich rufe auf den

Antrag A 019

Familienpolitik,

den

Antrag A 020

Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie eine verbesserte Familienpolitik / kein Betreuungsgeld

und den

Antrag A 021

Betreuungsgeld

Der Antrag A 019 zur Familienpolitik enthält eine eindeutige Absage gegenüber dem von der Bundesregierung eingeführten Betreuungsgeld. Stattdessen sollen die Mittel für eine hochwertige Kinderbetreuung und Bildung eingesetzt werden.

Die Anträge A 020, Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie eine verbesserte Familienpolitik / kein Betreuungsgeld, sowie A 021, Betreuungsgeld, besitzen eine vergleichbare Stoßrichtung.

Die Kommission empfiehlt die Annahme von A 019 und die Annahme von A 020 und A 021 als Material zu A 019.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke. - Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Von daher können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist der Vorschlag der Antragskommission **bei einer Gegenstimme angenommen**.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Dann komme ich zum

Antrag A 022

Anspruch auf Vollzeit nach Teilzeit

Die Überschrift des Antrages spricht für sich. Wir empfehlen Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Ralf. Es gibt keine Wortmeldungen.

Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um die Zustimmung. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. **Somit ist der Antrag angenommen.**

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag A 023

Mindestrepräsentanz von Frauen in der Privatwirtschaft

den

Antrag A 024

Mindestrepräsentanz von Frauen in der Privatwirtschaft

den

Antrag A 025

Frauenquote/Frauen in Führung

Und den

Antrag A 026

Frauenquote in der IG BCE

Dem Kongress liegt eine Reihe von Anträgen vor, bei denen es darum geht, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. So fordert der Antrag A 023 eine Mindestpräsenz von Frauen in den Führungsebenen deutscher Unternehmen, ohne sie näher zu beziffern. Der Antrag A 025 – Frauenquote, Frauen in Führung – spricht sich für eine nicht näher bezifferte gesetzliche Frauenquote aus. Im Antrag A 026 Frauenquote in der IG BCE wird ebenso wie im Antrag A 023 unsere Gesellschaft selbst angesprochen.

Die Anträge spiegeln insgesamt die Breite der Debatte wider, die in der Gesellschaft geführt wird und an der wir uns auch weiterhin beteiligen. Die IG BCE hat sich aber immer für verbindliche betriebliche Maßnahmen unter aktiver Beteiligung der Betriebsräte stark gemacht und die Sozialpartner sowie sich selbst in die Pflicht genommen. Das hat auch der vorhin beschlossene Leitantrag des Hauptvorstandes A 018 – Aktive Frauen- und Gleichstellungsarbeit in Politik und Unternehmen - noch einmal verdeutlicht. Damit sind wir uns einig, dass wir mehr Verbindlichkeit, klare Zielsetzung, ein Maßnahmenprogramm in den Unternehmen sowie regelmäßiges Reporting und Controlling benötigen. Hierzu hat die IG BCE in den letzten Jahren auf der Grundlage eigener Selbstverpflichtung schon vieles erreicht.

Die Empfehlung der Antragskommission: Annahme des Antrages A 023. Der wortgleiche Antrag A 024 wäre dadurch erledigt. Für die Anträge A 025 und A 026 empfehlen wir Zuordnung als Material zum Antrag A 023.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. Wir haben eine Wortmeldung. Ich hoffe, dass wir das noch schaffen. Das Wort hat jetzt der Delegierte Malte Tönjes aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertennummer D 016. Malte! (Beifall)

MALTE TÖNJES (Oldenburg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte kurz eine persönliche Erklärung zu diesem Antragsblock, zu den aneinander gefügten Anträgen, abgeben und dabei auf zwei Sachverhalte hinweisen.

Zum einen zeugt es für mich persönlich von einer gewissen Schizophrenie, wenn wir gleich Anträge beschließen und verabschieden werden, die sich widersprechen. A 023 bis A 025 sprechen sich explizit für eine Frauenquote aus, der Antrag A 026 spricht sich dagegen aus. (Beifall)

Das führt mich direkt zum zweiten Punkt: Die Beschlusslage, die wir gleich nach der Abstimmung haben werden, widerspricht sich insgesamt. Damit ist im Prinzip klar, dass die Diskussion, die wir über die Geschlechterquoten führen müssen, noch lange nicht abgeschlossen sein kann. Wir können die Geschlechterquoten in unseren Betrieben natürlich fordern – das tun die Anträge -, wir müssen sie aber gleichzeitig weiterhin diskutieren, denn es scheint keine einhellige Meinung dazu zu bestehen. Ich würde mir wünschen, dass wir das hier diskutieren würden. Wir können es aber auch gerne, wie es der Antrag A 023 vorschlägt, im Hauptvorstand diskutieren lassen. Ich möchte euch aber trotzdem darauf hinweisen, dass das Thema der Frauenquote, der Geschlechterquote, innerhalb unserer Betriebe, aber auch innerhalb unserer Organisation, noch längst nicht zu Ende diskutiert ist.

Das ist übrigens auch in der Jugend nicht der Fall. Der Antrag A 026 könnte den Eindruck erwecken, dass die Jugend sich geschlossen gegen eine Frauenquote ausspricht. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht der Fall. Glück auf! (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Lieber Malte, vielen Dank für Deinen Hinweis. Ich denke, die Empfehlung der Antragskommission ging auch in die Richtung, dass der Diskussionsprozess natürlich fortgesetzt werden muss.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Daher kann ich jetzt direkt in die Abstimmung einsteigen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Und einige Enthaltungen. **Damit ist insgesamt der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

RALF DENECKE (Antragskommission)

Die nächsten Anträge passen ganz zur Tageszeit. Ich rufe auf den

Antrag A 027

Ganztagsbetreuung für Kinder, Zeit zum Spielen am Nachmittag

und den

Antrag A 028

Ganztagsbetreuung für Kinder, Zeit zum Spielen am Nachmittag

Der Antrag A028 macht unter derselben Überschrift einen Teil der Begründung zum Antragstext.

Beide Anträge wollen, dass den Bedürfnissen der Kinder mehr Beachtung geschenkt wird. Anliegen ist die Verminderung eines übermäßigen Leistungsdruckes auf Schulkinder. Bildung soll die Kinder auf das spätere Leben vorbereiten.

Die Kommission empfiehlt Annahme von A 027. Dadurch ist der Antrag A 028 erledigt.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Ralf. – Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor.

Deshalb gleich wieder die Bitte an Euch: Wer der Empfehlung folgen möchte, jetzt bitte das Kartenzeichen! - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen. – Ja, ich sehe vier Gegenstimmen. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Somit ist der Empfehlung der Antragskommission bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung gefolgt.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag A 029

Betriebliche Regelung für Kita-Plätze

und den

Antrag A 030

Staatliche Unterstützung für Betriebskindergärten und Kinderkrippen

Der Antrag A029 erwartet die aktive, auch finanzielle Unterstützung betrieblicher Kinderbetreuung durch die Sozialpartner und soll für alle Kinder von Beschäftigten einen Betreuungsplatz ermöglichen. Das dient einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Angesprochen sind sowohl eigene Werkskindergärten aber auch Kitas und Kindergärten im Umfeld.

Der Antrag A 030 fordert eine staatliche Unterstützung von Betriebskindergärten und – krippen. Die Kommission empfiehlt Annahme des Antrages A 029 und die Annahme von A 030 als Material zu A 029, da die Initiative zu betrieblichen Einrichtungen von den Sozialpartnern ausgehen muss. Betriebskindergärten können übrigens schon heute von den Gemeinden materiell unterstützt werden.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke, Ralf. - Wir können gleich wieder in die Abstimmung einsteigen. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Einige Enthaltungen. **Damit ist der Antragskommission gefolgt.**

RALF DENECKE (Antragskommission)

Somit kommen wir zum

Antrag A 031

Kinderbetreuung und Schichtarbeit

Der Antrag macht deutlich, dass die derzeit vorhandenen Öffnungszeiten von Kitas, speziell unter den Bedingungen der Schichtarbeit, nicht ausreichen und fordert Betreuungszeiten rund um die Uhr an allen sieben Werktagen.

Die Antragskommission empfiehlt: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. - Keine Wortmeldungen, direkte Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Ich sehe fünf Gegenstimmen. Enthaltungen? - Sechs Enthaltungen. Damit ist der Antrag bei **fünf Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen** worden. Vielen Dank!

Weiter geht es mit dir, Ralf.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag A 032

Weiterentwicklung und vermehrte Schaffung von integrativen Plätzen in Kitas und Schulen

Der Antrag spricht das Problem an, dass es mittlerweile zwar eine bundesweite Verpflichtung zur Inklusion an Kitas und Schulen gibt. In der Praxis kann bislang aber noch keine optimale Betreuung aller Kinder mit Handicaps gewährleistet werden. Deshalb soll die öffentliche Hand hier verstärkt Mittel bereitstellen.

Die Antragskommission empfiehlt: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke schön. - Wer dem folgen möchte, den bitte ich später um das Kartenzeichen.

Wir unterbrechen jetzt die Antragsberatungen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir freuen uns, die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel, begrüßen zu können. (Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel betritt den Saal - Starker Beifall)

Wir alle sind natürlich gespannt, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, was Sie uns über die Ausrichtung einer künftigen Bundesregierung sagen können.

Wir wollen jetzt noch ganz kurz den Kolleginnen und Kollegen der Presse bzw. den Fotografen Gelegenheit geben, ein paar Aufnahmen zu machen. Dann wird unser Vorsitzender, Michael Vassiliadis, für Sie eröffnen.

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir freuen uns sehr, Sie bei uns begrüßen zu dürfen. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass Sie sich, wie schon vor vier Jahren, erneut die Zeit genommen haben, trotz der Beanspruchung durch die offene Regierungsbildung, zum Kongress der IG BCE zu kommen. Von mir persönlich und von diesem Kongress ein herzliches Willkommen bei der IG BCE! (Beifall)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, unsere Mitglieder fördern Rohstoffe und verarbeiten sie zu Grundstoffen der industriellen Produktion. Kali, Kohle, Kupfer und Kautschuk sind

Beispiele dafür. Unsere Mitglieder sind Spezialisten und Leistungsträger von industrieller Hochtechnologie. Unsere Mitglieder sorgen tagtäglich mit Wertarbeit für die Erfolge unserer Branchen: in der chemischen Industrie wie auch in der Feinkeramik oder in den Unternehmen der pharmazeutischen Industrie.

Wir wissen, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, uns gut kennen. Die IG BCE ist ein wesentlicher Gestaltungsfaktor in unseren Branchen, die wir vertreten - mit starken Betriebsräten und mit einer erfolgreichen, innovativen Tarifpolitik.

Wir sind fest verankert in der sozialen Marktwirtschaft, die Deutschland stark gemacht hat. Wir sehen allerdings, dass Stützpfeiler dieses Modells an Tragkraft verlieren, beispielsweise die Tarifautonomie.

Wir setzen auf eine konstruktive Sozialpartnerschaft und sind bereit, in Kooperation mit unseren Arbeitgebern immer wieder zu guten Lösungen zu kommen. Es gibt große Herausforderungen, die sich Deutschland stellen. Dies reicht von der Energiewende bis zu Guter Arbeit.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, werden auch die neue Bundesregierung führen. Wir hoffen auf eine starke und auf eine stabile Bundesregierung. Wir sehen vor allen Dingen jetzt in einer Großen Koalition die Möglichkeit dafür.

Die IG BCE ist bereit, eine Politik zu unterstützen, die die soziale Marktwirtschaft stärkt. Es ist Zeit für ein Bündnis für Gute Arbeit. Für uns bedeutet dies auch die Stärkung unserer Handlungsmöglichkeiten in der Tarifautonomie. Für uns bedeutet das ebenso, den Arbeitsmarkt so zu reformieren, dass Gute Arbeit der Regelfall wird. Ein Mindestlohn ist nötig. Aber Sie wissen, dass wir lieber überall Tarifverträge mit guten Löhnen hätten.

Für das alles brauchen wir, genauso wie für unsere Industrien, viel Energie. Es ist an der Zeit, auch die Energiewende besser zu machen.

Frau Bundeskanzlerin, wir sind gespannt auf Ihre Rede. Sie haben das Wort. (Beifall)

DR. ANGELA MERKEL (Bundeskanzlerin)

Sehr geehrter, lieber Herr Vassiliadis! Sehr geehrte Delegierte! Sehr verehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren! Ich möchte damit beginnen, dass ich zunächst noch einmal der Bergleute gedenke, die vor etwas mehr als zwei Wochen im Kalibergwerk Unterbreizbach ihr Leben gelassen haben. Wir alle trauern um die Bergleute. Wir trauern mit ihren Angehörigen, Familien und Freunden. Ihnen gilt unser Beileid und unser Mitgefühl.

Das Grubenunglück hat uns noch einmal schmerzhaft vor Augen geführt, dass Bergbau unter Tage auch heute mit Risiken verbunden ist. Es ist sicherlich eine Mahnung - ich glaube, darin bin ich mir mit Ihnen einig -, die Fragen des Arbeitsschutzes sehr ernst zu nehmen. Dies alles muss uns eine Lehre sein.

Meine Damen und Herren, erst einmal möchte ich Ihrem frisch gewählten Vorsitzenden ganz herzlich zu seiner Wahl gratulieren. Auch ich als CDU-Vorsitzende hatte ein gutes Ergebnis, aber Sie haben das noch besser hinbekommen. (Beifall) Herzlichen Glückwunsch und auf weitere gute Zusammenarbeit!

Vor vier Jahren war ich auch bei Ihnen. Der Kongress fand auch kurz nach der Bundestagswahl statt. Ich weiß nicht, ob das System hat. (Heiterkeit) Aber da Sie ja vorausdenken, vielleicht doch.

Morgen werden wir die Gespräche mit der Sozialdemokratischen Partei zur Bildung einer Großen Koalition fortsetzen. Dass wir uns in einer solch wichtigen Phase jetzt hier treffen, gibt mir Gelegenheit, zu einigen Fragen, die in den nächsten vier Jahren eine Rolle spielen werden, Stellung zu nehmen.

Wir stellen die Weichen für die nächsten vier Jahre. Ich sage ganz offen: Ich habe es in den Gesprächen als müßig empfunden, wie auf einer Checkliste all die Themen aufzuzählen, die CDU/CSU, SPD und auch GRÜNE trennen. Das kann sicherlich jeder von uns innerhalb weniger Minuten leisten. Aber dies führt uns nicht weiter.

Viel lohnender ist es hingegen aus meiner Sicht, darüber zu beraten, wie wir jetzt den Auftrag der Wählerinnen und Wähler umsetzen und in einer wirtschaftlich und politisch außerordentlich anspruchsvollen Zeit die Zukunft unseres Landes gestalten wollen. Das ist auch das, was mich in den Gesprächen zur Bildung der nächsten Bundesregierung, zur Bildung einer Großen Koalition leitet. Davon möchte ich Ihnen heute berichten.

Ich möchte vier zentrale Handlungsfelder nennen.

Erstens: Ich möchte und will einen stabilen Euro-Raum. Europa soll aus der Krise gestärkt hervorgehen. Genauso, wie es uns in Deutschland gelungen ist, aus der Krise 2008/2009 so herauszukommen, dass wir heute sagen können, Deutschland ist aus dieser Krise gestärkt hervorgegangen, genauso muss auch Europa stärker aus dieser Krise hervorgehen, als es in sie hineingegangen ist.

Zweiter Punkt: Ich will, dass die Energiewende gelingt. Herr Vassiliadis hat darüber eben schon gesprochen. Wir brauchen saubere, sichere, aber eben auch bezahlbare Energie. Wir wollen die erneuerbaren Energien ausbauen. Aber es muss so geschehen, dass der Industriestandort Deutschland darüber nicht in Gefahr gerät. (Beifall)

Drittens: Ich will die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu ordnen. Wir brauchen eine Föderalismusreform III.

Viertens. Ich will die Demografiestrategie der Bundesregierung weiter entwickeln. Wir haben damit begonnen. Aber die Aufgabe des demografischen Wandels, der sich die IG BCE auch immer gestellt hat, ist noch nicht gelöst. Wir brauchen dazu eine intensive Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Kommunen, Sozialpartnern und Verbänden.

Zum ersten Punkt: Unser Land und Europa fit für die Zukunft zu machen, ist und bleibt ein großes Gemeinschaftsprojekt. Dabei geht Deutschland so an die Arbeit heran, dass wir ökonomische Erfolge und soziale Verantwortung als eine Einheit begreifen. Das ist das Wesen der sozialen Marktwirtschaft. Wenn wir den Blick auf andere Regionen der Welt richten, dann sehen wir: Vieles, was für uns in Deutschland selbstverständlich ist, findet anderswo längst nicht die gleiche Wertschöpfung. Denken wir zum Beispiel an Arbeitsbedingungen, an Sozialstandards, an Umweltstandards. Hier ist Europa, ein Kontinent, auf dem schon vieles verwirklicht ist, aber auch in Europa gibt es große Unterschiede.

Es gilt für Europa insgesamt, dass wir uns mit unserer Art zu arbeiten, zu leben, mit unseren Wertevorstellungen, auch in Zukunft auf der Welt behaupten können. Ich spreche hier zu Menschen, die ja täglich in ihrer Arbeit mit dem weltweiten Wettbewerb konfrontiert werden. Deshalb brauche ich das nicht weiter auszuführen.

Sie wissen, dass der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung sinkt. Wir sind noch etwa sieben Prozent der Weltbevölkerung. Und wir haben etwa 25 Prozent, also ein Viertel, der Wertschöpfung auf der Welt, des Bruttoinlandsprodukts der Welt. Und wir haben nahezu 50 Prozent der Sozialleistungen der Welt. Das heißt, wenn wir dies weiter in einer Balance halten wollen, für sieben Prozent der Bevölkerung mit einem Viertel der Wertschöpfung fast die Hälfte der Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, dann bedarf das einer großen Bereitschaft zur Innovation und einem hohen Anspruch, wirklich zu den Besten auf der Welt zu gehören.

Das heißt, wir müssen versuchen, an den Wachstumschancen anderer Regionen teilzuhaben; denn 90 Prozent des weltweiten Wirtschaftswachstums finden heute außerhalb von Europa statt. Das wird auch im Wesentlichen so bleiben. Das heißt, erfolgreich in Europa produzieren. Immer noch gehen 40 Prozent unserer Exporte in die

Euro-Zone, 60 Prozent in die Europäische Union. Bei allem Gewicht der Schwellenländer dürfen wir das nicht übersehen. Deshalb gilt für uns in Deutschland auch: Es wird Deutschland auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch Europa gut geht. Alles andere würde nicht stimmen. (Beifall)

Deshalb geht es bei unserer Arbeit in Europa natürlich um verschiedene Aspekte. Der eine ist der Aspekt der soliden Finanzen, der Haushaltskonsolidierung. Oft wird alles, was wir tun, darauf verkürzt. Das ist falsch.

Es geht zweitens um die Wiederherstellung – das ist der eigentliche Punkt – der Wettbewerbsfähigkeit sowohl als Staaten als auch der Wirtschaftsunternehmen. Und wir brauchen natürlich auch entsprechende Möglichkeiten – die entstehen nur durch Wachstum -, dass Arbeitsplätze entstehen. Dafür brauchen wir in den europäischen Ländern auch die richtigen Ausbildungen. Wir haben viel über die duale Berufsausbildung gesprochen, die unsere Stärke ist. Wir haben in vielen europäischen Ländern einen sehr großen Hang zur Akademisierung. Ich will an dieser Stelle einflechten, dass auch in Deutschland die Entwicklung in die Richtung geht, dass wir uns in den nächsten vier Jahren eher um die Fortentwicklung des dualen Ausbildungssystems gleichrangig mit der Weiterentwicklung der Studienplätze kümmern müssen. Als ich 2005 Bundeskanzlerin wurde, gab es etwa 38 Prozent eines Jahrgangs, die ein Studium begonnen haben. Jetzt sind wir bei über 50 Prozent. Wir müssen gucken, dass die zweite Säule, die berufliche Ausbildung, genauso gestärkt ist. Ich würde mich freuen - Herr Vassiliadis weiß das -, wenn es uns gelingen würde, dass im nächsten Ausbildungspakt auch der DGB und die Einzelgewerkschaften wieder vertreten wären. Wir sollten versuchen, das so miteinander zu verhandeln. (Beifall)

Ich will das auch gleich mit einem ausdrücklichen Dank an all diejenigen verbinden, die sich für Berufsausbildung in den Betrieben einsetzen, sich um Auszubildende kümmern. Ein Schwerpunkt – ich bin jetzt ein bisschen von Europa abgewichen, aber ich komme gleich wieder darauf zurück – wird auch sein, jungen Menschen, die heute vielleicht schon über 25 bis 35 Jahre alt sind, die vor zehn Jahren oder acht Jahren keine Berufsausbildung bekommen haben, eine zweite Chance zu geben.

Wir haben eine zweite Aufgabe: Wir haben nach wie vor sehr viele Studienabbrecher, die oft nicht den Weg in eine berufliche Ausbildung finden. Auch hier sollte man versuchen, genauso wie es eine Durchlässigkeit von der Facharbeiterausbildung in den Hochschulbereich gibt, eine Rückmöglichkeit zu finden. Das heißt, dass jemandem, der merkt, an der Uni bin ich nicht richtig aufgehoben, auch der Weg zu einer beruflichen Ausbildung offen steht. (Beifall)

Meine Damen und Herren, zurück zu Europa. Wir haben große Aufgaben insbesondere im Euro-Raum: Haushaltskonsolidierung, Wachstumsinitiativen, Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, bessere wirtschaftspolitische Koordinierung, ohne dass immer Kompetenzen nach Brüssel übergehen, und natürlich auch eine Ausrichtung aller europäischen Institutionen auf Wachstum, auf Beschäftigung und wo immer möglich Abbau von Bürokratie, die nicht notwendig ist. Ansonsten werden wir uns in der Welt nicht behaupten können.

Meine Damen und Herren, ganz wesentlich für Ihre Branche und für ganz Europa ist natürlich das Thema von Forschung, Innovation und Entwicklung. Deutschland hat sich in den letzten Jahren dem Dreiprozentziel genähert. Das heißt, wir geben nahezu drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus, zwei Drittel davon von der Wirtschaft, ein Drittel durch den Bund und die Länder. Wir sollten dieses Niveau auch halten. Es ist ein Ziel der Europäischen Union, der sogenannten Agenda 2020, alle Länder sollten drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Forschung investieren. Dies ist auch zunehmend eine europäische Aufgabe.

Aber ich sage auch – das auch im Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Europawahlen: Europa ist mehr als nur ein Binnenmarkt. Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Europa ist auch eine Schicksalsgemeinschaft. Wer sich den

globalen Wettbewerb anschaut, wer sich unsere Wertevorstellungen anschaut, kann sagen: Als 80 Millionen Deutsche, selbst als größte Volkswirtschaft, werden wir uns auf der Welt nicht behaupten, wenn wir nicht Verbündete haben. Unsere europäischen Nachbarn sind, was unsere Wertvorstellungen angeht, unsere Verbündeten.

Wenn ich nach Griechenland reise, wenn ich nach Portugal reise und nicht immer freundlich in Empfang genommen werde, werde ich oft gefragt: Wie geht es Ihnen? Dann sage ich immer wieder: Wissen Sie, es ist ein gutes Gefühl, zu wissen, dass in ganz Europa die Menschen Meinungsfreiheit haben, Demonstrationsfreiheit, dass ich mir keine Sorgen machen muss, wenn ich zurück nach Berlin komme, dass jemand dafür ins Gefängnis kommt, dass er seine Meinung sagt. Darauf können wir in Europa stolz sein. Von der Tatsache, dass wir in Frieden leben, will ich gar nicht sprechen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. (Beifall)

Ich möchte auch ein Wort des Dankes sagen. Die Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren immer wieder in die Gespräche auch mit unseren europäischen Nachbarn und Freunden und Partnern eingebracht. Ich glaube, gerade auch von der Tarifpartnerschaft, von der Sozialpartnerschaft in Deutschland kann man an einigen Stellen noch einiges lernen, weil dies ein Erfolgsmodell ist. Wenn man schaut, wie wir 2008, 2009 durch die Krise gekommen sind, dann ist das nicht nur auf Papier geschrieben, sondern dann hat sich das auch in der Praxis bewährt.

Meine Damen und Herren, natürlich spielt die soziale Dimension eine wichtige Rolle, auch in Europa. Ich sage ganz ausdrücklich: Sie ist auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Wettbewerbsfähigkeit ohne soziale Partnerschaft und soziale Dimension wird es nicht geben.

Meine Damen und Herren, wenn ich zum zweiten Punkt komme, zu der Frage: „Wie managen, wie meistern wir die Energiewende?“, dann weiß ich, dass das für Ihre Gewerkschaft ein ganz zentrales Anliegen ist. Herr Vassiliadis und andere haben sich hier immer wieder eingebracht. Wir haben eine Situation, die es Jahrzehnte in Deutschland nicht gab. Es gibt im Grundsatz einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Frage, was wir nicht wollen, und auch über die Frage, was wir wollen. Aber wir haben noch nicht die einzelnen Komponenten so miteinander verzahnt, dass wir davon sprechen können, dass uns das auch wirklich gelingen wird.

Wir haben bei uns - Sie haben den Anstieg der EEG-Umlage auf jetzt über 6 Cent pro Kilowattstunde verfolgt - steigende Energiepreise, wo wir andernorts auf der Welt sinkende Energiepreise haben, wenn ich an die Vereinigten Staaten von Amerika denke. Das hat massive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Sie in Ihren Unternehmen können eher schneller als wir in der Politik verfolgen, wo schleichende Verlagerungen stattfinden oder Entscheidungen für Zukunftsinvestitionen fallen, die eben nicht mehr für Deutschland fallen. Deshalb ist Berechenbarkeit in der Frage Energiepreise von absoluter Notwendigkeit. Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Verfügbarkeit der grundlastfähigen Energien und den Ausbau der Netze besser aufeinander abstimmen. Sie alle wissen, dass wir beim Netzausbau an vielen Stellen hinterherhinken, insbesondere bei den sogenannten Projekten, die unter dem EnLAG stattfinden, die wiederum die Grundlage dafür sind, dass wir große Gleichspannungsübertragungsleitungen von Nord nach Süd dann auch bauen können. Erneuerbare Energien werden nur dann vernünftig auch marktfähig werden, wenn sie auch eingespeist und wirklich verwendet werden können.

Wir haben hier ein Akzeptanzproblem. Deshalb meine Bitte auch an Sie, immer wieder bei den Bürgerinnen und Bürgern dafür zu werben, dass ohne eine neue Infrastruktur eine Energiewende nicht gelingen kann. Wir haben inzwischen ein hohes Maß an Ausbau der Solarenergie und an Windenergie. Wenn man sich überlegt, dass wir an einem durchschnittlichen Tag unter 70 Gigawatt Energie verfügbar haben müssen und allein bei der Sonnenenergie die 30 Gigawatt fast erreicht haben und beim Wind über 25 Gigawatt liegen, dann wissen Sie, was da auf dem Energiemarkt los ist, wenn es um

Einspeisevorrang für erneuerbare Energien geht und gleichzeitig um Stabilität und Versorgungssicherheit, das heißt um hohe Flexibilität.

Deshalb werden wir jetzt in den Koalitionsgesprächen auch darüber sprechen, dass wir erstens eine Novelle des EEG brauchen, und zwar sehr schnell. Das alleine reicht aber noch nicht. Vielmehr haben wir fallende Börsenstrompreise, womit der Anstieg der EEG-Umlage im Augenblick nur durch den Ausbau der erneuerbaren Energien getrieben ist - es ist die Differenz zum Börsenstrompreis -, also auch durch die sinkenden Börsenstrompreise. Was muss man dort machen? Wir brauchen ein gewisses Backloading von CO₂-Emission, damit der Zertifikatspreis wieder ein vernünftiges Niveau erreicht. Das ist auch in Ordnung, weil die der Menge der CO₂-Zertifikate zugrunde liegenden Wachstumsraten in den letzten Jahren überhaupt nicht eingetreten sind. Wenn der Zertifikatspreis wieder höher ist, dann wird sich sozusagen die Rangfolge der Kraftwerke, die wettbewerbsfähig sind, wieder ändern. Dann haben moderne, sehr flexible Gaskraftwerke wieder eine bessere Chance, die im Augenblick gegenüber den Kohlekraftwerken nahezu keine Chance haben.

Wir brauchen für die Energiewirtschaft ein Ziel, ein CO₂-Reduktionsziel für 2030, denn ohne ein solches europäisches Ziel wird es keine Investitionen in die Zukunft von Kraftwerken geben, weil niemand genau weiß, wie das abläuft, und wir brauchen natürlich ein System der strategischen Reserven von Kraftwerken, die zur Verfügung stehen, wenn Engpässe eintreten. Dieses System der strategischen Reserven muss schrittweise mit Kapazitätsmechanismen ausgestattet werden.

Das alles ist die Aufgabe einer nächsten Bundesregierung. Unsere Sondierungsgespräche haben mir allerdings gezeigt, dass das Bewusstsein für die Dringlichkeit der Aufgabe und dass die Bereitschaft zur Lösung dieser Aufgabe vorhanden ist, wenngleich ich Ihnen nichts Besonderes verrate, wenn ich sage, die Tücke liegt auch hier im Detail. Es geht auch darum, dass erhebliche Interessen betroffen sind; denn die Investitionen in erneuerbare Energien ist nicht für alle, die sich daran beteiligen, ein Zuschussgeschäft, sondern eine zwanzigjährige, oft sehr sichere Rendite, die man woanders nicht so schnell findet. Deshalb kann es schnell passieren, dass inzwischen mehr Menschen von der Förderung erneuerbarer Energien profitieren, als die Hälfte der deutschen Bevölkerung ausmacht. Das heißt, Sie finden kaum noch eine demokratische Mehrheit dafür, Subventionen abzuschaffen. Aber das müssen wir schaffen, sonst hat die Politik ihre Aufgabe nicht erfüllt. (Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben den besonderen Bereich der energieintensiven Industrie. Hier werden wir bei einer EEG-Novelle auch noch einmal schauen müssen, dass wir uns auf diejenigen konzentrieren, die wirklich im internationalen Wettbewerb stehen, weil wir ein drohendes Beihilfeverfahren in Brüssel haben. Deutsche haben in Europa die große Fähigkeit, sich selbst untereinander anzuklagen und anzuzeigen, worauf die Kommission dann natürlich auch willig reagiert. Wir sind in Gesprächen mit dem zuständigen Kommissar, der auch versprochen hat, auf die EEG-Novelle ein gutes Auge zu werfen. Aber auch daraus ergibt sich die große Dringlichkeit einer Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes; denn wenn wir ein Beihilfeverfahren für die Ausnahmeregelung in der energieintensiven Industrie bekommen, dann haben wir ein echtes Problem. Hier müssen Politik und Wirtschaft - aber vor allen Dingen die Politik - sehr engagiert arbeiten.

Meine Damen und Herren, wir haben also hier eine große Aufgabe vor uns.

Die nächste Aufgabe, die ich nennen will, ist die Frage der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Die ist natürlich von ebenso großer Brisanz; die beschäftigt Sie in der Industrie nicht ganz so stark wie uns. Aber ich darf Ihnen verraten, dass das keine einfachen Verhandlungen sind. Die Grundlagen des Länderfinanzausgleichs laufen Ende 2019 aus. Das heißt, in der Periode 2014 bis 2017 müssen wir hier vorankommen. Da gibt es verschiedene Aspekte. Das eine ist der Solidarpakt II, die Unterstützung der neuen Bundesländer, wo man darüber reden muss, wie das nach 2019 weitergeht. Das andere ist der Finanzausgleich zwischen den Ländern, bei dem die Länder, die sehr viel

in den Länderfinanzausgleich einzahlen, den Eindruck haben, dass sie sich manche Dinge nicht leisten können, die die Länder, die Empfängerländer sind, sich leisten können. Das führt naturgemäß zu gewissen Problemen. Auch darüber muss natürlich gesprochen werden.

Wir werden darüber reden müssen, wie wir verstärkte Kooperationen auch in bestimmten Bereichen haben, insbesondere im Bereich der Bildung. Wir haben den Hochschulpakt, in dem der Bund sich an der Finanzierung von zusätzlichen Studienplätzen beteiligt. Wir haben die verschiedensten Forschungsinitiativen, Exzellenzinitiativen, wir haben uns als Bund am Ausbau der Kitaplätze beteiligt. Es wird jetzt natürlich auch darüber gesprochen, wie das weitergeht. Wir haben natürlich auch das Ansinnen der Länder - hier gibt es aber noch keine Entscheidungen -, dass es eine stärkere Kooperation auch im Bereich der Ganztagschulen geben soll. Auf jeden Fall brauchen wir auch eine verstärkte und bessere Kooperation im Forschungsbereich, hier insbesondere zwischen den Großforschungseinrichtungen, die sozusagen in großer Bundeskompetenz sind, und den Universitäten, die in Länderkompetenz sind. Auch hierfür brauchen wir eine Grundgesetzänderung.

Wir müssen der Bildung einen hohen Stellenwert einräumen, auch gerade der Bildung in den Schulen. Wir haben einen Qualifizierungspakt mit den Ländern abgeschlossen. Die Zahl der Schulabbrecher sinkt. Das Niveau der Schulabschlüsse zwischen den einzelnen Bundesländern ist inzwischen angeglichen. Es gibt hier auch Absprachen zwischen den Kultusministern. Das ist ein Riesenfortschritt. Und wo wir noch längst nicht am Ende des Weges sind, aber vorangekommen sind: Die Bildungsbeteiligung der Migrantinnen und Migranten nimmt zu. Es bleibt für die nächsten Jahre, angesichts unserer demografischen Herausforderungen, natürlich eine zentrale Aufgabe, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund die gleiche Qualität der Bildungsabschlüsse schaffen, wie das im Falle derjenigen ist, die schon lange Jahre in Deutschland leben.

Meine Damen und Herren, damit bin ich dann auch bei dem Thema des demografischen Wandels, der uns alle sehr, sehr stark beschäftigen wird. Die Unternehmen haben hier sehr klare Vorstellungen, wie sich das Alter ihrer Belegschaft in den nächsten Jahren verändern wird. Wir haben sicherlich darauf zu achten, dass der Fachkräftemangel in Deutschland nicht überhand nimmt. Ich sage allerdings, wenn wir uns anschauen, dass wir immer noch im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit über vier Millionen Beziehende von Hartz-IV-Leistungen haben - das sind auch Kinder und Angehörige von Langzeitarbeitslosen -, dass wir von einem Bundeshaushalt von 300 Milliarden Euro über zehn Prozent für die Empfänger von Arbeitslosengeld II ausgeben, dann müssen wir angesichts des Fachkräftemangels und der demografischen Veränderung alles daransetzen, jedem jungen oder älteren Menschen, der noch wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren ist, auch wirklich eine Chance zu geben.

Denn was nicht passieren darf, ist, dass sich Unternehmen immer wieder nach ausländischen Fachkräften umsehen und wir in Deutschland unseren eigenen Bewohnern keine Chance geben. Ich weiß, dass die Wirtschaft das nicht einfach durch Einstellung schaffen kann, sondern dass viele Brücken notwendig sind. Aber wenn man sich überlegt, dass wir heute 30-, 35-, 40-Jährige haben, die noch 20, 25 und mehr Jahre an Arbeitsleben vor sich haben, dann darf man dem nicht tatenlos zusehen, meine Damen und Herren. (Beifall)

Wir haben noch eine weitere Aufgabe vor uns. Ich weiß, dass sich die Rente mit 67 nicht nur bei Ihnen keiner hohen Popularität erfreut. Aber wir haben Fortschritte erreicht, was die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen angeht. Die hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt von 22,7 auf 46,4 Prozent. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ist das noch schwieriger.

Und natürlich stehen wir auch im Arbeitsmarkt vor großen Herausforderungen. Aber wenn wir wissen, dass wir in Deutschland, sagen wir, in spätestens 15 Jahren, wahrscheinlich schon etwas eher, sechs Millionen Menschen weniger im erwerbsfähigen Alter haben werden und fünf Millionen mehr Rentner, dann werden wir bedenken müssen,

dass wir die junge Generation nicht überbelasten dürfen, sondern dass wir hier einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen finden müssen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns auch mit der Erwerbstätigkeit für Ältere beschäftigen.

Meine Damen und Herren, der demografische Wandel bringt vielerlei Veränderungen mit sich. Wir können diese Veränderungen im Augenblick relativ gut angehen, weil unsere Erwerbstätigenquote bei über 29 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Augenblick auf einem Rekordniveau liegt. Die Arbeitslosigkeit ist auf die Quote von unter drei Millionen gesunken. Besonders gesunken ist auch die Jugenderwerbslosigkeit. Darauf können wir stolz sein.

Deshalb geht es auch unseren Sozialversicherungssystemen im Augenblick finanziell recht gut. Und deshalb müssen wir auch bei allem, was wir jetzt in der Regierungsarbeit im Bereich der Flexibilität der Arbeitswelt an Regelungen einführen - darüber werde ich gleich auch noch sprechen -, darauf achten, dass wir nicht Regelungen finden, bei denen zum Schluss die Erwerbstätigkeit wieder zurückgeht, wir wieder mehr Arbeitslose haben und damit sofort riesige finanzielle Probleme in allen Sozialversicherungssystemen.

Im Zusammenhang mit den Fragen der Veränderung der Sozialsysteme noch ein Wort zur Rente: Wir werden unbedingt etwas tun müssen mit Blick auf eine verbesserte Erwerbsminderungsrente. (Beifall) Hier hat sich erwiesen, dass die Altersarmut sehr, sehr stark ist. Wir sind uns einig, egal, wie die Parteien die jeweilige Rente nennen - bei den GRÜNEN Garantierente, bei der SPD Solidarrente, bei uns Lebensleistungsrente -, dass wir etwas brauchen, was nach langjähriger Erwerbstätigkeit Menschen die Sicherheit gibt, dass sie nicht in die Grundsicherung und damit wieder in die Bedürftigkeit hineinfluten.

Sie wissen, dass wir von der Christlich-Demokratischen Union die Erziehungsleistung der Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, verbessern wollen auf einen Beitrag gerade für Frauen zur Überwindung von Altersarmut. Auf der Tagesordnung steht bei uns auch ein flexibler Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Hier gibt es auf betrieblicher Ebene schon eine Reihe innovativer Konzepte. Der von Ihnen mit den Chemiearbeitgebern vereinbarte Tarifvertrag „Demografie“ ist ja ein ganz herausragendes Beispiel dazu.

Wir werden uns auch mit den Hinzuverdiensten beschäftigen. Und wir werden in den Koalitionsverhandlungen natürlich darüber reden: Was muss bei der Leiharbeit getan werden? Sie wissen, dass wir 2011 bei der Leiharbeit bereits die Frage der vorübergehenden Beschäftigung in den Gesetzestext eingeführt haben. Es gab jetzt höchstrichterliche Entscheidungen, wo wir auf die Urteilsbegründung warten, um daraus gegebenenfalls Konkretisierungen festzulegen: Was ist vorübergehend? Da wird man dann sicherlich eine Frist festlegen können. Darüber sind wir ja auch schon seit Langem im Gespräch.

Wir haben den Drehtüreffekt beseitigt, den es bei der Leiharbeit gibt, und wir haben als Neues Tarifverträge für die Leiharbeit abgeschlossen. Als neuestes Thema haben wir natürlich das Thema der Werksverträge verstärkt im Fokus. Hier glauben wir - ich bin jetzt mal vorsichtig; denn wir haben uns noch nicht geeinigt -, dass es zumindest Kenntnisnahme und Information der Betriebsräte geben muss, damit bekannt ist, was in einem Unternehmen stattfindet. Denn dass an Ihnen einfach Dinge vorbei geschehen, die Sie gar nicht verfolgen können, ist, glaube ich, nicht richtig. Wie weit man darüber hinaus geht, ist noch Gegenstand von Verhandlungen. Sie werden uns Ihre Positionen sicherlich auch weiterhin mitteilen.

Meine Damen und Herren, das Letzte, das ich ansprechen möchte, betrifft das Thema „Mindestlohn“. Wir haben vonseiten der Christlich-Demokratischen Union und der CSU gemeinsam einen tariflichen Mindestlohn in den Wahlauseinandersetzungen propagiert; andere haben einen einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn propagiert. Wir sind insoweit in intensiven Gesprächen.

Ich habe als Ansinnen allerdings ganz klar die Stärkung der Tarifautonomie; denn die Gefahren, dass die Tarifautonomie geschwächt wird, sind ja nicht nur theoretisch da, sondern wir haben sie gesehen. Daraus ist ja auch die gewerkschaftliche Position entstanden: „Wir können das flächendeckend gar nicht mehr sicherstellen.“ Ich wünsche mir trotzdem, dass wir es machen können. Aber wir werden natürlich weiterhin mit den Sozialdemokraten darüber zu sprechen haben, wie wir das machen.

Meine herzliche Bitte ist nur: Wir müssen aufpassen, dass wir darüber nicht Arbeitsplätze vernichten. Ich bin dafür, dass jeder Mensch, der vollzeiterwerbstätig ist, von seiner Arbeit leben können muss und dass sich Arbeit lohnt. (Beifall)

Ich sage allerdings auch - ich habe es bereits gesagt -: Wir haben über 29 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, wir haben 350.000 Aufstocker in Deutschland, die in Vollzeit tätig sind - 350.000! -, und von denen gibt es sicherlich auch viele mit Familien. Das heißt, wir müssen aufpassen, gerade mit Blick auf die neuen Bundesländer, dass wir nicht Festlegungen treffen, von denen wir später zwar keine Aufstocker mehr haben, dafür aber wieder vermehrt Arbeitslose in bestimmten Regionen. Das ist das, was uns leitet. Ansonsten sind wir sehr wohl dafür, dass wir hier Lösungen finden. Wie die aussehen werden, verraten wir Ihnen nicht erst zum nächsten IG BCE-Kongress, sondern früher.

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung, die auch etwas mit der Bewältigung des demografischen Wandels zu tun hat und die Ihre Branche in ganz besonderer Weise betrifft: Es gibt zum Beispiel 430.000 Beschäftigte in der Chemiebranche, deren gesamte Wettbewerbsfähigkeit natürlich der Innovationskraft zu verdanken ist. Das heißt, wir müssen ähnlich wie in der letzten Legislaturperiode vermehrt in Forschung und Entwicklung investieren. Von Bedeutung ist bei Ihnen die Pharmaforschung, und jeder weiß um die Bedeutung medizinischer Forschung.

Wir haben auch das große Thema der Elektromobilität, an dem wir gemeinsam auch in einer nationalen Plattform arbeiten mit dem Bereich der Speichertechnologien. Oder nehmen Sie den Bereich der Entwicklung neuer Werkstoffe. Auch das ist eine Sache, bei der gerade Unternehmen aus Deutschland Weltmarktführer sind.

Sie als Vertreter von bestimmten Branchen, gerade der Chemiebranche, aber auch anderer Branchen, nehmen den Blick über den Tellerrand sehr ernst. Im Chemiebereich gibt es die Initiative „Chemie3“, bei der Nachhaltigkeit der Unternehmensstrategien ganz fester Bestandteil ist. Ich möchte ausdrücklich begrüßen, dass die IG BCE im Schulterschluss mit dem VCI und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie zwölf Leitlinien entwickelt hat für nachhaltiges Wirtschaften, was mit Sicherheit auch dazu beitragen wird, die Innovationsfähigkeit zu stärken.

Herr Vassiliadis hat als Mitglied des Rates für nachhaltige Entwicklung besondere Verantwortung übernommen und hat sich dort auch immer wieder für den Nachhaltigkeitskodex eingesetzt. Auch dafür möchte ich recht herzlich danken.

Meine Damen und Herren, ich habe in der vergangenen Legislaturperiode einen Bürgerdialog geführt zu drei Fragen: Wie wollen wir in Zukunft zusammen leben? Wovon wollen wir leben? Wie wollen wir gemeinsam lernen? Ihr Kongressmotto „Zeit, weiter zu denken“ beinhaltet ja genau auch diese Fragen.

Ich persönlich war verwundert beziehungsweise erfreut, dass es eine große Beteiligung der Bevölkerung gab. Aber die schwächste Ausprägung hatte die Antwort auf die Frage: Wovon wollen wir in Zukunft leben?

Wenn man Schülerinnen und Schüler fragt: „Glaubt Ihr, dass wir auch in 20 Jahren das größte Chemieunternehmen der Welt haben? Glaubt Ihr, dass wir auch in 20 Jahren die modernsten Autos der Welt bauen?“, dann gilt das für die Jugend unseres Landes als naturgegeben, sozusagen als so gegeben wie die Tatsache, dass die Alpen und die Ostsee zu Deutschland gehören.

Dass wir dafür immer wieder hart arbeiten müssen, das wissen diejenigen, die die Belegschaften, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben, zu denen die IG BCE gehört, vertreten. Das wissen viele außerhalb der Betriebe nicht in dem Maße. Es ist uns in Deutschland bisher immer gelungen, soziale Marktwirtschaft so leben zu können, dass Arbeit in der Zukunft möglich war, und es ist unser Anspruch - damit meine ich die Politik, aber auch Sie -, dies auch für die Zukunft sicherzustellen. Aber wir werden uns dafür anstrengen können. Wir können das schaffen, wenn wir bei Bildung und bei Forschung die richtigen Prioritäten setzen und vernünftige Rahmenbedingungen schaffen.

Wir können aber auch zurückfallen. Und deshalb ist es wichtig, dass Ihr Motto „Zeit, weiter zu denken“ auch jeden Tag verfolgt wird. Ich weiß, Sie tun das. Sie tun das hier auf diesem Kongress. Sie hatten vor vier Jahren das Motto „Vorwärts denken - verantwortlich handeln“. Das Denken spielt also bei der IG BCE eine große Rolle. Mitdenker, Vordenker, Querdenker - all das brauchen wir in Deutschland. Ein herzliches Dankeschön dafür, dass Sie dabei sind. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit! Wir als Politik werden versuchen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Sie erfolgreich arbeiten können, und wir wissen, dass wir als Politiker nicht erfolgreich sein können für Deutschland, wenn Sie nicht als Gewerkschaften auch Ihren Beitrag dazu leisten. Solange ich Verantwortung trage, habe ich das immer wieder erlebt. Dafür ein herzliches Dankeschön und danke für die Einladung. (Lang anhaltender Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (stellvertretende Vorsitzende IG BCE)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir bedanken uns sehr herzlich für Ihren Besuch auf unserem 5. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IG BCE. Wir wissen - und Sie haben es auch hervorgehoben -, dass wir gemeinsam vor großen Herausforderungen stehen. Und unser Vorsitzender hat unterstrichen, dass wir vor allem eine starke und stabile Regierung brauchen - eine Regierung, die auf für uns wichtigen Feldern Akzente für mehr soziale Gestaltung und für stärkere Arbeitnehmerrechte setzt.

Es ist Zeit, diesen Weg in Deutschland zu gehen, aber Sie haben auch auf Europa hingewiesen. Auch das können wir nur unterstreichen, und im Sinne von mehr sozialer Gestaltung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte haben Sie auch unsere Unterstützung. Wir wünschen Ihnen von Herzen alles Gute. Ein herzliches Glück auf! (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir werden jetzt die Beratungen fortsetzen. Es war schon ein Antrag aufgerufen. Lieber Ralf, vielleicht kannst Du noch einmal kurz die Antragsnummer nennen und kurz an die Empfehlung der Antragskommission erinnern.

RALF DENECKE (Antragskommission)

Hierbei handelte es sich um den Antrag A 032, „Weiterentwicklung und vermehrte Schaffung von integrativen Plätzen in Kitas und Schulen“. Wir haben Annahme empfohlen.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Dann könnt Ihr jetzt abstimmen. Wer ist dafür? - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Ich sehe eine Enthaltung. **Damit ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

RALF DENECKE (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag A 033

Bessere Balance von Lebens- und Arbeitszeit

Der Kern des Antrages besteht in der Forderung nach bedarfsgerechter und hochwertiger Kinderbetreuung, einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege und speziell lebensphasenorientierten Arbeitszeitmodellen für Frauen und Männer. Es gehört bereits heute zur Strategie der IG BCE, in den Tarifverhandlungen Demografieelemente oder eigenständige Tarifverträge zu verhandeln. So wurden speziell durch das Projekt „DemTV“ in den beiden zurückliegenden Jahren Modelle für KMU-Betriebe erarbeitet und in der Praxis erprobt.

Die Kommission empfiehlt hier Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, und wir steigen in die Abstimmung ein. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimme. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. **Dann ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

RALF DENECKE (Antragskommission)

Wir kommen jetzt im Sachgebiet A zu den letzten Anträgen. Ich rufe nun den

Antrag 034

Chancengleichheit anonymisierte Bewerbungen

sowie den

Antrag 035

Anonyme Bewerbungen

und den

Antrag 036

Anonymisierte Bewerbungen

auf.

Der Antrag A 034 verweist auf die positiven Erfahrungen eines Projekts der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit anonymisierten Bewerbungsverfahren. Es bietet mehr Chancengleichheit für Frauen, Migranten und ältere Arbeitnehmer. Die Antragsteller erwarten, dass sich die IG BCE auf allen Ebenen, wie bei der Politik, bei den Sozialpartnern und im Betrieb, dafür stark macht.

Der Antrag A 035 spricht speziell die Tarifpartner und A 036 erst einmal die Betriebsräte an.

A 034 ist der umfassendste Antrag. Daher empfiehlt die Antragskommission die Annahme von A 034 und die Annahme von A 035 und A 036 als Material dazu.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Lieber Ralf, vielen Dank. Das sind die letzten Anträge im Block A. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Gaby Eisinger aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg mit der Delegiertennummer D304 vor. Liebe Gaby, Du hast das Wort. (Beifall)

GABY EISINGER (Stuttgart)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzende des Frauenforums im Bezirk Stuttgart haben wir im Antrag A 035 eine ausführliche Begründung formuliert, warum wir das Thema „Anonyme Bewerbungen“ forcieren.

Der Kollege hat es schon angesprochen: Es gibt positive Studienergebnisse. In den USA, Großbritannien und Kanada ist der Verzicht auf persönliche Daten seit Jahren übliche Praxis. Ebenso gibt es in vielen europäischen Ländern eine vielfache Erprobung von anonymen Bewerbungen.

Auch unsere Arbeitgeber sollten moderner werden und den Mut haben, anonyme Bewerbungen durchzuführen. Hier können wir als IG BCE wegweisend sein und unsere Innovationskraft unter Beweis stellen. Was passiert denn heute? - Als Beispiel nehme ich eine junge Frau, die sich bewirbt. Sie ist gut ausgebildet und voller Tatendrang. Dann kommt oft die Frage nach der Familienplanung.

Hier sind aber inzwischen zum Glück mit dem Ausbau flächendeckender Kinderbetreuung die richtigen Weichen gestellt. So langsam sind somit Familie und Beruf leichter vereinbar, und das sollte auch in den Betrieben ankommen.

Für alle unsere Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, mit einer Schwerbehinderung oder mit zu jungem oder zu altem Alter sind diese Gegebenheiten oftmals ein negativ wirkendes Kriterium.

Bei der Besetzung von höheren Positionen werden häufig noch Männer bevorzugt, denen man pauschal mehr Biss unterstellt, was aber heute wohl nicht mehr so ist oder vielleicht auch nie so war.

Aus alle diesen Gründen sollten wir uns für die Anwendung von anonymisierten Bewerbungen einsetzen. Lasst uns gemeinsam mutig sein, neue Wege zu gehen, neue Dinge auszuprobieren, auch wenn wir hier sicherlich bei vielen Arbeitgebern dicke Bretter bohren müssen!

Diskutiert das in Euren Gremien, in den Personengruppen, im Gespräch mit dem Arbeitgeber! Lasst uns diese Herausforderung annehmen und uns gemeinsam dafür einsetzen, dass anonyme Bewerbungen in naher Zukunft Normalität sind! Ich danke Euch. Glück auf! (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Liebe Gabi, herzlichen Dank für die Unterstützung dieses Antrags.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Einige Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Einige Gegenstimmen und einige Enthaltungen. **Damit ist der Antragskommission gefolgt.**

Jetzt ein herzliches Dankeschön an Ralf für die Führung durch das Sachgebiet A. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zum Sachgebiet B, Wirtschafts-, Energie- und Industriepolitik und Innovationen. Hier liegt mir ein Initiativantrag zur aktuellen Lage Braunkohle vor. Wir befassen uns da aber insgesamt unter anderem mit den Konsequenzen der Energiewende, mit der Notwendigkeit von Branchenkonzepten sowie mit dem Thema Entfernungspauschale.

Mit den Empfehlungen der Antragskommission beginnt der Kollege Mirko Skela. Er wird uns die Anträge B 001 bis B 036 vorstellen. Anschließend übernimmt der Kollege Ingo Wellnitz ab Antrag B 037. Lieber Mirko, Du bist jetzt am Redepult und hast auch gleich das Wort.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Herzlichen Dank, Edi. - Auch noch einmal ein herzliches Glück auf, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Natürlich auch von meiner Seite Dank an den Ralf, der uns durch den Antragsblock A trotz zweier Unterbrechungen gut durchgeführt hat - was gar nicht so einfach ist.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sachgebiet B ist aufgerufen, und wir steigen direkt mit einem Block wieder ein.

Ich rufe auf den

Antrag B 001

Nachhaltigkeit als strategisches Handlungsfeld der IG BCE,

Antrag B 002

Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung („Corporate Social Responsibility“)

und

Antrag B 003

Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung („Corporate Social Responsibility“)

Der Antrag B 003 ist nahezu wortgleich zum Antrag B 002 und hat dieselbe Überschrift.

Der Leitantrag B 001 macht noch einmal deutlich, wie wichtig es war, den früher nahezu ausschließlich auf Umweltaspekte beschränkten Begriff der Nachhaltigkeit gleichrangig um die wirtschaftliche und soziale Dimension zu erweitern. Hierbei spielte und spielt die IG BCE eine wesentliche Rolle. Sie will das gewerkschaftliche Verständnis von Nachhaltigkeit mit einbringen.

Der Antrag B 002 fordert eine konsequente Umsetzung der CSR-Regeln in den Unternehmen und eine entsprechende Kontrolle dazu. Wie gerade schon gesagt: Der Antrag B 003 ist nahezu wortidentisch.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme des Antrages B 001, Annahme von B 002 als Material, und der Antrag B 003 ist aufgrund des, wie gesagt, nahezu gleichen Wortlauts wie der Vorgängerantrag als erledigt zu betrachten.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. - Wir haben hier eine Wortmeldung von der Kollegin Marianne Maehl aus dem Landesbezirk Hessen/Thüringen mit der Delegiertenummer D265 vorliegen. Liebe Marianne, Du hast das Wort.

MARIANNE MAEHL (Rhein-Main) (mit Beifall empfangen)

Hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Marianne Maehl. Ich komme aus dem Bezirk Rhein-Main. Meine Delegiertenummer ist D265. Ich bin Betriebsrätin bei Bayer CropScience in Frankfurt und auch Vorsitzende des Bezirksfrauenausschusses. Ich spreche für den Antrag B 003, die unternehmerische Gesellschaftsverantwortung Corporate Social Responsibility.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Chancengleichheit kein Selbstläufer ist. Maßnahmen werden nicht automatisch entwickelt, sondern Chancengleichheit beginnt in den Köpfen und muss als Querschnittsthema von allen verstanden sein.

Wir finden, dass es auch hilfreich wäre, wenn Unternehmen im Corporate-Social-Responsibility-Prozess die Verpflichtung zur Umsetzung von Chancengleichheit für Frauen und Männer implementieren würden.

Die IG BCE begrüßt Unternehmen, die aktiv personalwirtschaftliche Maßnahmen einleiten, um mehr Frauen in Führung zu bringen, hier vor allem in die Vorstände. Vielen Dank und Glück auf! (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Marianne. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit kommen wir zu Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. **Somit ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Damit sind wir beim

Antrag B 004

Fairer Handel und nachhaltiges Wachstum

Ziel dieses Antrages ist ein fairer und offener Welthandel zum Wohle aller Nationen. Wesentliche Ziele dabei sind die Sicherung und Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen, die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen, die weltweite Förderung von Nachhaltigkeit sowie die Einhaltung sozialer Standards und ein vernünftiger Umgang mit der Umwelt.

Aus Sicht der IG BCE erfordert ein weltweit freier und fairer Handel transparente Regeln, deren Einhaltung auch einklagbar sein muss. Dazu gehört auch die Einhaltung grundlegender Arbeitsnormen.

Die Empfehlung der Antragskommission ist Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. - Wir haben zu dem Antrag B 004 eine Wortmeldung vorliegen, und zwar von Volker Weber aus dem Landesbezirk Hessen/Thüringen mit der Delegiertenummer T188. Volker begibt sich schon zum Redepult und hat auch gleich das Wort.

VOLKER WEBER (Hessen/Thüringen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige von Euch haben sich vielleicht verwundert die Augen gerieben, als sie die Anträge durchgeblättert haben, und gedacht: Was hat denn die Hessen geritten, ein so langes Teil abzuliefern? Vielleicht habt Ihr auch schnell weitergeblättert.

Wenn man sich mit dieser Thematik nicht intensiv auseinandersetzt, kann man den Eindruck haben: Das alles ist eine sehr schwere Kost, was in diesem Antrag steht. Man denkt vielleicht: Wenn die Antragskommission ohnehin Annahme empfohlen hat, dann muss man sich damit auch nicht so intensiv beschäftigen. Dann nimmt man einen Antrag an.

Deswegen ist es mir schon ein Anliegen, hier noch einmal kurz zu diesem Antrag zu sprechen und darum zu bitten, sich intensiv mit diesem Antrag zu beschäftigen.

Wir haben in einigen Reden und Referaten gehört - ich glaube, auch beim Auftritt unserer ausländischen Kolleginnen und des Kollegen -, wie Gewerkschafter in anderen Ländern heute noch verfolgt werden, gefoltert werden, ja gar getötet werden und wie schwierig es ist, Dinge, die wir für selbstverständlich erachten - wie Mitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz, freies gewerkschaftliches Agieren -, keine Selbstverständlichkeit sind und dass wir uns mit diesen Themen beschäftigen müssen.

Wir haben auch gesagt, dass es uns bei diesem Antrag nicht nur darum geht, über fairen Handel zu reden und all die Dinge zu beschreiben und zu proklamieren, die wir für notwendig erachten, damit wir mit anderen Ländern auf dieser Erde Handel treiben können. Vielmehr müssen wir uns auch mit dem nachhaltigen Wachstum in diesen Ländern beschäftigen.

Wenn wir einmal ehrlich sind, müssen wir zugeben: Dort findet vieles, was wir dort erleben, auch deswegen statt, weil wir uns - jeder für sich - als Verbraucher zu wenig Gedanken darüber machen. Wo wird etwas hergestellt, und wie wird es hergestellt? Oftmals hört die Ethik auch beim entsprechenden Preis auf.

Deswegen ist dies etwas, was Gewerkschafter zuerst für sich erfahren und begreifen müssen, nämlich dass die Solidarität, die wir beschwören, damit es den arbeitenden Menschen in diesen Ländern besser geht, zusammen hängt damit, dass wir freie Gewerkschaften einfordern. Das hängt eng auch mit unserem eigenen Verhalten zusammen. Es geht auch darum, internationale Normen zu schaffen und Verabredungen zu treffen, an die sich Unternehmen weltweit halten müssen, oder Unternehmen in Europa zu zwingen, dass diese Normen eingehalten werden. Ansonsten geht alles immer zu Lasten der Menschen in diesen Ländern und eines nachhaltigen Wachstums dort.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine herzliche Bitte, auch wenn es schwere Kost ist und etwas Mühe macht, vielleicht noch einmal in Ruhe diesen Antrag zu Hause durchzulesen, zu verstehen, zu diskutieren, in die breite Öffentlichkeit einzubringen. Jeder kann einen Beitrag leisten.

Ein Teil des Antrages ist auch, dass die IG BCE aufgefordert wird, stärker im Beschaffungsmanagement nachzuschauen, ob das unter fairen Bedingungen hergestellt worden ist. Damit können wir einen Beitrag leisten und denen helfen, die sich hier zu Recht dargestellt haben und für die internationale Arbeiterbewegung gesprochen haben. Damit können wir Ihnen eine gute Unterstützung geben. - Herzlichen Dank und Glück auf!

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, lieber Volker. Du hattest ja zu Beginn gesagt, der Antrag ist zur Annahme empfohlen, Du möchtest trotzdem etwas sagen. Ich will noch einmal ausdrücklich hervorheben, dass man sich, auch wenn Anträge zur Annahme empfohlen sind, sehr gern zu Wort melden kann und diese unterstützen kann. Also noch einmal ein herzliches Dankeschön an Dich.

Weitere Wortmeldungen dazu gibt es nicht.

Insofern steigen wir jetzt in die Abstimmung ein. B 004 ist zur Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. **Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.**

Mirko, Du hast das Wort.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 005

Energiewende, aber richtig!

sowie direkt dazu den

Antrag B 006

**Gewinnung „Unkonventionelles Erdgas“ durch „Hydraulic Fracturing“
(Fracking)**

Der Antrag B 005 beschreibt umfassend die energiepolitischen Positionen der IG BCE, von der Versorgungssicherheit im Strommarkt, die gerechte Verteilung der Lasten bis hin zu den europäischen Dimensionen, um hier nur einige grundlegende Aspekte zu nennen.

Hierzu empfehlen wir Annahme des Antrages B 005. Der Antrag B 006 soll dem Antrag B 005 als Material zugeordnet werden.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Ralf.

Es gibt eine Wortmeldung von unserem Kollegen Joachim Nowak aus dem Bezirk Nordost mit der Delegiertennummer D099.

JOACHIM NOWAK (Halle-Magdeburg)

Vielen Dank, Edi, ich nehme Dein Angebot gern wahr und spreche zu dem Antrag B 005.

Unser Motto ist „Zeit, weiter zu denken“. Aber natürlich ist es auch Zeit, weiter zu handeln. Das Kernthema Energiewende wurde schon ausführlich durch Michael in seinem Grundsatzreferat, aber auch dankenswerterweise von unserer Bundeskanzlerin angesprochen. Dazu sind unsere Positionen klar bekannt und klar umrissen. Das gilt auch für unsere Erwartungshaltung: Wie gehen wir mit der Energiewende um, und wie stellen wir uns den Herausforderungen, die sich speziell für uns als Industriegewerkschaft, aber auch für die Arbeitnehmer in unseren Betrieben darstellen.

Das ist in den Anträgen B 005 bis B 030 erkennbar. Aber ich möchte dazu einen Punkt ansprechen. Dabei geht es um die Stromnetznutzungsentgelte. Unsere Kanzlerin hat dazu gesagt: Das ist so eine Art schleichende Verlagerung. – Was soll ich nun mit diesem Begriff anfangen? Stellt Euch das einmal im Klartext übersetzt vor: Nächstes Jahr werden die Netznutzungsentgelte wieder ein Stückchen angehoben. Die EEG-Umlage wird sich zu unseren Ungunsten als Verbraucher verändern. Dann sind einige Euro – 40 oder 60 Euro – mehr zu bezahlen. Da kommt dann jemand und sagt: Du, das ist gar nicht so schlimm, das ist nur eine schleichende Verlagerung. – Das geht natürlich so nicht.

Die Situation, die wir jetzt vorfinden, ist doch wie folgt: Durch die Einspeiseleistung der erneuerbaren Energien – also Windkraftwerke, Solarparks – sind speziell für die Länder, deren Erzeugung höher liegt als die anderer Bundesländer, vor allen Dingen im Norden und Osten Deutschlands, die Umlagen höher, bis zu 30 Prozent höher als in den Bundesländern, wo diese erneuerbaren Energien nicht schon so weit umgesetzt sind, wie es unserer Vorstellung von Energiewende auch aus der Sicht der IG BCE entspricht.

Das ist ein Nachteil nicht nur für uns als Verbraucher und Beschäftigte in Unternehmen, sondern auch speziell für die energieintensiven Branchen, zu denen wir ja auch gehören.

Das löst in der Tat einige Irritationen bei den Vorständen und Geschäftsführungen der Unternehmen aus. Das ist nämlich ein Investitionshemmnis. Viele Unternehmen haben vor etwa zehn Jahren, als der große Boom war, Investitionen getätigt. Die Anlagen sind mittlerweile teilweise abgeschrieben. Es sind also Reinvestitionen notwendig. Dann überlege ich mir schon, speziell wenn die Entscheidung nicht in Deutschland getroffen wird: Nehme ich eine Million in die Hand und investiere sie hier in der Bundesrepublik - vielleicht im Osten, vielleicht im Norden, vielleicht im Süden, vielleicht im Westen Deutschlands -, oder gehe ich ganz woanders hin. Deshalb ist es ganz, ganz wichtig, die Energiewende, nicht nur im nationalen Kontext zu sehen, sondern im europäischen und globalen Kontext. Das ist ja letztendlich auch den Anträgen zu entnehmen.

Es gibt ein positives Beispiel dafür, dass man dies korrigieren kann – dazu sind wir als IG BCE in der Lage, das komplex zu betrachten innerhalb unserer Strukturen und unserer Netzwerke zu betrachten. Hier geht es um den Biogaswälzungsbetrag. Hier ist ab Mitte 2014 eine einheitliche Regelung über alle Bundesländer erreicht worden. Das wäre empfehlenswert, das auch für die Stromnetznutzungsentgelte zu erreichen. Das bedeutet für uns als Arbeitnehmervertretung, als Gewerkschafter in den Betrieben, aber auch, das mit einer guten Qualifikation und Weiterbildung umzusetzen. Wer hier drüben in der Halle war, wird gesehen haben, dass unsere IG BCE BWS GmbH so ein Markenzeichen hat: „Wir sind das Original“. Das würde uns auch als Gewerkschaft gut stehen. Die IG BCE, wir sind das Original. – Vielen Dank und Glück auf! (Beifall)

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wir danken Dir.

Ich rufe jetzt zur Abstimmung auf. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe fünf, sechs, sieben Enthaltungen. **Bei einer Gegenstimme und sieben Enthaltungen ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

Mirko!

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich danke für die Wortmeldungen. Dadurch habe ich hier ein bisschen Bewegung hin und her.

Wir kommen zum

Antrag B 007

Bezahlbarkeit der Energieressourcen

Der Antrag fordert einen geeigneten Energiemix sowie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sowohl für private Haushalte als auch für die Industrie. Die Kommission empfiehlt Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank.

Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen.

Deshalb steigen wir gleich in die Abstimmung ein. Wer für die Annahme des Antrags ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. **Damit ist der Antrag bei einer Enthaltung angenommen.**

Mirko, Du hast das Wort!

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 008

Energiepolitik

Dieser Antrag zielt auf den Ausgleich beziehungsweise die Befreiung energieintensiver Unternehmen in unseren Branchen Chemie, Papier, Aluminium, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Auch hier empfehlen wir Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Danke.

Auch hier können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. **Dann ist der Antrag mit einer Enthaltung angenommen.**

Mirko, du hast das Wort.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zum

Antrag B 009

Energiepolitik

Dieser Antrag fordert uns, die IG BCE, und den DGB auf, auf den Gesetzgeber einzuwirken, damit den stromintensiven Industrien keine höheren oder zusätzlichen Belastungen durch die Energiewende entstehen.

Auch hier die Empfehlung: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hier können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. Wer dafür ist, der Antragskommission zu folgen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Damit ist der **Antrag bei einer Enthaltung angenommen.**

Mirko, Du hast wieder das Wort.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Aufgerufen wird der

Antrag B 010

Energie muss für alle bezahlbar bleiben

Dieser Antrag zielt auf eine sozial gerechte Energiewende und den Erhalt industrieller Wettbewerbsfähigkeit.

Auch hier: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hier steigen wir gleich in die Abstimmung ein. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Somit ist der **Antrag einstimmig angenommen**.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zum

Antrag B 011

Energiepolitik aus einem Guss – strategische und bezahlbare Ausrichtung

Hierin wird gefordert, dass die politische Steuerung der Energiewende in einem eigenen Energieministerium zusammengefasst wird.

Da wir auch diese Forderung heute und gestern schon des Öfteren gehört haben, lautet die Empfehlung natürlich: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hier steigen wir direkt in die Abstimmung ein. Wer den Antrag annehmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Antrag einstimmig angenommen**.

Mirko, Du bist wieder dran.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Dann sind wir beim

Antrag B 012

Energiepolitik - Emissionshandel als zentrales Instrument des europäischen Klimaschutzes stärken

Hier geht es um eine unveränderte Beibehaltung des Emissionshandelssystems bis 2020 und natürlich seine Weiterentwicklung darüber hinaus.

Die Kommission empfiehlt: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir können direkt abstimmen. Wer dafür ist, den Antrag so anzunehmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der **Antrag einstimmig angenommen**.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zum

Antrag B 013

Versorgungssicherheit: Reservemechanismen technologie- und wettbewerbsneutral ausgestalten

Dieser Antrag zielt auf die Sicherung der Stromversorgung durch Kohle und Gas, bevor im Industriestandort Deutschland eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien realistisch ist.

Die Kommission empfiehlt auch hier: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. **Der Antrag ist einstimmig angenommen.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 014

Arbeitnehmerorientierte Ausgestaltung der Energiewende Sicherung des Industriestandortes Deutschland

und den

Antrag B 015

Arbeitnehmerorientierte Ausgestaltung der Energiewende Sicherung des Industriestandortes Deutschland

Die Anträge fordern die sozialverträgliche Umsetzung der Energiewende, die auch nicht zu Lasten des Industriestandortes Deutschland gehen darf.

Wir empfehlen die Annahme des Antrags B 014, wodurch sich der wortgleiche Antrag B 015 erledigt.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Mikro. - Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb gleich die Frage an Euch: Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. **Damit ist der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zum

Antrag B 016

Die Energiekosten müssen für alle bezahlbar sein

Wir Antragsteller erwarten eine klare Linie seitens der Bundesregierung. Die Energiewende muss sozial ausgewogen, innovativ und natürlich bezahlbar sein.

Auch hier empfehlen wir: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. - Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist der **Antrag ebenfalls einstimmig angenommen.**

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zum

Antrag B 017

Energiewende

Die Kernbotschaft dieses umfassenden Antrags ist: Damit die Energiewende ein Erfolg wird, muss ihre Umsetzung durch die Politik, die unterschiedlichen berechtigten Interessen der Wirtschaft, der Industrien sowie der privaten Verbraucher Beachtung finden. Es darf nicht zu einer Überforderung kommen.

Auch hier empfehlen wir: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hier können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. Wer dafür ist, den Antrag anzunehmen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ist jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Antrag einstimmig angenommen**.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 018

Energiewende teuer, unkoordiniert, überhastet

Dieser Antrag weist ausdrücklich auf die steigenden Kosten der Energiewende hin.

Wir empfehlen die Annahme des Antrags B 018.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hier können wir gleich in die Abstimmung einsteigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diejenigen, die den Antrag unterstützen möchten, bitte ich um das Kartenzeichen. - Spricht sich jemand dagegen aus? - Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Antrag einstimmig angenommen**.

Mirko, Du hast das Wort.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zum

Antrag B 019

Strom muss bezahlbar bleiben

Hierin wird die IG BCE aufgefordert, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln politisch Einfluss zu nehmen, damit die Energiekosten sowohl für Unternehmen als auch für Privathaushalte bezahlbar bleiben.

Auch hier empfehlen wir: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wer diesem Antrag bzw. der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Möchte sich jemand enthalten? - Möchte jemand dagegen stimmen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag einstimmig angenommen**.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 020

Sichere Arbeitsplätze - auch bei und durch die Energiewende

Dieser Antrag analysiert die Probleme der Energiewende, weist aber auch auf die dadurch entstehenden Chancen hin, gerade in den energieintensiven Betrieben auch unserer IG BCE, wie der chemischen, der keramischen und auch der Glasindustrie. Dies sind die Grundvoraussetzungen, die Garanten für eine erfolgreiche Energiewende und damit auch für zukünftige Arbeitsplätze.

Den Ausführungen unserer Bundeskanzlerin folgend, empfehlen wir hier natürlich auch: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wer dem Antrag B 020 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Wir kommen zum

Antrag B 021

Entschließung zu Netzen und Speichertechnologien der Zukunft

Der Antrag fordert einen zielgerichteten Netzaus- und -neubau sowie eine deutliche Erweiterung der Speicherkapazitäten, um den Ausgleich schwankender Stromeinspeisungen, beispielsweise von Solar- oder Windenergie, bei Bedarf ausgleichen zu können. Zudem wird in dem Antrag auf die Rolle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingegangen.

Auch hier empfehlen wir: Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb: Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Der **Antrag ist einstimmig angenommen**.

Mirko!

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Antrag B 022

Energieversorgung der energieintensiven Industrien

Dieser Antrag fordert eine Energiepolitik ein, die eine bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung für die Papierindustrie und andere energieintensive Industrien zum Ziel hat. Selbstverständlich Annahme!

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Und selbstverständlich können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. Wer für den Antrag ist, das Kartenzeichen bitte! - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Herzlichen Dank.

Mirko hat wieder das Wort.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Antrag B 023

Versorgungssicherheit Energie

Auch hier wird mit dem Verweis auf die Behälterglasindustrie gefordert, energieintensive Branchen nicht überdimensional zu belasten. Analog zu den vorhergehenden Beschlüssen und Empfehlungen auch hier die Empfehlung Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. Dann schauen wir mal, ob erstens der Antragskommission gefolgt wird, aber zweitens damit auch dem Begehren aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg. Wer dafür ist, den Antrag anzunehmen, bitte jetzt das Kartenzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Antrag ebenfalls angenommen**.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Antrag B 024

Energiepolitik

Der Antrag macht sich unter anderem für einen Energiemix in Deutschland stark. Kohle, Gas und regenerative Energien sollen dabei gleichberechtigt sein. Die Empfehlung auch hier Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Und auch hier steigen wir gleich in die Abstimmung ein. Wer dafür ist, bitte das Kartenzeichen. – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Dann ist der **Antrag bei einer Enthaltung angenommen**. Vielen Dank.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Antrag B 025

Förderung der erneuerbaren Energien kosteneffizienter und marktnäher gestalten

Ziel des Antrages ist es, die Förderung regenerativer Energien kosteneffizienter zu gestalten. Außerdem sollen die erneuerbaren Energien verantwortlich für die Systemstabilität und sich wettbewerbsfähiger zeigen. Empfehlung der Kommission: Annahme!

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. Wer der Empfehlung folgen möchte, der zeige das jetzt bitte mit der Karte.
– Ich danke Euch. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen?
– Das ist auch nicht der Fall. Damit ist auch dieser **Antrag einstimmig angenommen**.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Leichter Themenwechsel:

Antrag B 026

Industrie- und Innovationspolitik als Motor für eine nachhaltige Entwicklung

Der Leitantrag beschreibt detailliert die erforderlichen Rahmenbedingungen sowie die Bedeutung einer erfolgreichen innovationsorientierten Industriepolitik für den Standort Deutschland, aber auch für die Entwicklung auf europäischer und globaler Ebene auf. Die Kommission empfiehlt auch hier Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. Auch hier können wir gleich in die Abstimmung einsteigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Damit ist der **Antrag angenommen**.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Antrag B 027

Nachhaltige Industrie- und Energiepolitik

Dieser doch umfassende Antrag unterstreicht unter anderem die Bedeutung einer modernen Infrastruktur, die Förderung innovativer Branchen sowie einer nachhaltigen Energiepolitik. Industrie- und Energiewirtschaft erfüllen in der deutschen Volkswirtschaft wichtige Funktionen. Auch hier empfehlen wir Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Keine Wortmeldungen, direkte Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Damit ist der **Antrag bei einer Enthaltung angenommen**. Vielen Dank.

Mirko, Du hast das Wort.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Es ist Zeit, dass wir wieder wach werden. Zwei Anträge gemeinsam:

Antrag B 028

Zukunft unserer Industrie

Antrag B 029

Zukunft unserer Industrie

Der Antrag B 028 beschreibt die industriepolitischen Anforderungen zur Zukunftssicherung der Industrie in Deutschland. Bei Annahme dieses Antrages, was wir natürlich

empfehlen, würde sich der Antrag B 029, der identisch ist, erledigen. Von daher die Empfehlung Annahme von B 028.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Also zwei Anträge sind aufgerufen, eine Empfehlung der Antragskommission. Wer der Empfehlung folgen möchte, bitte das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Möchte jemand dagegen stimmen? – Das ist auch nicht der Fall. **Damit ist der Antragskommission gefolgt.** Vielen Dank.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Antrag B 030

Entschießung zur Industrie- und Energiepolitik

Dieser Antrag beschreibt die Herausforderungen einer zukunftsorientierten Industrie- und Energiepolitik in unserem Land. Empfehlung: Annahme!

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank, Mirko. Wer möchte dem Antrag B 030 zustimmen? Bitte das Kartenzeichen. – Danke. Möchte jemand dagegen stimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall.

Mirko, Du hast das Wort. Vielleicht schaffen wir es ja, dass wir die Anträge, durch die Du uns führst, noch vor der Pause abarbeiten können. Vielen Dank.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich gebe mir Mühe.

Antrag B 031

Industriepolitik im Norden – Der Norden gibt Gas

Er ist auch darüber hinaus eine schöne Ecke. - Dieser Antrag fordert eine Verbesserung der industriepolitischen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bundesländern. Wir empfehlen Annahme des Antrages B 031.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wir gehen direkt in die Abstimmung. Wer dafür ist, bitte das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. **Damit ist der Antrag angenommen.** Vielen Dank.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 032

Antrag zur Bildung von Branchenkonzepten zur Stärkung des Chemie- und Industriestandortes Deutschland als Informationsplattform

Dieser Antrag hat zum Ziel, den branchenspezifischen Ausbau von Informationen zwischen Unternehmen, Gewerkschaft, Arbeitgeberverbänden und Politik voranzubringen, um gemeinsam mittel- und langfristige Strategien zu erarbeiten. Wir empfehlen Annahme dieses Antrages mit den Änderungen der Überschrift, die neben dem Antrags-text ausgedruckt sind. Sie soll dann lauten: „Antrag zur Erarbeitung von Branchen-

konzepten zur Stärkung des Chemie- und Industriestandortes Deutschland als Informationsplattform“. Die Kommission empfiehlt Annahme dieses Antrages mit den gerade erwähnten und ausgedruckten Änderungen.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Vielen Dank. Wer den Antrag mit den ausgewiesenen Änderungen annehmen möchte, jetzt bitte das Kartenzeichen geben. – Danke schön. Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Antrag mit den Änderungen angenommen**.

Mirko, Du hast das Wort. Bitte!

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Antrag B 033

Zukunft für Zulieferer zwischen Großchemie und Automobilherstellern

Dieser Antrag fordert die Erarbeitung regionaler industriepolitischer Zukunftskonzepte entlang der Wertschöpfungskette Fahrzeugbau, um die Arbeitsplätze in der Automobilzulieferindustrie zu sichern. Da der Antrag über die IG BCE hinaus auch die anderen DGB-Gewerkschaften mit einbeziehen will und muss, empfiehlt die Antragskommission Weiterleitung an den Hauptvorstand.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wer dem folgen möchte, zeige das bitte durch seine Stimmkarte. – Danke. Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. **Somit ist der Empfehlung Weiterleitung an den Hauptvorstand einstimmig gefolgt**.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag B 034

Rohstoffpolitik

Der Antrag fordert unter anderem ein Rohstoffsicherungsgesetz sowie unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten die Wiedereinbringung in den Wirtschaftskreislauf. Wir empfehlen Annahme des Antrags B 034.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Keine Wortmeldungen. Insofern steigen wir direkt in die Abstimmung ein. Wer dafür ist, den bitte ich um das entsprechende Zeichen. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. - Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn ich das richtig sehe, Mirko, dann hast du jetzt noch zwei Anträge.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Die schaffen wir noch gemeinsam.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Die schaffen wir, okay.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag B 035

BioÖkonomie: Potenziale erkennen und umsetzen

Der Antrag beschreibt die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit, die BioÖkonomie in Deutschland voranzutreiben. Mit ihren vielfältigen Möglichkeiten kann sie einen wichtigen Beitrag zur Lösung globaler Probleme leisten. Auch hier lautet die Empfehlung der Antragskommission Annahme.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wer dieser Empfehlung folgen möchte, zeigt das bitte durch die Stimmkarte. - Stimmt jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. - Enthält sich jemand? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der Antrag **angenommen**.

Mirko ruft den nächsten Antrag auf.

MIRKO SKELA (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag B 036

Zwischenstand zur Umsetzung der REACH-Verordnung Forderung: Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit durch stabile rechtliche Rahmenbedingungen im REACH-Prozess

Dieser Antrag beschreibt die bisherigen Erfahrungen im Umgang mit der europäischen Chemikalienverordnung. Wir empfehlen Annahme des Antrags mit Änderung des Satzes in Zeile 90. Dieser soll dann lauten:

„Trotz der guten Anläufe zur Umsetzung der REACH-Verordnung ist es noch zu früh, um eine umfassende und abschließende Betrachtung zur Auswirkung auf die Verbesserung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit abzugeben.“

Diese Einschätzung vertritt die IG BCE gemeinsam mit unserer europäischen Gewerkschaftsföderation industriAll Europe. Entsprechend lautet unsere Empfehlung Annahme mit den gerade dargestellten und auch ausgedruckten Änderungen in Euren Unterlagen.

EDELTRAUD GLÄNZER (Präsidium)

Wer dem folgen möchte, der hebe bitte seine Stimmkarte. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Damit haben wir den Bereich Energie- und Industriepolitik im Block B beraten und beschlossen, unterstützt durch Mirko aus der Antragskommission. Lieber Mirko, ein herzliches Dankeschön an Dich. (Beifall)

Ihr, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, habt Euch jetzt eine Kaffeepause verdient. Die machen wir auch bis 16:30 Uhr.

(Unterbrechung des Gewerkschaftstages von 16:04 bis 16:34 Uhr)

SASCHA HELD (Präsidium)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir möchten den Kongress jetzt gerne fortsetzen. Deshalb bitte ich Euch nochmals, Eure Plätze einzunehmen.

Bevor wir mit der Antragsberatung fortfahren, bitte ich den Kollegen Ulrich Walter auf die Bühne mit einer Wortmeldung zu einer Spendensammlung. Ulrich, Du hast das Wort.

ULRICH WALTER (Moers)

Dass ich jetzt hier „Glückauf“ sagen würde, hätte ich mir auch nicht träumen lassen. - Glück auf, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal auf Montagnachmittag zurückkommen, als unsere Kollegen aus Kolumbien und Simbabwe geschildert haben, was dort Gewerkschaftsarbeit ist. Als ich ihnen zugehört hatte, hatte ich Tränen in den Augen vor Wut, Trauer, Enttäuschung, Hilflosigkeit. Hinterher habe ich da gestanden und habe gesagt: „Das, was diese Leute im Namen von Gewerkschaften machen, verdient tiefe Demut und Bewunderung.“ Dabei habe ich mich relativ klein gefühlt.

Die beiden haben zum Schluss den Begriff „Solidarität“ benutzt und haben hier Schecks von 10.000 und 19.000 Euro entgegengenommen. Da habe ich mir Folgendes gedacht:

Wir alle hier werden erstklassig versorgt auf einem Niveau, das keine Wünsche offen lässt. Dafür müssen wir keinen Pfennig lassen. Ich habe mir deshalb gedacht, es wäre ein echtes Zeichen von Solidarität, wenn - ich weiß jetzt nicht, wie viele Gewerkschafter hier sind, aber es sind wohl 800 bis 1.000 - jeder sein Portemonnaie aufmacht und einen Zehner dazugibt. Dann hätten wir auch unser Mindestmaß an Solidarität gezeigt. (Beifall) Wir würden damit meiner Meinung nach in etwas investieren, das die besten Zinsen abwirft; denn hier geht es um Menschen.

Deswegen sage ich danke. Und ich sage nicht „Glückauf“, sondern „Solidarität!“. (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Wir überlegen uns zusammen mit dem Organisationsteam, wie wir das am besten organisieren können, ob wir für das Herumgehen die Wahlurnen nehmen oder etwas anderes zum Sammeln Geeignetes. Ich denke, wir werden einen Weg finden, damit jeder Delegierte, alle Gäste, alle Teilnehmer nach Satzung und jeder, der sonst noch gerne etwas geben möchte, seinen Beitrag leisten kann. - Vielen Dank. Ich finde, das ist eine sehr gute Idee. (Beifall)

Dann kommen wir jetzt wieder zum Kerngeschäft. Wir setzen die Antragsberatung fort mit dem zweiten Teil des Antragsblocks B. Von der Antragskommission betreut diesen Teil Ingo Wellnitz. Ingo, Du hast das Wort.

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Auch von meiner Seite ein herzliches Glück auf! Ich hoffe, wir kommen durch den zweiten Teil des Antragsblocks B genauso schnell durch wie durch den ersten Teil.

Die ersten zehn Euro für Eure Spendenaktion lege ich hier hin; die könnt Ihr nachher einsammeln. (Beifall)

Ich beginne mit dem

Antrag B 037

Finanzmärkte regulieren - Fiskalische Handlungsfähigkeit des Staates sichern!

Die Botschaft des Leitantrags ist klar: Er beschreibt konkret die bestehenden Defizite und entwickelt den Anforderungskatalog, um künftigen Krisen effektiv vorbeugen zu können. Wir empfehlen Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Mir liegen zum Antrag B 037 keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. **Damit einstimmig angenommen.** - Vielen Dank.

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Jetzt rufe ich auf den

Antrag B 038

Vermögensteuer

Ziel des Antrags ist ein Maßnahmenpaket für mehr Steuergerechtigkeit. Wir empfehlen Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Auch zum Antrag B 038 liegen mir keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe eine Enthaltung. **Bei einer Enthaltung so beschlossen.** - Danke.

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 039

Steuergerechtigkeit

Auch dieser Antrag will mehr Steuergerechtigkeit verbunden mit der Forderung nach einer besseren Durchsetzbarkeit des staatlichen Steuermonopols. Wir empfehlen Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank. - Auch hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - **Bei einer Enthaltung so beschlossen.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe jetzt einen ganzen Antragsblock auf. (Beifall) Dies sind folgende Anträge:

Antrag B 040

Erhöhung der Kilometerpauschale

Antrag B 041

Erhöhung Pendlerpauschale von 0,30 € auf reale Kosten

Antrag B 042

Erhöhung der Pendlerpauschale

Antrag B 043

Erhöhung der Pendlerpauschale

Antrag B 044

Erhöhung der Pendlerpauschale

Antrag B 045

Erhöhung der Pendlerpauschale

Antrag B 046

Erhöhung der Entfernungspauschale im EStG

Antrag B 047

Erhöhung der Entfernungspauschale im EStG

Antrag B 048

Erhöhung der Entfernungspauschale

Der Antrag B 040 bringt es konkret und kurz auf den Punkt: Erhöhung der Pendlerpauschale von 30 auf mindestens 40 Cent.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags B 040 mit der Änderung, dass das Wort „Kilometerpauschale“ durch den korrekten Begriff „Entfernungspauschale“ ersetzt wird.

Bei Annahme des Antrags B 040 empfiehlt die Antragskommission, dem die Anträge B 041, B 042, B 043, B 044, B 045, B 046 und B 048 als Material zuzuordnen, da sie alle dasselbe Ziel haben, nämlich eine angemessene Erhöhung der Pendlerpauschale.

Antrag B 047 wäre durch die nahezu bestehende Wortgleichheit mit Antrag B 046 erledigt.

Ich fass noch einmal zusammen: Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag B 040 mit der Änderung und Erledigung des Antrags B 047 und Annahme der anderen aufgerufenen Anträge als Material.

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank. - Zu den Anträgen B 040 bis B 048 liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme. Gibt es Enthaltungen? - **Bei einer Gegenstimme so beschlossen.** - Vielen Dank.

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe jetzt auf den

Antrag B 049

Abschaffung der Besteuerung des Kurzarbeitergeldes

Der Antrag fordert, dass das Kurzarbeitergeld nicht in das zu versteuernde Arbeitsentgelt eingerechnet wird.

Der Antrag ist aus Sicht der Betroffenen sicherlich auf den ersten Blick verständlich. Allerdings würde er das Steuersystem auf den Kopf stellen. Ein Wegfall der Besteuerung des Kurzarbeitergeldes würde nach dem Gleichbehandlungsprinzip den Anspruch auflösen, alle weiteren Lohnersatzleistungen dem Progressionsvorbehalt zu entziehen. Zielführend wären stattdessen eine Linearisierung, also Abflachung des Steuertarifs im unteren Einkommensbereich, und eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Antrags.

SASCHA HELD (Präsidium)

Zum Antrag B 049 liegt mir die Wortmeldung des Antragstellers Seppel Kraus aus dem Landesbezirk Bayern, Delegiertenummer T185, vor. Du hast das Wort. (Beifall)

SEPPEL KRAUS (Bayern)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich finde, die Antragskommission hat bisher toll gearbeitet und kluge Empfehlungen gegeben. Aber trotzdem bitte ich die Antragskommission, noch einmal über ihre jetzige Empfehlung nachzudenken. Vielleicht ist es ja doch möglich, daraus ein Material für den Hauptvorstand zu machen.

Dieser Antrag hat nicht nur eine steuersystematische Dimension, sondern er hat auch eine politische und eine soziale Dimension. Worum geht es in der Praxis? - In der Praxis geht es darum, dass wir Kollegen haben, die vielleicht zwei oder drei Monate kurzarbeiten. Sie bekommen dann 200, 300 oder 400 Euro im Monat weniger und werden am Jahresende böse überrascht, da sie beim Lohnsteuerjahrsausgleich 200 oder 300 Euro nachzahlen müssen. Ich finde, bei aller Steuersystematik muss man darüber nachdenken, wie man damit umgeht.

Ich gebe Euch recht: Vielleicht ist der in diesem Antrag beschriebene Weg, das Kurzarbeitergeld von der Steuer zu befreien, ein Punkt, der nicht geht. Allerdings muss man sich mit dem Thema beschäftigen, und ich traue den Kolleginnen und Kollegen vom Hauptvorstand, die hier links sitzen, eine Menge zu, um politische Weisheit zu entwickeln und zu überlegen, wie wir das praktisch angehen können, um diesem Problem in den Betrieben nicht mehr gegenüberzutreten zu müssen.

Ich muss Euch sagen: Ich würde mich auch unwohl fühlen, wenn ich in Betriebe gehen würde, in denen die Leute kurzgearbeitet haben, und dann bei einer Betriebsversammlung eine Kollegin oder ein Kollege aufstehen und sagen würde: Mensch, jetzt habe ich zur Kurzarbeit auch noch eine Lohnsteuernachzahlung bekommen. - Dann würde ich mich unwohl fühlen, wenn ich sagen müsste: Ja, das finde ich richtig. Steuersystematisch gehört es sich so.

Also, vielleicht ist der Text so nicht richtig. Aber vielleicht könnt Ihr noch mal darüber nachdenken, ob es nicht doch sinnvoll wäre, daraus Material für den Hauptvorstand zu machen. Vielleicht können wir dann eine vernünftige Lösung finden. Insofern hoffe ich - die Antragskommission hat bisher so kluge und tolle Entscheidungen getroffen -, (Heiterkeit) dass Ihr in diesem Sinne noch einmal darüber nachdenkt. Vielen Dank. (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Danke, Seppel, für Deinen Wortbeitrag. Ich bitte die Antragskommission nochmals um Stellungnahme.

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Die Antragskommission hat sich kurz zusammengesetzt. Wir werden dem Wortbeitrag des Kollegen folgen und unsere Empfehlung ändern. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung als Material an den Hauptvorstand. (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Wer der neuen Empfehlung der Antragskommission, „Weiterleitung an den Hauptvorstand“, folgen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Zwei Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - **Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung haben wir beschlossen, den Antrag an Hauptvorstand weiterzuleiten.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 050

Ehrenamtliche Tätigkeit

Der Antrag will, dass ehrenamtliche Tätigkeit ab 2015 steuerlich nicht schlechtergestellt wird. Ab Oktober 2015 soll nämlich bei Rentenbezieherinnen und -bezieher die Aufwandsentschädigung für die Ausübung von Ehrenämtern steuerlich wirksam werden.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - **Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 051

Zukunft der Automobilzulieferer sichern

und den

Antrag B 052

Zukunft der Automobilprofilhersteller sichern

und den

Antrag B 053

Zukunft der Automobilprofilhersteller sichern

auf.

Die nahezu deckungsgleichen Anträge B 051 und B 052 fordern unter anderem einen verstärkten Branchendialog und eine verstärkte Koordination im Bereich der Automobil-

profilhersteller, um die Zukunftsfähigkeit der Branche in Deutschland und damit auch der Arbeitsplätze hierzulande zu sichern.

Das Anliegen des Antrags B 053 wird von beiden Anträgen aufgenommen.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet Annahme des Antrags B 051. Dadurch sind die Anträge B 052 und B 053 erledigt.

SASCHA HELD (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir zur Abstimmung kommen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Auch das ist nicht der Fall. **Damit ist der Antrag so angenommen beziehungsweise sind die beiden anderen erledigt.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Aufgerufen wir der

Antrag B 054

Offensive E-Mobilität

Der Antrag erwartet, dass die IG BCE die elektrische Mobilität fördert.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme, allerdings mit einer Änderung in der ersten Zeile. Die Wörter „in den Landesbezirken“ sind zu streichen.

SASCHA HELD (Präsidium)

Auch zu diesem Antrag liegt mir keine Wortmeldung vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - **Bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen so beschlossen.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 055

Die Rolle der Standortdienstleister in Chemie- und Industrieparks für die Zukunft der deutschen Chemieindustrie stärken

Der Antrag beschreibt ausführlich die Lage und Perspektive der Dienstleister und stellt einen Forderungskatalog für die Zukunftssicherung auf.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Auch hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - **Bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme so beschlossen.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Kommen wir zum Antrag

B 056

**Die Bedeutung der Grundstoffchemie für die Zukunft der deutschen
Chemieindustrie**

Der Antrag analysiert die Situation und Perspektiven der chemischen Industrie in Deutschland und fordert für die Zukunft stabile und verlässliche Rahmenbedingungen auch unter dem Gesichtspunkt, langfristig Ausbildung und Arbeitsplätze zu sichern.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der AK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - **Damit wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

B 057

Zukunft nach der Kohle

Der Antrag will, dass die gegenüber den Vorjahren eingesparten Hilfen für den Steinkohlebergbau nun zur Förderung der ehemaligen Bergbauregion eingesetzt werden.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Keine Wortmeldungen. - Wer für die Empfehlung der AK ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Auch das kann ich nicht sehen. **Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Kommen wir zu

Antrag B 058

Kohledeputat in Form von Energiebeihilfe über das Jahr 2018 hinaus

und zu den gleichlautenden Anträgen

Antrag B 059

Deputatkohlenlieferung nach Beendigung des Steinkohlenbergbaus

und

Antrag B 060

Deputatkohlenlieferung nach Beendigung des Steinkohlenbergbaus

Der Antrag B 058 will, dass nach dem Jahr 2018 nur IG BCE-Mitgliedern Kohledeputate in Form von Energiebeihilfen ausgezahlt werden. Allerdings sind Deputatleistungen rechtlich gesehen vergleichbar mit betrieblichen Rentenzahlungen. Deshalb muss die Möglichkeit, dies nur IG BCE-Mitgliedern zukommen zu lassen, erst rechtlich überprüft werden.

Die Anträge B 059 und B 060 erwarten nach Beendigung des Steinkohlenbergbaus weiterhin eine Lieferung als festen Brennstoff. Dazu kann aber dieser Kongress das Unternehmen RAG-Handel nicht verpflichten.

Die Antragskommission empfiehlt daher die Annahme von B 058 - Kohledeputat in Form von Energiebeihilfe über das Jahr 2018 hinaus - mit einer Änderung, nämlich in Zeile 5 die Worte „dafür Sorge zu tragen“ durch „prüfen“ zu ersetzen. Der Antrag B 059 wird dann als Material angenommen. Dadurch ist der gleichlautende Antrag B 060 erledigt.

SASCHA HELD (Präsidium)

Auch hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke sehr. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? - **Bei einigen Enthaltungen so beschlossen.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Wir kommen nun zum

Initiativantrag I 002

Braunkohle

den wir an dieser Stelle eingeordnet haben.

Die wesentlichen Punkte aus diesem Initiativantrag und warum das ein Initiativantrag ist, findet ihr ab Zeile 69:

Der Hauptvorstand der IG BCE wird aufgefordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten Einfluss auf die in naher Zukunft beginnenden Koalitionsverhandlungen zu nehmen. Folgende Punkte sollen hierbei berücksichtigt werden:

Deshalb die Einordnung als Initiativantrag. - Wir empfehlen Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Ich habe hier stehen: Weiterleitung an den Hauptvorstand.

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

An den Hauptvorstand. Entschuldigung!

SASCHA HELD (Präsidium)

Danke schön. - Zu diesem Antrag liegen mir zwei Wortmeldungen vor: Zuerst als Antragsteller Norbert Pohlmann aus dem Landesbezirk Nordrhein mit der Delegiertennummer D175. Bereithalten kann sich Rüdiger Siebers aus dem Landesbezirk Nordost mit der Delegiertennummer D070.

NORBERT POHLMANN (Alsdorf) (mit Beifall empfangen)

Kolleginnen und Kollegen! Norbert Pohlmann, Betriebsratsvorsitzender im rheinischen Braunkohlenrevier.

Bei Braunkohle geht es letztendlich um den letzten heimischen Energieträger. Es geht aber auch um den kostengünstigsten Energieträger. Es geht um die Brücke in das Zeitalter der Erneuerbaren - wie Michael Vassiliadis das schon betont hat -, und es geht um Versorgungssicherheit und zwar nicht nur in der Industrie.

Bei Braunkohle geht es um verlässliche Rahmenbedingungen und um Planungssicherheit. Nur eine politische Planungssicherheit schafft die Voraussetzungen für die nötigen Investitionen, die wir in der Braunkohle brauchen und mit denen wir die Klimaschutzziele letztlich erreichen können.

Bei der Braunkohle geht es aber auch um 50.000 Beschäftigte. Diese laufen zurzeit Gefahr, zum Opfer des politischen Stillstandes und der Fehlentscheidungen ihrer Konzernlenker zu werden. Seit Wochen erleben wir, wie durch unsere Betriebe immer neue Gerüchte gehen, die für Angst, Verunsicherung und für Zukunftsangst sorgen. Kolleginnen und Kollegen, das muss schnellstens ein Ende haben.

Deshalb fordern wir den Hauptvorstand der IG BCE auf, im Sinne des Antrags Einfluss zu nehmen auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen.

An die Adresse von Michael - er ist zwar jetzt nicht da, aber der Rest der Mannschaft sitzt da ja -: Die Chemie stimmt da, wo es gelingt, verschiedene Substanzen zu einem erfolgreichen Produkt zu verbinden. Auf Menschen bezogen sagt man: Die Chemie stimmt. Und wenn sie stimmt, erreicht man zusammen etwas, und man bringt Dinge voran.

Ich glaube, Bergbau, Chemie und Energie ist eine gute Mischung, und sie schmeckt nach Tradition. Das konnten wir hier auf dem Kongress schon erleben. Sie schmeckt nach Zukunft. Das konnten wir aus den Reden und Beiträgen hier entnehmen. Ohne Bergbau und Energie würde diese Chemie langfristig nicht mehr stimmen.

Obwohl der Kapitän nicht da ist, möchte ich sagen: Der Michael hat heute für die IG BCE das Bild von einem Schnellboot benutzt. So ein Schnellboot kann nur schnell sein, wenn es die nötige Power hat.

Unser Organisationsgrad in der Braunkohle beträgt 90 Prozent. Wir haben seit zwei Tagen einen Vorsitzenden, der ein Wahlergebnis von 99,2 Prozent hat. Kolleginnen und Kollegen, wenn das nicht die Mischung ist, die den nötigen Einfluss bei den Koalitionsverhandlungen schafft, was dann? (Beifall)

Ich möchte Euch an dieser Stelle bitten, unseren Initiativantrag zu unterstützen. Glück auf! (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Als Nächstes spricht Rüdiger Siebers. Rüdiger, Du hast das Wort.

RÜDIGER SIEBERS (Cottbus)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein herzliches Glück auf aus der Lausitz!

Norbert ist schon auf viele Dinge eingegangen. Ich möchte jetzt einmal ganz konkret auf die Probleme hinweisen, die in der Lausitz entstehen werden, wenn das wahr wird, was uns die Kanzlerin in ihrer Rede heute gesagt hat.

Sie hat gesagt - ich übersetze das einmal ganz einfach -: Wir müssen zusätzliche Lasten auf die Braunkohlekraftwerke legen, damit andere Kraftwerke sozusagen wieder ins Geschäft kommen. Das ist ganz gefährlich für uns. Denn da geht es erst einmal um die Diskussion: Gibt es gutes CO₂, gibt es schlechtes CO₂? - Gutes CO₂ kommt aus Gaskraftwerken, schlechtes aus Braunkohlekraftwerken. (Beifall)

Was ist das Gefährliche daran für die Lausitz? – Wir sind gerade dabei, Planverfahren zu begleiten, die die Weiterführung des Tagebaus Welzow zum Inhalt haben. Der Tagebau Welzow ist der Hauptversorger für den Industriestandort Schwarze Pumpe, für das Kraftwerk, für unsere Veredelungsanlagen, und ist dringend notwendig auch für die Revierversorgung. Wenn das Planverfahren nicht im nächsten Jahr kommt, so wie es gedacht ist, dann haben wir ein Sterben auf Raten. Warum sage ich das? Bei Planverfahren gibt es immer nur einen Versuch. Wenn dieser Versuch nicht sitzt, dann war es das. Dann können wir auch andere Dinge, die wir gerade in den Anträgen beschlossen haben, wie die stoffliche Nutzung oder auch die noch kommenden Anträge wie B 062 und B 063 vergessen, denn dann ist die Braunkohleförderung in der Lausitz im ersten Teil im Jahre 2022 beendet. Dann können wir uns, nachdem wir aus der Steinkohle ausgestiegen sind, auch auf den Ausstieg aus der Braunkohle vorbereiten. Das gilt es, unter allen Umständen zu verhindern. (Beifall).

Wir sind uns bewusst, dass wir die Region hinter uns haben. Wir haben am 24. Mai 2013 eine Demonstration – das mag für andere Bereiche von den Teilnehmerzahlen her nicht so groß klingen, aber wir sind ja eine Region, die etwas dünner besiedelt ist – mit 4.500 Teilnehmern gemacht und haben danach für das zweite Beteiligungsverfahren für den Tagebau Welzow gestartet mit dem kleinen Verein „Pro Lausitzer Braunkohle“, der 200 Mitglieder hat. Es ist uns gelungen, im Revier zirka 64.000 Unterschriften für die Fortführung des Tagebaus Welzow zu sammeln. (Beifall)

Ich kann Euch nur bitten: Zeigt, indem Ihr für diesen Antrag stimmt, Eure Solidarität mit dem Revier. Ich hoffe nicht, dass wir auch noch zu anderen Maßnahmen greifen müssen. Aber wenn es denn soweit sein sollte, bitte ich Euch schon jetzt um weitere Solidarität. Danke und Glück auf! (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank Euch beiden für die Unterstützung dieses Initiativantrages. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann wurde der Initiativantrag soeben **einstimmig angenommen**. Herzlichen Glückwunsch! (Beifall)

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 061

Nachhaltige Nutzung der Braunkohle sowie ihre stoffliche Verwendung

Die Überschrift spricht für sich. Wir empfehlen Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Zum Antrag B 061 liegen mir keine Wortmeldungen vor.

Dem entsprechend kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegen-

stimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag **einstimmig angenommen**.

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Wir kommen nun zu den folgenden Anträgen:

Antrag B 062

Braunkohle als Brückentechnologie

Antrag B 063

Sicherung des Energiestandortes Jänschwalde

Antrag B 064

Arbeitsplatzerhalt

Der Antrag B 062 – Braunkohle als Brückentechnologie – plädiert für eine Weiterentwicklung im Tagebau und Kraftwerksbereich der Braunkohleregionen in der Lausitz, in Mitteldeutschland sowie im Rheinland. Außerdem bekennt er sich zu dem Einsatz von Zukunftstechnologien.

Der Antrag B 063 fordert die Sicherung des Standortes Jänschwalde, der Antrag B 064 den Erhalt der Arbeitsplätze in der mitteldeutschen Braunkohle sowie der Arbeitsplätze im Helmstedter Revier. Diese Forderungen sind in dem umfassenden Antrag B 062 enthalten. Die Kommission schlägt die Annahme des Antrages B 062 – Braunkohle als Brückentechnologie – vor. Dadurch sind die Anträge B 063 und B 064 erledigt.

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank. – Zu diesen Anträgen liegen mir zwei Wortmeldungen vor, einmal von Roberto Puzio aus dem Landesbezirk Nordrhein mit der Delegiertennummer D226 und von Lars Katzmarek aus dem Landesbezirk Nordost mit der Delegiertennummer D064. (Beifall) Bitte kommt beide auf die Bühne!

ROBERTO PUZIO (Köln-Bonn)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Braunkohle als Brückentechnologie liegt uns als Jugend sehr am Herzen. Denn die Energiewende, wie sie bis jetzt gestaltet ist - dass nämlich das „B“ im Namen unserer Organisation, der Bergbau, bald nicht mehr da ist -, ist für uns nicht leicht zu ertragen. Wir, die Jugend, fordern daher die IG BCE auf, Druck auf die zukünftige Bundesregierung und auf die Länderregierungen auszuüben, damit die Versorgungssicherheit in unserem ganzen Land für unsere Bürgerinnen und Bürger, doch vor allem für die stromintensive Industrie, aufrechterhalten wird. Nicht zu vergessen ist eine Preisstabilität, die wir als Arbeitnehmer unbedingt benötigen, damit wir nicht am Ende der Energiewende die Gelackmeierten sind. (Beifall).

Diese beiden Punkte dürfen nicht dogmatisch unter den Klimaschutz untergeordnet werden. Sie müssen gemeinsam angepackt werden, um eine erfolgreiche Energiewende voranzutreiben.

Die Braunkohle in den Bereichen Lausitz, Rheinland und Mitteldeutschland muss als Brückentechnologie endlich anerkannt werden, damit sie ins regenerative Zeitalter mitgenommen und als Grundlastverstromung akzeptiert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um dies alles in Angriff zu nehmen, müssen endlich neue Tagebaue erschlossen und umweltfreundliche Braunkohlekraftwerke erbaut werden, denn nur so haben unsere Kolleginnen und Kollegen weiterhin eine Zukunfts-

perspektive, und wir schaffen gemeinsam eine Energiewende mit einem erfolgreichen Klimaschutz.

Nicht zu vergessen und vor allen Dingen zu berücksichtigen sind unsere Zukunftstechnologien CCS und CPU. Diese Technologien müssen auf jeden Fall Anwendung finden, damit wir einen globalen Klimaschutz hinbekommen.

Wenn wir ehrlich sind: Wenn im Jahre 2022 fast kein oder gar kein AKW mehr am Stromnetz angeschlossen ist, der Bergbau auch nicht mehr da ist und jetzt noch an der Braunkohle gespart werden soll, wer nimmt dann noch einen Energiewandel mit Klimaschutz wahr, wenn wir nicht dafür sorgen, dass Zukunftstechnologien und Brückentechnologien erhalten bleiben, um dies überhaupt möglich zu machen? (Beifall)

Was uns, der Jugend, vor allen Dingen am Herzen liegt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, dass in all der Zeit der Braunkohle in den letzten Jahren 1.200 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von den Auszubildenden übernommen worden sind und jedes Jahr 200 junge Auszubildende die Chance bekommen, ihre Ausbildung dort aufzunehmen und damit auch eine Perspektive zu erhalten. Wir dürfen unseren jungen Kolleginnen und Kollegen diese Perspektive nicht nehmen, denn das ist eine Perspektive für die Regionen Lausitz, Rheinland und Mitteldeutschland. Doch vor allen Dingen ist das eine Perspektive für die Region Lausitz, weil dort mit einer Brückentechnologie in der Braunkohle die Perspektive für die Region aufrechterhalten werden kann und eine Abwanderung der jungen Kolleginnen und Kollegen vermieden wird. Dies beugt auch einer Überalterung der Bevölkerung mit vor.

Daher sind wir von der Jugend der Meinung, liebe Frau Merkel und liebe zukünftige Bundesregierung: Es ist Zeit weiter zu denken, so wie es unser Motto bei diesem Gewerkschaftskongress ist. Packen Sie die Energiewende anständig an, und vergessen Sie uns nicht in der Zukunft! - Vielen Dank. (Beifall)

Der Kollege, der mit mir die ganze Zeit hier auf der Bühne stand, wird jetzt in einer anderen Art und Weise die Sicht der Jugend widerspiegeln. Dazu bitte ich, einfach ein bisschen mitzuklatschen.

LARS KATZMAREK (Cottbus)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erst einmal ein herzliches Glückauf auch von mir. Ich würde mir wünschen, dass Sie jetzt bitte alle aufstehen. Bekommen wir das hin? - Das sieht sehr gut aus. Wir machen das ganz einfach, und zwar wird Euch der Kollege neben mir den Takt vorgeben. Es wäre eine echt coole Sache, wenn Ihr dazu klatschen würdet. Den Rest verrate ich Euch jetzt nicht. Lasst Euch einfach überraschen.

(Die Delegierten erheben sich und klatschen rhythmisch - Lars Katzmarek singt den folgenden Rap:)

Danke schön, lieber Kongress, dass Ihr mir die Chance gebt, hier zu reden, was zu schreiben und was zu sagen, was mich hier bewegt. Es bewegt die Jugend der Lausitz; denn ich komm' da von. Das ist keine Lüge, das ist Wahrheit, glaubt mir schon. Ich erzähl' es Euch, weil es mich betrifft. Ich erzähl' es, weil es uns alle betrifft. Uns betrifft die Wahrheit, dass am Ende leider nichts mehr steht, wenn die Kohle aus unserer Region hier rausgeht, dass am Ende nichts mehr steht, wenn die Wahrheit nicht gewinnt. Denn ich glaube daran, dass man sich auf vieles besinnt, was Grundwerte sind. Ich glaub' daran, dass es doch wichtig ist, dass Jugend in der Region bleibt, damit es spritzig bleibt, spritzig ist. Ich seh' die Leute jeden Tag ein und aus. Sie träumen von Familie, vielleicht auch von einem Haus. Wie sollen sie das bezahlen, wenn es keine Wirtschaft gibt, wenn es keine Leute gibt, die sie unterstützen? Ich glaube, dass ich hier stehe, ist heute wirklich wichtig. Es ist schon richtig, dass ich sage, was ich denke. Ich glaube, die Jugend braucht echt eine Perspektive. Und ich glaube, dass man das erreichen kann mit Liebe, Herz und Zuneigung, dass man die Region retten kann, dass wir uns weiter sehen können,

weil es einfach hier stimmt. Wir bilden sehr viele aus. Das muss man auch mal betrachten. Wir retten diese ganze Region vor Weihnachten. Wir wollen sehen. Wir wollen uns nicht weiter erschrecken, liebe Kollegen. Es ist Zeit, weiter zu denken.

Danke schön! (Starker Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Lieber Roberto, lieber Lars, vielen Dank für diesen sehr kreativen und coolen Beitrag. Lars, ich würde dich noch bitten, den Text vielleicht den Schriftführerinnen und den Stenografen zur Verfügung zu stellen. (Heiterkeit und Beifall) Ich kann mir vorstellen, dass das etwas schwierig war.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu den Anträgen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. **Damit wurde der Antrag soeben einstimmig angenommen.** (Beifall)

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe jetzt auf die gleichlautenden

Anträge B 065 und B 066

Zukunftsgestaltung BW Sigmundshall und BW Siegfried Giesen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Anträge finden natürlich unsere Sympathie. Trotzdem muss ich einige Erläuterungen zum Hintergrund unserer Empfehlung abgeben.

Nicht erst auf diesem Kongress, sondern auch auf dem vorangegangenen Kongress wurden Anträge mit konkreten Forderungen für einzelne Standorte grundsätzlich nicht behandelt. Dies ist selbstverständlich keine Bewertung des Antragsinhaltes. Jeder von uns in diesem Saal ist unbestritten dafür, Standorte und damit Arbeitsplätze zu sichern.

Würden wir uns aber mit diesen Anträgen befassen, dann hätten auch alle anderen Betriebe, die gefährdet sind, ebenfalls Anspruch darauf, per Kongressbeschluss gesichert zu werden. In den anderen denkbaren Fällen würde darüber hinaus ein bundesweiter Beschluss für den Erhalt eines einzelnen Standortes die Solidarität aller Standorte gefährden.

Natürlich befassen sich der Bezirk Hannover und der Landesbezirk Nord ausführlich mit der vorliegenden konkreten Standortfrage. Da gehört sie auch hin.

Ich bitte daher um Verständnis, dass wir zu diesen beiden Anträgen, aber auch noch zu einigen folgenden regionsbezogenen Anträgen die Nichtbefassung des Antrages empfehlen müssen.

Die Antragskommission empfiehlt für den Antrag B 065: Nichtbefassung. Dadurch ist der gleichlautende Antrag B 066 erledigt.

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank. - Damit kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer für die Nichtbefassung des Antrags ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - **Bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen wird sich mit diesem Antrag nicht befasst.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 067

Bergrecht erhalten

Der Antrag will verhindern, dass die Genehmigungsvoraussetzungen erheblich verschärft und die Laufzeiten der Genehmigung deutlich verkürzt werden.

Wir empfehlen: Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank. - Zu dem Antrag B 067 liegt mir eine Wortmeldung vom Antragsteller vor, und zwar von Karl-Heinz Rupp aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg mit der Delegiertennummer D307. Karl-Heinz, Du hast das Wort.

KARL-HEINZ RUPP (Stuttgart)

Kolleginnen und Kollegen, zu dem Antrag „Bergrecht erhalten“ folgende Ergänzungen:

Die deutsche Wirtschaft ist auf die Nutzung der heimischen Rohstoffe und Bodenschätze angewiesen. Sie können nun einmal nur dort, wo sie entstanden sind, gefördert werden. Der heimische Bergbau soll deswegen nicht zusätzlich mit politisch induzierten Kosten belastet werden.

Das Bergrecht ist eine bewährte und zeitgemäße Grundlage, um die Interessen der Bergbau Treibenden und Rohstoff Fördernden Industrien und ihrer Kunden sowie der betroffenen Bürger auszugleichen. Es ist vom Gesetzgeber und von der Rechtsprechung kontinuierlich an neue Entwicklungen angepasst worden. Dieser Rechtsrahmen bedarf der regelmäßigen Weiterentwicklung, aber keiner Fundamentalopposition. Diese Weiterentwicklungen können und sollen untergesetzlich erfolgen, und zwar durch eine Überarbeitung und Modernisierung von Verordnungen, wie zum Beispiel von Verordnungen über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Aber, Kolleginnen und Kollegen: Hände weg vom Berggesetz! Glück auf! (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Lieber Karl-Heinz, vielen Dank für Deinen Wortbeitrag. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - **Bei einer Enthaltung ist das so beschlossen.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Aufgerufen wird der

Antrag B 068

Mit innovativen Kunststoffen und moderner Kunststoffverarbeitung Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung schaffen

und der

Antrag B 069

Wissenschaftliche Begleitung eines Kunststoffprojekts

Der Antrag B 068 beleuchtet ausführlich die Lage der deutschen Kunststoffindustrie. Eine der vielen wichtigen Einzelforderungen: Beschäftigte und Betriebsräte müssen stärker als bisher in Unternehmensstrategien und Unternehmensprozesse einbezogen werden. Eine andere Forderung ist die fortwährende Optimierung der Rahmenbedingungen für den Erhalt und den Aufbau von Industriearbeitsplätzen.

Die Kommission empfiehlt: Annahme des Antrages B 068.

Der Antrag B 069 will eine wissenschaftliche Begleitung des Kunststoffprojekts der IG BCE mit dem Ziel, zusätzliche Informationen über die Verhältnisse in dieser Zukunftsbranche zu bekommen.

Die Kommission empfiehlt: Annahme als Material zu B 068.

SASCHA HELD (Präsidium)

Mir liegen zu beiden Anträgen keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - **Damit ist der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt worden.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 070

Für eine wettbewerbsfähige und zukunftssichere Papierindustrie in Deutschland

Der Antrag beschreibt die gegenwärtigen Herausforderungen für die deutsche Papierindustrie und damit auch für die Beschäftigten dieser Branche. Kernforderung ist, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Arbeitsplätze zukunftsfähig erhalten und die den weiter zu erwartenden Strukturwandel sozialverträglich gestalten. Wir empfehlen Annahme.

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank. Mir liegt eine Wortmeldung zum Antrag B 070 vor. Der Christian Wegele aus dem Landesbezirk Bayern mit der Delegiertennummer D379 hat das Wort. (Beifall)

CHRISTIAN WEGELE (München)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erst einmal recht herzlich Grüß Gott - so sagt man zumindest bei uns in Bayern – auch von dieser Stelle aus. Mein Name ist Christian Wegele. Ich bin Betriebsratsvorsitzender bei einem großen Papierhersteller, und zwar in Bayern, in dem wunderschönen Bayern, in Schongau am Lech, dort, wo andere Urlaub machen.

Ich möchte den Antrag zu 100 Prozent unterstützen und Euch ein klein wenig für die Problematik in der Papierindustrie, vor allem was den grafischen Bereich angeht, sensibilisieren.

Der Industriezweig ist geplagt von umfangreichen Restrukturierungen, Sparprogrammen, Neuordnungen von Geschäftsbereichen, Demontage von bestehenden Tarifsystemen, Themen, die den Arbeitsalltag immer mehr bestimmen und uns letztlich sehr stark belasten. Unter den vielen beschönigenden Bezeichnungen verbirgt sich oft massiver Stellenabbau, verbunden mit Schließungen, die zu noch mehr Druck bei den Hinterbliebenen führt. Gleichzeitig nimmt die Arbeitsbelastung für jeden einzelnen Mitarbeiter stetig zu. Die Angst um den Jobverlust nimmt mit jeder weiteren Umstrukturierung massiv zu. Zu dem ohnehin steigenden Arbeitsdruck, der vor Ort herrscht, kommen bei jeder

Umstrukturierung in aller Regel eine extrem hohe Unsicherheit und die Angst vor Lohn- und Gehaltseinbußen oder Entlassungen hinzu. Zusätzlicher Stress entsteht bei der Belegschaft.

Ganz interessant dabei ist – das haben US-amerikanische Forscher festgestellt –, dass Unternehmen, die sich mit Restrukturierungen befassen, die damit verbundenen wirtschaftlichen Ziele zu 70 beziehungsweise zu 90 Prozent nicht erreichen. Die Lage erscheint uns, beziehungsweise mir, ziemlich ernst.

Können wir unter diesen Umständen künftig noch bestehen? Hat die auf Papier gedruckte Zeitung oder Zeitschrift noch eine Zukunft? Letztlich versucht die Papierindustrie, die hausgemachten Fehler der vergangenen Jahre, Jahr für Jahr stets mehr Papier zu produzieren und den Markt damit zu überschütten, verzweifelt wieder rückgängig zu machen. Etliche Papierhersteller gibt es gar nicht mehr, oder es geht ihnen gar nicht mehr so gut wie vielleicht vor zehn oder 20 Jahren. Konjunkturelle Dellen und zunehmende Nutzung der digitalen Medien verursachen sinkende Erlöse und haben die Branche weiterhin schrumpfen lassen.

Nun spüren wir langsam immer mehr die Wucht der Digitalisierung. Die Ergebnisse sind Umsatzeinbußen, teilweise im Millionenbereich. Deutlich wurde der Einbruch bei uns im Bereich der Zeitungsdruckpapierhersteller, die regelmäßig aus marktbedingten Gründen abbestellt wurden. Zu befürchten ist, dass sich das in Zukunft weiterhin fortsetzen wird.

Doch es hilft uns letztendlich nicht weiter, darüber zu klagen, weil die sogenannte Konkurrenz der digitalen Medien sowie des Internets nicht wirklich beeinflussbar ist.

Ich will aber auch keineswegs hier den Abgesang der gedruckten Medien einläuten. Die Zeitung und sicherlich auch die Zeitschriften haben mit Sicherheit eine Zukunft. Sie werden jedoch in diesem Medienangebot – darum geht es ja auch im Satzungsänderungsantrag S 001 – auch innerhalb der IG BCE eine andere Stellung einnehmen. Dies wird uns in Zukunft vor weitere Herausforderungen stellen.

Ich kann hier nur an Euch alle appellieren, zwischendurch auch einmal eine Zeitungsflut zu abonnieren. Recht herzlichen Dank. Glück auf! (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Lieber Christian, vielen Dank für Deine Schilderungen aus der Papierindustrie.

Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag B 070. Wer für die Empfehlung der Antragskommission „Annahme des Antrages“ ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. **Damit wurde der Antrag einstimmig angenommen.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag B 071

Grundsätze der IG BCE zur Pharmapolitik im deutschen Gesundheitswesen

Antrag B 072

Entschließung zur Zukunft der Pharma-Industrie

Antrag B 073

Industriepolitik: Weitere Unterstützung der industriepolitischen Aktivitäten der IG BCE für die arzneimittelforschende Pharmaindustrie

Antrag B 074

Wettbewerbsbedingungen für pharmazeutische Lohnhersteller erhalten

Der Antrag B 071 – Grundsätze der IG BCE zur Pharmapolitik im deutschen Gesundheitswesen - hat zum Ziel, die Rahmenbedingungen für den Pharmastandort Deutschland sowie die Akzeptanz dieser für Arbeitsplätze und Innovationskraft wichtigen Branche zu verbessern. Detailliert beschreibt der Antrag die einzelnen Themenfelder von der Preisgestaltung über Forschung, Innovation bis zu Guter Arbeit und macht konkrete Handlungsvorschläge. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags B 071.

Der Antrag B 072 – Entschließung zur Zukunft der Pharmaindustrie – greift, wenn auch nicht so ausführlich, nahezu dieselbe Fragestellung auf und fordert ebenfalls eine Verbesserung der Rahmenbedingungen unter dem Gesichtspunkt eines ganzheitlich orientierten Gesundheitswesens. Die Antragskommission empfiehlt Annahme als Material zum Antrag B 071.

Der Antrag B 073 – Industriepolitik: Weitere Unterstützung der industriepolitischen Aktivitäten der IG BCE für eine arzneimittelforschende Pharmaindustrie – fordert verstärkte Ressourcen der IG BCE zur intensiven Unterstützung der Pharmabetriebsräte und ihrer Branche. Die Antragskommission empfiehlt Annahme als Material zum Antrag B 071.

Der Antrag B 074 – Wettbewerbsbedingungen für pharmazeutische Lohnhersteller erhalten – will, dass auch künftig in Deutschland die pharmazeutische Lohnherstellung möglich ist und nicht in Niedriglohnländer verlagert wird. Die Antragskommission empfiehlt ebenfalls Annahme zum Antrag B 071.

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank. Mir liegt eine Wortmeldung von der Antragstellerin vor. Brigitte Bauhoff aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg mit der Delegiertennummer D007 hat das Wort. (Beifall)

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Mannheim)

Vielen Dank, Sascha. Ich bin Betriebsratsvorsitzende bei Roche in Mannheim. Ich möchte gerne zu dem vorliegenden Antrag aus Baden-Württemberg, also dem Antrag B 071, Stellung nehmen; aber die anderen Anträge passen ja dazu.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben bei Baden-Württemberg das Bild eines klassischen von der Metallindustrie geprägten Bundeslandes vor Augen. Das ist sicherlich durch Daimler-Benz geprägt, oder „Benz“, wie man bei uns in Mannheim sagt. Aber es ist auch ein Land mit vielen Beschäftigten in der Pharmaindustrie, zum Einen mit Roche als einem der großen Pharmahersteller in Deutschland, aber auch mit vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen und auch mit Zuliefererindustrie zu den forschenden Pharmafirmen.

Wir als IG BCE vertreten alle, egal ob forschende Industrie, Generikahersteller, Hersteller von pflanzlichen Arzneimitteln und so weiter. Wenn wir uns zur Industriepolitik äußern, dann ist es immer auch damit verbunden, dass wir unsere Interessen als Versicherte mit im Blickwinkel haben; denn wir zahlen ja auch Beiträge zur Krankenversicherung.

Aber natürlich haben wir auch die Interessen der Beschäftigten in der Pharmaindustrie im Blick. Die Pharmaindustrie bietet gute und qualifizierte Arbeitsplätze, bei denen auch

ordentlich verdient wird. Trotzdem werden wir auch immer wieder mit Kostensenkungsprogrammen konfrontiert, nicht weil es der Pharmaindustrie schlecht geht, sondern um Profite zu erhöhen.

Bei diesem Punkt weiß ich, wovon ich rede. Wir erleben es bei uns, bei Roche, gerade wieder aktuell, dass sich Menschen Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen. Ein ganzer Bereich mit circa 1.500 Kolleginnen und Kollegen in Deutschland soll ausgegliedert werden, aber es sind vor allem die Service- und Dienstleistungsbereiche in der IT und die Logistik betroffen.

Da stehen wir nicht alleine. Ich hatte schon die Gelegenheit, auf dem Kongress mit anderen Kolleginnen und Kollegen aus der Branche zu reden. Manche haben es schon hinter sich. Andere sagen: Ach Gott, wenn es bei Euch anfängt, dann kommt es bei uns auch.

Aber das ist die Basis dessen, auf der wir Industriepolitik machen. Das heißt: Interesse am Erhalt der Pharmaindustrie am Standort Deutschland, Interessen der Versicherten im Gesundheitswesen, und das Wichtigste von allem ist der Erhalt von guten und gesicherten Arbeitsplätzen für unsere Kolleginnen und Kollegen in der Pharmaindustrie.

Auf dieser Basis haben wir dann ein Positionspapier zum Pharmastandort Deutschland entwickelt, das der Hauptvorstand im Juni 2012 auch veröffentlicht hat und wir breit mit allen Akteuren im Gesundheitswesen diskutiert haben und auf das wir gute Resonanz bekommen haben.

Auf dieser Basis wurde dann auch dieser Antrag formuliert, wobei das Ganze vor der veränderten Kassenlage der gesetzlichen Krankenversicherung formuliert wurde. Früher, als das Ganze formuliert wurde, gab es noch Defizite, inzwischen gibt es Überschüsse bei der Krankenversicherung; das heißt, man könnte die Zwangsrabatte endlich wieder einstellen.

Ich bitte um Eure Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank. (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Liebe Brigitte, vielen Dank für Deine Ergänzungen und Erklärung dieses Antrags. Mir liegen zurzeit keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das sieht auch nicht so aus. **Somit wurde der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt.**

INGO WELLNITZ (Antragskommission)

Auch wenn auf der Leinwand „bis Antrag B 074“ steht, habe ich noch einen Antrag.

Ich rufe auf:

Antrag B 075

Privatisierung der Wasserrechte

Der Antrag spricht sich, wie schon die Überschrift deutlich macht, gegen eine Privatisierung der Wasserrechte aus. Aus Sicht der Antragskommission ist dieser Antrag mittlerweile durch politische Umsetzung erledigt. Darüber hinaus hat der Hauptvorstand der IG BCE bereits im Frühjahr dieses Jahres einen entsprechenden Beschluss der europäischen Bürgerinitiative „Right to Water“ gefasst. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 075 daher als erledigt zu betrachten.

SASCHA HELD (Präsidium)

Mir liegen zu diesem Antrag keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. **Dann einstimmig als erledigt beschlossen.** (Heiterkeit) - Sorry, auch ich bin ein bisschen platt. Wir sind gleich fertig.

Dann bleibt mir in diesem Block nichts anderes mehr übrig, als Dir, Ingo, vielen Dank für die sehr gute Betreuung dieses Parts zu sagen. (Beifall)

Wir kommen somit zum Block C, Bildung und Ausbildung. Es geht um die Weiterentwicklung der Bildungspolitik, das Thema duales Studium, Prüfer im Prüfungswesen und ganz konkret um den Beruf des Werkfeuerwehrmanns. Für die Antragskommission spricht jetzt Markus Wittmann. Markus, Du hast das Wort.

MARKUS WITTMANN (Antragskommission)

Danke schön. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

Antrag C 001

Bildungspolitik gerecht und durchlässig gestalten

und

Antrag C 002

Bildungsreform

und

Antrag C 003

Bildungsreform

Der Antrag C 001 - Bildungspolitik gerecht und durchlässig gestalten - konzentriert sich auf diejenigen Themen, die bildungspolitisch noch nicht umgesetzt sind und nun angepackt werden müssen. Die Stichworte sind: bildungspolitische Kleinstaaterei, Beendigung der sozialen Auslese, weiterer Ausbau des Studiums ohne Abitur, Stärkung der betrieblichen Weiterbildung. Wir als Antragskommission empfehlen die Annahme.

Die gleichlautenden Anträge C 002 und C 003 - Bildungsreform - setzen sich für die Abschaffung des Nachsitzens ein. Zudem soll die Verantwortung für die Bildungspolitik statt von den Ländern künftig vom Bund getragen werden. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags C 002 als Material zu Antrag C 001. Aufgrund dessen ist der Antrag C 003 als erledigt zu betrachten.

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank, Markus. Mir liegen keine Wortmeldungen zu diesen drei Anträgen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - **Bei einer Enthaltung wurde der Antragskommission gefolgt.**

Noch ein kleiner Hinweis: natürlich geht es nicht nur um Werkfeuerwehrmänner, sondern auch um Werkfeuerwehrfrauen. Ich entschuldige mich für diesen Fauxpas.

MARKUS WITTMANN (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag C 004

Vereinheitlichung der Bildungsstandards auf Bundesebene

Der Antrag zielt auf die negativen Folgen unterschiedlicher Bildungsstandards einzelner Bundesländer, die sich beispielsweise bei einem Wohnort- und damit verbundenem Schulwechsel negativ bemerkbar machen. Wir empfehlen die Annahme dieses Antrags.

SASCHA HELD (Präsidium)

Zum Antrag C 004 liegen mir keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - **Bei einigen Enthaltungen so beschlossen.**

MARKUS WITTMANN (Antragskommission)

Ich rufe auf:

Antrag C 005

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit stärken

und

Antrag C 006

Stärkung der gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit

und

Antrag C 007

Bildungsarbeit

und

Antrag C 008

Freistellung für VL Seminare

Der Antrag C 005 - Gewerkschaftliche Bildungsarbeit stärken - beschreibt umfänglich die Anforderungen an moderne Bildungsarbeit, die mitentscheidend für die erfolgreiche Arbeit einer Gewerkschaft wie der IG BCE ist. Es handelt sich dabei um die Ergebnisse aus einem Diskussionsprozess um die gewerkschaftliche Bildungsarbeit 2020. Wir empfehlen hier die Annahme.

Der Antrag C 006 - Stärkung der gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit - betont ihre Bedeutung für die Mitglieder sowie Funktionärinnen und Funktionäre. Wir empfehlen hier die Annahme als Material zum Antrag C 005.

Der Antrag C 007 - Bildungsarbeit - bezieht sich in zwei wesentlichen Punkten auf Veränderungen in Tarifverträgen. Wir Ihr alle wisst, kann und will der Kongress nicht in die Tarifautonomie eingreifen. Nicht unproblematisch ist zudem die Forderung nach einem Verzicht auf Kostenbeteiligung an der bezirklichen Bildungsarbeit. Aufgrund dieser Thematik empfehlen wir die Annahme als Material zum Antrag C 005.

Der Antrag C 008 - Freistellung für VL Seminare - will den Vertrauensleuten einen verbesserten Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Bildungsurlaubsgesetz ermöglichen. Diese Forderung ist unterstützenswert. Allerdings ist eine Einschränkung bei einigen Angeboten für Vertrauensleute in der Vorschrift begründet, dass im Rahmen der Jedermannzugänglichkeit keine ausschließlich auf bestimmte Zielgruppen zugeschnittenen Veranstaltungen anerkannt werden. Wir als Antragskommission empfehlen die Annahme als Material zum Antrag C 005.

Mir liegen zu den genannten Anträgen zwei Wortmeldungen vor. Zuerst spricht Udo Rose aus dem Landesbezirk Nord mit der Delegiertennummer D029. Bereithalten kann sich Hans-Josef Greven aus dem Landesbezirk Nordrhein mit der Delegiertennummer D172. Udo, Du hast das Wort. - Zum Bereithalten stehen hier vorne übrigens Stühle bereit.

UDO ROSE (Hannover)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr könnt Euch wahrscheinlich denken, dass meine Ausführungen etwas mit dem zu tun haben, was ich heute schon einmal gesagt habe.

Ich empfehle, dass sich jeder in seinem Bereich, also jeder in seinem unmittelbaren Dunstkreis, Einfluss verschafft, in der Form, dass wir an die Schulen gehen und dort Einfluss auf die politische Bildung nehmen. Wir haben festgestellt, dass es ein großes Missverhältnis gibt zwischen der Zeitdauer, die die Schüler an politischem Unterricht haben, und dem Wissen über die Grundlagen des Arbeitslebens, insbesondere Mitarbeitervertretungen, seien es Betriebsrat oder auch Gewerkschaften.

Die Lehrer sind dazu scheinbar nicht ausreichend gebildet, und ich denke, wir haben die Verantwortung, auch dort zu handeln, um genau das zu bieten, nämlich Erfahrung in einem ganz wichtigen Teil. Denn wenn wir es nicht tun und die Schüler das nicht mitbekommen, dann graben wir uns selber das Wasser ab.

In dem Sinne viel Erfolg. (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Vielen Dank, Udo. - Hans-Josef, jetzt hast Du das Wort.

HANS-JOSEF GREVEN (Aldorf)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich bin als Vertreter des Antragstellers zum Antrag C 007 hier. Der Antragsteller, der Bezirk Aldorf, widerspricht der Empfehlung der Antragskommission. Wir möchten, dass entweder die Antragskommission oder der Gewerkschaftskongress den Antrag als eigenständigen Antrag annimmt.

Zunächst ist es sehr erfreulich, dass die Diskussion zum Konzept Bildung 2020 Wirkung zeigt. Jetzt finden wir in den Anträgen C 005 und C 006 durchaus Ansätze wieder, die wir in diese Diskussion noch eingebracht haben. Darüber freuen wir uns.

Dennoch: Der grundsätzliche Ansatz unseres Antrags geht in diesen beiden Anträgen verloren. Es ist uns bewusst, und es ist auch völlig normal, dass die Umsetzung dieses Antrags und seiner Empfehlungen zur Umsetzung eine Reihe von Jahren dauern wird. Eine Umsetzung dieses Konzepts wird sicherlich mehr als acht Jahre dauern. Dazu bedarf es auch finanzieller Ressourcen, es bedarf der Verfügbarkeit personeller Ressourcen bis in die Bezirke hinein, des Willens der Tarifkommission, tarifliche Freizeiten zu vereinbaren, welche die Mitglieder zur Bildung freistellt, und es bedarf des Willens unserer Organisation, neue Wege in Angriff zu nehmen, um diese Ziele zu erreichen.

Vieles von dem, was wir als Gewerkschaft erreichen, kommt nicht nur unseren Mitgliedern zugute, sondern auch der Gesellschaft. Um den Menschen in dieser Gesellschaft bewusst zu machen, dass wir auch etwas für sie tun, brauchen wir

Mitglieder und Funktionäre, die vor Ort in Treue und Verbundenheit zu uns stehen, um unsere Ziele, unsere Errungenschaften und unsere Vorstellungen den Menschen nahe-zubringen. Sie sind die Mittler in der breiten Gesellschaft, unsere Speerspitzen in der Familie, in den Vereinen, in den Parteien, in der Schule und in den Betrieben, also an den Orten, an denen unsere Mitglieder gewonnen werden und an denen unsere soziale Mächtigkeit entsteht.

Mitglieder und Funktionäre, die dieses tun, müssen wir in die Lage versetzen, dieses auch tun zu können. Dazu müssen wir sie fachlich qualifizieren. Wir müssen ihnen Kenntnisse, Werte und Techniken vermitteln und ihnen die große Organisation IG BCE nahebringen, damit sie sich hier gut aufgehoben fühlen. Sie müssen fühlen können, dass wir ihnen etwas geben, das sie woanders nicht bekommen, dass wir solidarisch agieren und demokratisch funktionieren, dass unser Wirken in allen Bereichen den Mitgliedern und den Funktionären zugute kommt. Nur dann werden sie in der Menge auch bereit sein, für ihre Gewerkschaft aktiv in Wort und Tat zu diskutieren und zu streiten. Sie werden bereit sein, über ihren Beitrag hinaus auch einen Beitrag über sich einbringen zu lassen. Dieses ist unserer Mitgliederentwicklung förderlich, schafft mehr Akzeptanz in der Gesellschaft für unser Tun und stärkt letztlich unsere betriebliche Durchsetzungskraft. Es führt auch dazu, dass wir auch in der großen Politik mit unseren Forderungen und Vorschlägen durchsetzungsfähiger werden.

Dazu werden wir über einen längeren Zeitraum die Tarifkommission überzeugen müssen, mehr Freizeiten zur gewerkschaftlichen Bildung zu vereinbaren, eine akzeptable Organisationsregelung zu erstellen, Mitglieder auf der Europäischen Akademie der Arbeit und innerhalb der Organisation zu qualifizieren, um sie auch als Bildungsarbeiter zu nutzen, ein Transfermanagement zu entwickeln, das den Übergang aus der Jugendarbeit in die Erwachsenenarbeit verbessert, personelle Ressourcen in den Bezirken und Landesbezirken bereit zu stellen, aber auch unsere zentrale Bildungsstätte für unsere Mitglieder und Funktionäre offen zu halten.

Dies sind nur einige Punkte, die wir recht ausführlich beschrieben haben. Kurz: Wir wollen unsere Gewerkschaft für ihre Mitglieder und Funktionäre auch zu einer Bildungsgewerkschaft entwickeln, welche uns in die Lage versetzt, auf die zukünftigen Herausforderungen, wie auch immer sie aussehen werden, mit Intelligenz und Durchsetzungsfähigkeit zu reagieren.

Dazu ist es jedoch heute nötig, unseren Antrag als eigenständigen Antrag anzunehmen. Dann ist es Zeit, weiter zu denken. - Glück auf! (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Lieber Hans-Josef, vielen Dank für Deine ausführliche Wortmeldung zum Antrag C 007.

Ich bitte die Antragskommission um eine erneute Stellungnahme zu dem Antragspaket.

MARKUS WITTMANN (Antragskommission)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass natürlich nichts untergeht, wenn wir als Antragskommission die Empfehlung ausgesprochen haben, dass ein Antrag als Material zugeordnet wird.

Des Weiteren möchte ich anmerken: Wenn wir diesen Antrag, wie es gerade vorgetragen wurde, als einen eigenständigen Antrag verabschieden würden, dann würde dieser die Tarifautonomie berühren. Deshalb müssen wir den Antrag natürlich zur Ablehnung empfehlen.

Die Antragskommission bleibt deshalb bei ihrer vorhin vorgetragenen Empfehlung. (Beifall)

SASCHA HELD (Präsidium)

Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Danke sehr. Gibt es Enthaltungen? - **Bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.**

MARKUS WITTMANN (Antragskommission)

Dann machen wir weiter mit dem

Antrag C 009

BR-JAV-VL-Programm

Der Antrag möchte, dass die IG BCE ein Programm zur Förderung der Zusammenarbeit der innerbetrieblichen Mitbestimmungsorgane Betriebsrat, Jugend- und Auszubildendenvertretung und Vertrauensleute entwickelt. Wir empfehlen die Annahme dieses Antrags.

SASCHA HELD (Präsidium)

Mir liegen keine Wortmeldungen zum Antrag C 009 vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Wer ist gegen die Empfehlung? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - **Damit wurde der Antrag einstimmig angenommen.**

MARKUS WITTMANN (Antragskommission)

Ich rufe auf den

Antrag C 010

Weiterbildungsangebot zum Thema „Dual Studierende“

Ziel des Antrags ist ein Weiterbildungsangebot für Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertreter zum Themenkreis „Dual Studierende“. Wir empfehlen die Annahme des Antrags.

SASCHA HELD (Präsidium)

Auch zum Antrag C 010 liegen mir keine Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Das sieht nicht so aus. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann wurde der Antrag C 010 ebenfalls **einstimmig angenommen.**

Wir möchten jetzt die Antragsberatungen unterbrechen. Ich bedanke mich sehr für Eure rege Diskussion und Eure Disziplin. Wir sind heute sehr weit gekommen und liegen sehr gut im Konferenzverlauf. Vielen Dank also an das Plenum. (Beifall)

Ich gebe jetzt noch einmal ab an Brigitte mit einigen organisatorischen Hinweisen, bevor wir Euch dann zum Abendessen entlassen.

DR. BRIGITTE BAUHOFF (Präsidium)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch einen sehr spannenden Abend vor uns, nachdem wir heute wirklich viel gearbeitet haben. Er steht unter der Überschrift „Parteien im Gespräch“. Wir haben ursprünglich die Vorsitzenden und Spitzenpolitiker der Parteien eingeladen, um mit ihnen zu diskutieren. Es haben auch einige für den heutigen Abend

zugesagt. Es kommt der CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. Von der SPD kommt Thomas Oppermann. Von der LINKEN kommt ihr Vorsitzender Bernd Riexinger. Von der FDP kommt Patrick Döring, und von den Grünen kommt ihr Vorsitzender Cem Özdemir.

Vielleicht erfahren wir ja mehr über das Thema „Koalition“, nachdem die Ausführungen unserer Kanzlerin - glaube ich - für uns nicht so sehr befriedigend waren. (Beifall) Insbesondere das, was sie zu dem Thema „Europa“ gesagt hat, hat zumindest mich sehr nachdenklich gestimmt. Aber auch das, was sie zum Thema „Leiharbeit“ und der Änderung im Gesetz gesagt hat, haben wir schon vor zweieinhalb Jahren intensiv diskutiert. Und ein Mitbestimmungsrecht will sie uns beim Thema „Werksverträge“ auch nicht einräumen.

Wir haben jetzt eine gute Stunde Zeit fürs Abendessen. Danach werden die eingeladenen Politiker kurze Statements abgeben, was sie unter arbeitnehmerorientierter Politik verstehen. Dazu haben wir eine Moderatorin, nämlich Simone von Stosch. Sie gehört zum Sprecherteam der „Tagesschau“.

Und dann gibt es noch etwas Neues, und zwar wird jede der hier vertretenen Parteien in der Niedersachsenhalle einen eigenen Diskussionsstand haben. Das heißt, wenn die Politiker die Bühne verlassen, könnt Ihr an den Stand der jeweiligen Partei gehen und mit den Politikern diskutieren und ihnen Themen mit auf den Weg geben.

Um 21:00 Uhr haben wir dann genug mit der Politik diskutiert. Dann haben wir hier einen Kabarettisten, nämlich Frank Lüdecke, der auf die Bühne kommt und sein Programm „Die Kunst des Nehmens“ präsentiert. Wen oder was er damit gemeint hat, werden wir ja dann erfahren - vielleicht die Diäten oder den Griff ins Portemonnaie der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Ich denke, wir können uns überraschen lassen.

Danach steht „Tanzmusik“ mit Evelyn Kryger auf dem Programm. Ihr werdet sehen, dass es besondere Tanzmusik ist.

Noch ein wichtiger Hinweis: Da wegen der Stände der Parteien heute nicht ganz so viele Tische in der Niedersachsenhalle aufgebaut sind, bitten wir Euch, Euch auf die anderen Säle und Räume zu verteilen. Es gibt noch etwas zu essen im Roten und Blauen Saal sowie im Restaurant. Aussteller und Helferinnen und Helfer essen wie üblich in den Räumen 27 und 28. Es wird alles übertragen, sodass Ihr nichts versäumt. Außerdem gibt es überall das gleiche Essen. (Heiterkeit)

Rückfahrtmöglichkeiten gibt es ab 22:00 Uhr. Dann fahren die ersten Busse in die Hotels; die letzten fahren gegen 1:00 Uhr.

Ich denke, morgen früh sehen wir uns in aller Frische wieder. Ich wünsche Euch einen unterhaltsamen politischen Abend und unterbreche den Kongress bis morgen. Danke schön und viel Spaß heute Abend!

Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses: 17:54 Uhr